



Niederschrift
über die 31. Sitzung des Rates der Stadt, Sitzungsnummer Rat/013/2025
am 13.02.2025
Ratssaal, Rathaus, Friedensplatz 1, 44135 Dortmund

Sitzungsdauer: 15:00 - 22:03 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende*r

Westphal, Thomas, Oberbürgermeister

SPD-Fraktion

Adam, Detlef Wilhelm
Alexandrowiz, Christina
Berndsen, Hendrik
Bonde, Norbert
De Marco, Dominik
Erstfeld, Fabian
Giebel, Carsten
Goosmann, Dirk
Heidkamp, Gudrun
Heymann, Torsten
Ixkes-Henkemeier, Silvy
Kaminski, Uwe
Karadas, Cüneyt
Keßler, Andrea
Kirsch, Anja
Lyding-Lichterfeld, Heidemarie, Dr.
Meyer, Susanne
Neumann-Lieven, Carla
Rudolf, Veronika
Rüther, Franz-Josef
Schilff, Norbert
Schlienkamp, Olaf
Schmidt, Leif
Schmidt, Rüdiger
Spaenhoff, Anna
Spieß, Roland
Worth, Daniela

CDU-Fraktion

Bahr, Thomas
Barrenbrügge, Christian
Becker, Annette
Daskalakis, Emmanouil
Frank, Reinhard
Goll, Eva-Maria, Dr.
Hartleif, Dirk
Hoffmann, Thorsten
Mader, Sascha



Mais, Ute
Nienhoff, Matthias
Reppin, Udo
Sauer, Manfred
Suck, Jendrik, Dr.
Uhlig, Michaela anwesend bis 18.15 Uhr
Vogeler, Lars anwesend bis 17.15 Uhr
Wallrabe, Uwe
Waßmann, Uwe
Weber, Friedrich-Wilhelm

Bündnis 90/Die Grünen

Altundal-Köse, Saziye anwesend bis 18.00 Uhr
Beckmann, Benjamin
Brunner, Jenny
Brunsing, Barbara
Dsicheu Djine, Jacques Armel
Dudde, Matthias anwesend bis 18.00 Uhr
Fuß, Friedrich
Gövert, Britta
Gurowietz, Wolfgang anwesend bis 18.00 Uhr
Langhorst, Ulrich
Lögering, Katrin
Meißner, Stefan anwesend bis 20.00 Uhr
Neumann, Christoph, Dr.
Noltemeyer, Svenja
Reuter, Ingrid
Sassen, Hannah
Schreyer, Leander
Schultze, Lisa, Dr. anwesend bis 21.50 Uhr
Stackelbeck, Martina
Stieglitz, Oliver
Wiesner, Hans, Dipl. Ing.

DIE LINKE +

Badura, Michael anwesend bis 20.10 Uhr
Dresler-Döhmman, Petra anwesend bis 17.05 Uhr
Karacakurtoglu, Fatma
Kowalewski, Utz
Lemke, Sonja Janet
Tatorat, Petra, Dr. anwesend bis 19.10 Uhr

AfD

Bohnhof, Peter
Garbe, Heinrich Theodor anwesend bis 19.15 Uhr
Helferich, Matthias
Perlick, Tino anwesend bis 21.50 Uhr
Seitz, Wolfgang

FDP/Bürgerliste

Bartholomé, Susanne



Happe, Markus
Kauch, Michael

Die Partei

Diwisch, Katharina
Dondrup, Stefan
Schlösser, Olaf

anwesend bis 20.30 Uhr

Volt und Vielfalt

Gebel, Christian
Gülec, Emre
Joest, Antje

anwesend bis 20.40 Uhr

Einzelratsmitglied

Deyda, Matthias

anwesend bis 22.00 Uhr

Verwaltung

Arndts, Dirk Otto
Dahmen, Norbert, Stadtrat
Gacek, Mario
Heidler, Kerstin
Hinrichs, Lisa-Marie
Holtze, Martina
Marzen, Heike, GF Wirtschaftsförderung
Meinders, Michael
Menzel, Sascha
Nienaber-Willaredt, Monika, Stadträtin
Rybicki, Arnulf, Stadtrat
Seuß, Bettina
Stüdemann, Jörg, Stadtdirektor
Treichel, Olaf
Uhr, Christian, Stadtrat
Zoerner, Birgit, Stadträtin

Schriftführer*in

Kaul, Sebastian

Abwesend:

Szuggat, Stefan, Stadtrat

CDU-Fraktion

Polomski-Tölle, Ina

Bündnis 90/Die Grünen

Brenker, Elisabeth

Veröffentlichte Tagesordnung für die 31. Sitzung des Rates der Stadt

TOP 1 Regularien

TOP 1.1 Benennung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift



TOP 1.2 Hinweis auf das Mitwirkungsverbot gem. §§ 31 und 43 Abs. 2 GO NRW

TOP 1.3 Feststellung der Tagesordnung

TOP 1.4 Genehmigung von Niederschriften

TOP 1.4.1 Niederschrift vom 14.11.24

TOP 1.4.2 Niederschrift vom 12.12.24 | Sie erhalten die Niederschrift im Nachversand

TOP 2 Angelegenheiten von besonderer Bedeutung und öffentlichem Interesse

TOP 2.1

Sitzordnung des Rates im Ratssaal bis zum Ende der Wahlperiode 2020 - 2025 | Sie erhalten die Vorlage im Nachversand

Beschlussvorlage

37447-25

Beschluss

TOP 2.2

Anpassung der Fraktionszuwendungen

Beschlussvorlage

37465-25

Beschluss

TOP 2.3

Besetzung von Ausschüssen

Beschlussvorlage

37444-25

Beschluss

TOP 2.3.1

Besetzung von Ausschüssen

Zusatz-/Ergänzungsantrag Die Linke+

37444-25/1

Beschluss

TOP 2.3.2

Besetzung von Ausschüssen

Zusatz-/Ergänzungsantrag Die Linke+

37444-25/2

Beschluss

TOP 2.3.3

Besetzung von Ausschüssen

Gemeinsamer Zusatz-/Ergänzungsantrag

37444-25/3

Einbringung

TOP 2.3.4

Besetzung von Ausschüssen | Vorschlag BA FABIDO

Zusatz-/Ergänzungsantrag FDP/Bürgerliste

37444-25/4

Beschluss

TOP 2.3.5

Besetzung von Ausschüssen | Vorschlag BA FABIDO
Zusatz-/Ergänzungsantrag VUV
37444-25/5
Beschluss

TOP 2.3.6

Besetzung von Ausschüssen | Vorschlag BA FABIDO
Zusatz-/Ergänzungsantrag DIE PARTEI
37444-25/6
Beschluss

TOP 2.3.7

Besetzung von Ausschüssen
Zusatz-/Ergänzungsantrag AfD
37444-25/10
Beschluss

TOP 2.4

Erklärung des Rates - Wir sind die Brandmauer
Gemeinsamer Antrag zur Tagesordnung
37616-25
Beschluss

TOP 3 Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen, Mobilität, Infrastruktur und Grün

TOP 3.1

Bauleitplanung; 87. Änderung des Flächennutzungsplanes - Fußballpark Borussia - sowie Änderung Nr. 2 des Bebauungsplanes Br 217 - Fußballpark Borussia - (gleichzeitig tlw. Änderung des Bebauungsplanes Br 203 - Hohenbuschei -
hier: I. Entscheidung über das Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange / Scoping, II. Beschluss zur Änderung des Geltungsbereiches der 87. Änderung des FNP, III. Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit zur 87. Änderung des Flächennutzungsplanes, IV. Beschluss zur Änderung des Geltungsbereiches der Änd. Nr. 2 des Bebauungsplanes Br 217, V. Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit zur Änd. Nr. 2 des Bebauungsplanes Br 217, VI. Beschluss zur erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit und zum eingeschränkten Beteiligungsverfahren gemäß § 4a Abs. 3 BauGB, falls erforderlich, VII. Beschluss zum Abschluss eines städtebaulichen Vertrages, VIII. Zulassung von Bauvorhaben bei Vorliegen von Planreife gemäß § 33 BauGB
Beschlussvorlage
36617-24
Beschluss

TOP 3.1.1

Bauleitplanung; 87. Änderung des Flächennutzungsplanes - Fußballpark Borussia - sowie Änderung Nr. 2 des Bebauungsplanes Br 217 - Fußballpark Borussia - (gleichzeitig tlw. Änderung des Bebauungsplanes Br 203 - Hohenbuschei - Anfrage zu Ausgleichsflächen der Fraktion B'90/Die Grünen in der Sitzung der Bezirksvertretung Brackel am 23.01.2025 (TOP 12.4)
hier: Stellungnahme der Verwaltung
Stellungnahme der Verwaltung
36617-24/2
Beschluss

TOP 3.2

Bauleitplanung, Änderung Nr. 93 des Flächennutzungsplans - Zentrale Versorgungsbereiche - hier:
Beschluss zur erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 4a Abs. 3 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB
Beschlussvorlage
36930-24
Beschluss

TOP 3.3

Bauleitplanung; Änderung Nr. 2 des Bebauungsplanes InW 218 - östlich Schnettkerbrücke - im
beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB) ohne Durchführung einer Umweltprüfung
nach § 2 Abs. 4 BauGB
hier: I. Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger
öffentlicher Belange II. Beifügung einer aktualisierten Begründung III. Satzungsbeschluss
Beschlussvorlage
36944-24
Beschluss

TOP 3.4

Campus 2030+ - Städtebauliches Entwicklungskonzept für den Hochschul-, Wissenschafts- und
Technologiecampus Dortmund | Lag zur Sitzung am 12.12.24 (TOP 3.5) vor.
Beschlussvorlage nach dem VV-Beschluss
36135-24
Beschluss

TOP 3.4.1

Campus 2030+ - Städtebauliches Entwicklungskonzept für den Hochschul-, Wissenschafts- und
Technologiecampus Dortmund / Stellungnahme der TU Dortmund und Anmerkungen der BV Hombruch
Ergänzung zum Vorgang
36135-24/4
Kenntnisnahme

TOP 3.5

Stellplatzsatzung für den Bereich des Hochschul-Campus in Dortmund
Beschlussvorlage nach dem VV-Beschluss
37089-24
Beschluss

TOP 3.5.1

Stellplatzsatzung für den Bereich des Hochschul-Campus in Dortmund
Ergänzung zum Vorgang
37089-24/3
Kenntnisnahme

TOP 3.5.2

Stellplatzsatzung für den Bereich des Hochschul-Campus in Dortmund, hier: Stellungnahme der
Verwaltung
Stellungnahme der Verwaltung
37089-24/5
Kenntnisnahme

TOP 3.6

Umgestaltung des Vogelpothswegs - Interimslösung
Beschlussvorlage nach dem VV-Beschluss



37098-24
Beschluss

TOP 3.7
Markierungskonzept zur Busbeschleunigung auf dem Königswall
Beschlussvorlage nach dem VV-Beschluss
37083-24
Beschluss

TOP 3.8
Entwicklung des nördlichen Umfelds des Dortmunder Hauptbahnhofes; hier: Sachstand und Beschluss
des Rahmenplanentwurfes
Beschlussvorlage nach dem VV-Beschluss
36958-24
Beschluss

TOP 3.9
Beschluss des Lärmaktionsplans 2024
Beschlussvorlage nach dem VV-Beschluss
36988-25
Beschluss

TOP 3.9.1
Beschluss des Lärmaktionsplans 2024 | Antrag BV Eving
Antrag zur Tagesordnung Beirat/BV
36988-25/3
Beschluss

TOP 3.10
Ausweisung von 10 % Flächen für die natürliche Waldentwicklung im Dortmunder Stadtwald
Beschlussvorlage
32034-23/6
Kenntnisnahme

TOP 3.11
Wohnungsmarkt Ruhr – Sechster Regionaler Wohnungsmarktbericht
Beschlussvorlage nach dem VV-Beschluss
37099-24
Kenntnisnahme

TOP 3.12
Stadterneuerung: Netzwerk Stadtentwicklung NRW
Beschlussvorlage nach dem VV-Beschluss
37095-24
Beschluss

TOP 3.13
Mehrbedarf gem. § 83 GO NRW im Haushaltsjahr 2024 im Budget des Grünflächenamtes
Beschlussvorlage
37380-25
Beschluss

TOP 3.14

Ersatzneubau der Jugendfreizeitstätte Aplerbeck

Beschlussvorlage

36215-24

Beschluss

TOP 3.15

Neubau einer Dreifach-Sporthalle: Schweizer Allee in Dortmund-Aplerbeck

Beschlussvorlage

36329-24

Beschluss

TOP 3.16

Brandschutz-/Instandsetzungsmaßnahmen an den Berufskollegs Leopold-Hoesch und Paul-Ehrlich

Beschlussvorlage nach dem VV-Beschluss

36546-24

Beschluss

TOP 3.17

Erweiterungsanbau einer Fahrzeughalle und Bestandsanpassungen am Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr (FF Löschzug 15) in Kirchhörde

Beschlussvorlage

36308-24

Beschluss

TOP 3.18

„Toiletten für alle Geschlechter“ in städtischen Gebäuden | Lag zur Sitzung am 12.12.24 (TOP 3.20) vor.

Beschlussvorlage nach dem VV-Beschluss

35464-24

Beschluss

TOP 3.18.1

„Toiletten für alle Geschlechter“ in städtischen Gebäuden

Zusatz- u. Ergänzungsantrag zum TOP B/BV

35464-24/7

Beschluss

TOP 3.18.2

Zusatz- und Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion (Bezirksvertretung Mengede) zu: „Toiletten für alle Geschlechter“ in städtischen Gebäuden | Lag zur Sitzung am 12.12.24 (TOP 3.20.1) vor.

Zusatz- u. Ergänzungsantrag zum TOP B/BV

35464-24/8

Beschluss

TOP 3.19

Energiebericht 2023

Beschlussvorlage nach dem VV-Beschluss

37074-24

Kenntnisnahme

TOP 3.20

Außerplanmäßige Mehrauszahlungen nach § 83 GO NRW im Haushaltsjahr 2024 in der Teilfinanzrechnung der Städtischen Immobilienwirtschaft

Beschlussvorlage



37393-25
Beschluss

TOP 3.21
"Stadtbahn Rhein-Ruhr" in Dortmund: Barrierefreier Umbau der Stadtbahnhaltestellen Kohlgartenstraße, Voßkuhle, Lübkestraße, Max-Eyth-Straße und Stadtkrone Ost (Baulose 70-73), Baubeschluss
Beschlussvorlage nach dem VV-Beschluss
36999-24
Beschluss

TOP 3.22
Außerplanmäßige Mehrauszahlung nach § 83 II GO NRW im Haushaltsjahr 2024 in der Teilfinanzrechnung des Tiefbauamtes
Beschlussvorlage
37399-25
Beschluss

TOP 3.23
CDU Fraktion: Antrag zu TOP 4.1.5 - Verkehrsleitende Maßnahmen im Bereich Schönau, Barop und Brünninghausen während Veranstaltungen im Westfalenstadion/SIGNAL IDUNA PARK
Antrag zur Tagesordnung Beirat/BV
36987-24
Beschluss

TOP 3.24
Erprobung von Schulstraßen - Siegfried-Drupp-Straße, hier: Antrag der CDU-Fraktion | Lag zur Sitzung am 14.11.24 (TOP 3.23) vor.
Antrag zur Tagesordnung Beirat/BV
35194-24
Beratung

TOP 3.24.1
Erprobung von Schulstraßen | Stellungnahme der Verwaltung
Stellungnahme der Verwaltung
35194-24/1
Kenntnisnahme

TOP 3.25
Geschwindigkeitsreduzierung auf 30km/h auf der Evinger Straße (B54) von der Einmündung Schiffhorst bis zum Kreisverkehr in Brechten | Antrag BV Eving
Antrag zur Tagesordnung Beirat/BV
37325-25
Beschluss

TOP 4 Wirtschafts-, Beschäftigungsförderung, Europa, Wissenschaft und Forschung

TOP 4.1
Wirtschaftswende für Dortmund
Vorschlag zur Tagesordnung FDP/Bürgerl.
37492-25
Beratung

TOP 4.1.1



Wirtschaftswende für Dortmund
Zusatz-/Ergänzungsantrag FDP/Bürgerliste
37492-25/1
Beschluss/Empfehlung

TOP 5 Soziales, Arbeit und Gesundheit

TOP 5.1

Bericht des Gesundheitsamtes der Stadt Dortmund über die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst
Beschlussvorlage nach dem VV-Beschluss
37142-24
Kenntnisnahme

TOP 5.2

Aktuelle Situation zur Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen | Sie erhalten hierzu eine Tischvorlage
Beschlussvorlage
34567-24/12
Kenntnisnahme

TOP 5.2.1

Aktuelle Situation zur Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen | Anfrage der AfD-Fraktion vom 12.12.24 (TOP 5.3.1)
Anfrage zur Tagesordnung AfD
34567-24/10
Anfrage eingereicht

TOP 5.2.1.1

Aktuelle Situation zur Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen | Anfrage AfD
Beantwortung von Anfragen
Kenntnisnahme
34567-24/11

TOP 5.2.2

Aktuelle Situation zur Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen
Vorschlag zur Tagesordnung CDU
37491-25
Beratung

TOP 5.2.2.1

Aktuelle Situation zur Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen
Bitte um Stellungnahme CDU
Beratung
37491-25-/1

TOP 5.2.3

Aktuelle Situation zur Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen - Remigrationshafen statt „sicherer Hafen“ * Kein Verzicht auf Abschiebungen und Grenzschutz!
Zusatz-/Ergänzungsantrag AfD
34567-24/13
Beschluss

TOP 5.3



Bezahlkarte für Geflüchtete
Vorschlag zur Tagesordnung B90/Grüne
37300-25
Einbringung

TOP 5.3.1
Bezahlkarte für Geflüchtete
Gemeinsamer Zusatz-/Ergänzungsantrag
37348-25/1
Beschluss

TOP 5.3.2
Bezahlkarte für Flüchtlinge jetzt umsetzen!
Vorschlag zur Tagesordnung FDP/Bürgerl.
37493-25
Beratung

TOP 5.3.2.1
Bezahlkarte jetzt umsetzen!
Zusatz-/Ergänzungsantrag FDP/Bürgerliste
Beratung
37493-25/1

TOP 6 Kultur, Sport und Freizeit

TOP 6.1
Sanierung von Aufzugsanlagen im Theater Dortmund
Beschlussvorlage nach dem VV-Beschluss
36978-24
Beschluss

TOP 6.2
Theater Dortmund - Jahresabschluss und Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 23/24
Beschlussvorlage nach dem VV-Beschluss
37096-24
Beschluss

TOP 7 Schule

TOP 8 Kinder, Jugend und Familie

TOP 8.1
Dr. Safiye Ali Krekeler-Preis für Kindermedizin und -gesundheit - Benennung der Jurymitglieder
Beschlussvorlage nach dem VV-Beschluss
37137-24
Beschluss

TOP 8.2
Jahresbericht des Dortmunder Haus des Jugendrechts | Anfrage der AfD-Fraktion vom 12.12.24 (TOP 8.11)
Anfrage zur Tagesordnung AfD
37034-24
Anfrage eingereicht



TOP 8.2.1

Jahresbericht des Dortmunder Haus des Jugendrechts
Beantwortung von Anfragen
37034-24/1
Kenntnisnahme

TOP 9 Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften

TOP 9.1

Grundsatzbeschluss zur Bereitstellung von Büroflächen bei der Stadt Dortmund (Büroleitlinie)
Beschlussvorlage nach dem VV-Beschluss
36740-24
Beschluss

TOP 9.2

DOKOM Gesellschaft für Telekommunikation mbH - Mandatswechsel Aufsichtsrat
Beschlussvorlage
37336-25
Beschluss

TOP 9.3

Mehrbedarf gem. § 83 GO NRW im Haushaltsjahr 2024 in der Teilergebnisrechnung des Rechtsamtes.
Beschlussvorlage nach dem VV-Beschluss
37337-25
Beschluss

TOP 9.4

Bestätigung des Gesamtabchlusses der Stadt Dortmund zum 31. Dezember 2022
Beschlussvorlage
37264-25
Beschluss

TOP 9.5

DEW21: Energiebeschaffungspraxis | Sie erhalten die Stellungnahme im Nachversand
Stellungnahme der Verwaltung
36760-24/4
Kenntnisnahme

TOP 9.5.1

DEW21: Energiebeschaffungspraxis | Anfrage der CDU-Fraktion
Anfrage zur Tagesordnung CDU
36760-24/6
Anfrage eingereicht

TOP 9.6

Barzahlung bei DSW21 bewahren
Antrag zur Tagesordnung AfD
37467-25
Beschluss

TOP 9.7

Messe JAGD & HUND
Vorschlag zur Tagesordnung B90/Grüne

37470-25
Beschluss

TOP 9.7.1
Messe JAGD & HUND
Zusatz-/Ergänzungsantrag B90/Die Grünen
37470-25/1
Beschluss

TOP 10 Personal, Organisation, Digitalisierung, Bürgerdienste und öffentliche Ordnung

TOP 10.1
Sachstandsbericht Ermittlungsdienst Abfall
Beschlussvorlage nach dem VV-Beschluss
36456-24
Kenntnisnahme

TOP 10.1.1
Sachstandsbericht Ermittlungsdienst Abfall
Gemeinsamer Zusatz-/Ergänzungsantrag
36456-24/2
Beschluss

TOP 10.2
Konzeption und Realisation einer Corporate Identity und eines Corporate Designs für die Stadtverwaltung
Beschlussvorlage nach dem VV-Beschluss
37153-24
Beschluss

TOP 10.3
Satzung der Stadt Dortmund über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung/ Fleischhygiene außerhalb von Großbetrieben
Beschlussvorlage nach dem VV-Beschluss
37122-25
Beschluss

TOP 10.4
Attraktivitätssteigerung Dortmunder Wochenmärkte - Aufhebung des Beschlusses | Lag zur Sitzung am 12.12.24 (TOP 10.4) vor.
Beschlussvorlage
36805-24
Beschluss

TOP 10.5
Rettungsdienstbedarfsplan 2024 | Lag zur Sitzung am 12.12.24 (TOP 10.6) vor.
Beschlussvorlage nach dem VV-Beschluss
35990-24
Beschluss

TOP 10.6
Brandschutzbedarfsplan 2024 | Lag zur Sitzung am 12.12.24 (TOP 10.7) vor.
Beschlussvorlage nach dem VV-Beschluss
35989-24



Beschluss

TOP 10.7

Sonderstab Ordnung und Stadtleben – Fortschreibung des Konzeptes zum Umgang mit den Auswirkungen von Drogenkonsum und Obdachlosigkeit auf die Stadt und Stadtgesellschaft | Lag zur Sitzung am 12.12.24 (TOP 10.10) vor.

Beschlussvorlage

35733-24

Beschluss

TOP 10.7.1

Sonderstab Ordnung und Stadtleben - Fortschreibung des Konzeptes zum Umgang mit den Auswirkungen von Drogenkonsum und Obdachlosigkeit auf die Stadt und Stadtgesellschaft
Gemeinsamer Zusatz-/Ergänzungsantrag

35733-24/3

Beschluss

TOP 10.7.2

Sonderstab Ordnung und Stadtleben – Fortschreibung des Konzeptes zum Umgang mit den Auswirkungen von Drogenkonsum und Obdachlosigkeit auf die Stadt und Stadtgesellschaft
Zusatz-/Ergänzungsantrag CDU

35733-24/2

Beschluss

TOP 10.7.2.1

Sonderstab Ordnung und Stadtleben – Fortschreibung des Konzeptes zum Umgang mit den Auswirkungen von Drogenkonsum und Obdachlosigkeit auf die Stadt und Stadtgesellschaft
Zusatz-/Ergänzungsantrag AfD

Beschluss

35733-24/8

TOP 10.7.3

Sonderstab Ordnung und Stadtleben – Fortschreibung des Konzeptes zum Umgang mit den Auswirkungen von Drogenkonsum und Obdachlosigkeit auf die Stadt und Stadtgesellschaft
Zusatz-/Ergänzungsantrag CDU

35733-24/7

Beschluss

TOP 10.7.3.1

Sonderstab Ordnung und Stadtleben – Fortschreibung des Konzeptes zum Umgang mit den Auswirkungen von Drogenkonsum und Obdachlosigkeit auf die Stadt und Stadtgesellschaft
Zusatz-/Ergänzungsantrag AfD

Beschluss

35733-24/9

TOP 10.7.4

Drogenkonsumraum

Vorschlag zur Tagesordnung FDP/Bürgerl.

37494-25

Beratung

TOP 10.7.5

Sonderstab Ordnung und Stadtleben – Fortschreibung des Konzeptes zum Umgang mit den Auswirkungen von Drogenkonsum und Obdachlosigkeit auf die Stadt und Stadtgesellschaft
Zusatz-/Ergänzungsantrag Die Linke+
35733-24/6
Beschluss

TOP 10.8
Konzept zur frühzeitigen Veröffentlichung von Beschlusstexten
Beschlussvorlage
36082-24
Beschluss

TOP 10.9
Benennung von Delegierten für die 43. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 13.-15.05.2025 in Hannover
Beschlussvorlage
37284-25
Beschluss

TOP 10.9.1
Benennung von Delegierten für die 43. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 13.-15.05.2025 in Hannover | Benennungen
Gemeinsamer Zusatz-/Ergänzungsantrag
37284-25/1
Beschluss

TOP 10.10
Interessensbekundung für die Ausschüsse der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)
Beschlussvorlage
37288-25
Beschluss

TOP 10.10.1
Interessensbekundung für die Ausschüsse der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) | Benennungen
Gemeinsamer Zusatz-/Ergänzungsantrag
37288-25/1
Beschluss

TOP 10.11
Interessensbekundung für den Arbeitskreis „Junge lokale und regionale Mandatsträger*innen“ der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)
Beschlussvorlage
37289-25
Beschluss

TOP 10.11.1
Interessensbekundung für den Arbeitskreis „Junge lokale und regionale Mandatsträger*innen“ der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) | Benennungen
Gemeinsamer Zusatz-/Ergänzungsantrag
37289-25/1
Beschluss

TOP 10.12

Benennung von Delegierten für die Delegiertenversammlung 2025 der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 10./11.04.2025 in Jena

Beschlussvorlage

37290-25

Beschluss

TOP 10.12.1

Benennung von Delegierten für die Delegiertenversammlung 2025 der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 10./11.04.2025 in Jena | Vorschlagsliste

Gemeinsamer Zusatz-/Ergänzungsantrag

37290-25/1

Beschluss

TOP 10.13

Ethikkommission

TOP 10.13.1

Ethikkommission

Vorschlag zur Tagesordnung Die Linke+

37427-25

Anfrage eingereicht

TOP 10.13.1.1

Ethikkommission

Bitte um Stellungnahme Die Linke+

Anfrage eingereicht

37427-25/1

TOP 10.13.2

Ethikkommission

Vorschlag zur Tagesordnung FDP/Bürgerl.

37495-25

Beratung

TOP 10.13.2.1

Ethikkommission

Bitte um Stellungnahme FDP/Bürgerliste

Anfrage eingereicht

37495-25/1

TOP 10.14

Umbesetzung in Gremien

Vorschlag zur Tagesordnung Die Linke+

37383-25

Beschluss

TOP 10.15

Mitgliedschaften in Vereinen, Verbänden, Allianzen, Organisationen oder Institutionen

Anfrage zur Tagesordnung AfD

37466-25

Anfrage eingereicht

TOP 10.16



Syrien nach Assad – Rückführungsoffensive jetzt!

Antrag zur Tagesordnung AfD

37468-25

Beschluss

TOP 10.17

Maßnahmen zum Jugendschutz vor islamistischen Influencern

Anfrage zur Tagesordnung AfD

37477-25

Anfrage eingereicht

TOP 10.17.1

Maßnahmen zum Jugendschutz vor islamistischen Influencern

Anfrage zur Tagesordnung AfD

37477-25/1

Anfrage eingereicht

TOP 11

Anfragen

PROTOKOLL

Die öffentliche 31. Sitzung des Rates der Stadt wird um 15:00 Uhr von Herrn Oberbürgermeister Thomas Westphal eröffnet und geleitet.

zu TOP 1 Regularien

zu TOP 1.1 Benennung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Rm Schlösser (Die Partei) benannt.

zu TOP 1.2 Hinweis auf das Mitwirkungsverbot gem. §§ 31 und 43 Abs. 2 GO NRW

Der Vorsitzende weist auf das Mitwirkungsverbot gem. §§ 31 und 43 Abs. 2 GO NRW hin und bittet, dieses zu beachten, sofern es im Einzelfall zutreffen sollte.

zu TOP 1.3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung (TO) wird auf Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Wege der Dringlichkeit mit Mehrheit gegen die Stimmen der Fraktionen CDU, AfD, FDP/Bürgerliste und gegen die Stimme des Rm Deyda um den Tagesordnungspunkt (TOP) 2.4 erweitert.

Dem Antrag der SPD-Fraktion auf Nichtbefassung mit TOP 9.6 wird mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und des Rm Deyda zugestimmt, der TOP wird von der TO abgesetzt.

Die TO der öffentlichen Sitzung wird mit den von OB Westphal genannten Änderungen mehrheitlich festgestellt.

Der Rat der Stadt beschließt mit Mehrheit gegen die Stimmen der AfD-Fraktion sowie des Rm Deyda die vorgeschlagene Begrenzung der Redezeit.

OB Westphal schlägt die Erweiterung der Tagesordnung um folgende Tagesordnungspunkte (TOP) vor:

- 7.1 Erweiterung des Ausschusses um ein beratendes Mitglied der OGS-Träger | Empfehlung SchulA**
Empfehlung
Beschluss
37417-25/1
- 10.18 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Verbot des Verkaufs sowie der Ab- und Weitergabe von Distickstoffmonoxid „Lachgas“ an Minderjährige in der Stadt Dortmund**
Beschlussvorlage nach VV-Beschluss
Beschluss
37517-25
- 10.19 EURO 2024 - ergänzende Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen zur UEFA 2024**
Beschlussvorlage nach VV-Beschluss
Beschluss
37557-25
- 10.20 Ausstieg aus dem städtischen X-Account | Empfehlung des APOD**
Gemeinsamer Zusatz-/Ergänzungsantrag
Beschluss
37363-25/1

Die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben folgenden Antrag vorgelegt und möchte diesen im Wege der Dringlichkeit in die TO aufnehmen lassen:

- 2.4 Erklärung des Rates – Wir sind die Brandmauer**
Gemeinsamer Antrag
Beschluss
37616-25

Auch unterbreitet OB Westphal den Vorschlag, folgende Vorlagen abzusetzen:

- 3.9.1 Beschluss des Lärmaktionsplans 2024**
Antrag BV Eving
Beschluss
36988-25/3
- 3.18 „Toiletten für alle Geschlechter“ in städtischen Gebäuden | Lag zur Sitzung am 12.12.24 (TOP 3.20) vor.**
Beschlussvorlage nach dem VV-Beschluss
Beschluss
35464-24
einschließlich der Zusatz-/Ergänzungsanträge 3.18.1 und 3.18.2
- 3.23 CDU Fraktion: Antrag zu TOP 4.1.5 - Verkehrsleitende Maßnahmen im Bereich Schönau, Barop und Brüninghausen während Veranstaltungen im Westfalenstadion/SIGNAL IDUNA PARK**
Antrag zur Tagesordnung Beirat/BV
Beschluss
36987-24
- 3.24 Erprobung von Schulstraßen - Siegfried-Drupp-Straße, hier: Antrag der CDU-Fraktion | Lag zur Sitzung am 14.11.24 (TOP 3.23) vor.**
Antrag BV Scha/ Empfehlung des SchulA
Beratung
35194-24
einschließlich der Stellungnahme 3.24.1



- 3.25 Geschwindigkeitsreduzierung auf 30km/h auf der Evinger Straße (B54) von der Einmündung Schiffhorst bis zum Kreisverkehr in Brechten**
Antrag BV Eving
Beratung
37325-25
- 10.4 Attraktivitätssteigerung Dortmunder Wochenmärkte - Aufhebung des Beschlusses | Lag zur Sitzung am 12.12.24 (TOP 10.4) vor.**
Beschlussvorlage
Beschluss
36805-24
- 10.7.4 Drogenkonsum**
Vorschlag zur TO FDP/Bürgerl.
Beratung
37494-25
- 10.16 Syrien nach Assad – Rückführungsoffensive jetzt!**
Antrag zur Tagesordnung AfD
Beschluss
37468-25

Weiterhin soll der TOP

- 8.1 Dr. Safiye Ali Krekeler-Preis für Kindermedizin und -gesundheit - Benennung der Jurymitglieder**
Beschlussvorlage nach dem VV-Beschluss
Beschluss
37137-24

als **TOP 5.4** behandelt werden.

Wortbeiträge:

Rm Neumann-Lieven (SPD) verweist auf die Abstimmung im Bundestag und die zahlreichen Großdemonstrationen bundesweit. Dies bewegt die Bürger*innen und sie erwarten auch eine Positionierung des Rates. Daher beantrage ihre Fraktion gemeinsam mit B`90/Die Grünen die Erweiterung der Tagesordnung um die Resolution „Erklärung des Rates – Wir sind die Brandmauer“ im Wege der Dringlichkeit.

Rm Dr. Suck (CDU) kann die Dringlichkeit nicht erkennen. Zum Zeitpunkt der besagten Abstimmungen im Bundestag war die ordentliche Antragsfrist zur Tagesordnung des Rates noch nicht abgelaufen. Eine rechtzeitige Beantragung wäre möglich gewesen. Auch werde der Bundestag, an den sich die Resolution richtet, so nicht mehr zusammentreten. Daher lehnt seine Fraktion die Erweiterung der TO ab.

Rm Neumann-Lieven (SPD) beantragt für den TOP 9.6 „Barzahlung bei DSW21 bewahren“ die Nichtbefassung durch den Rat und begründet es damit, dass der Antrag eine Anweisung an die DSW21 fordere. Dazu ist der Rat nicht befugt.

Rm Mader (CDU) stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Redezeit in der heutigen Ratssitzung auf drei Minuten je Ratsmitglied und Tagesordnungspunkt zu begrenzen.

Rm Garbe (AfD) hält die Gegenrede und spricht sich gegen eine Redezeitbegrenzung aus.

zu TOP 1.4 Genehmigung von Niederschriften

zu TOP 1.4.1 Niederschrift vom 14.11.24

Die Niederschrift der 29. Sitzung (öffentlich) vom 14.11.2024 wird bei Enthaltung der AfD-Fraktion genehmigt.

Wortbeitrag:

Rm Bohnhof (AfD) kündigt die Enthaltung seiner Fraktion zur Niederschrift an, da die Niederschrift Ungenauigkeiten enthalte.

zu TOP 1.4.2 Niederschrift vom 12.12.24 | Sie erhalten die Niederschrift im Nachversand

Die Niederschrift der 30. Sitzung (öffentlich) vom 12.12.2024 wird bei Enthaltung der AfD-Fraktion genehmigt.

Wortbeitrag:

Rm Bohnhof (AfD) kritisiert die Anlage 6, Haushaltsrede Dr. Neumann, B`90/Die Grünen. Das zur Verfügung gestellte Skript weiche von der tatsächlichen Rede ab. Konkret geht es um eine Aussage –nachhörbar im youtube-Video unter 01:08:49– die eine falsche Tatsachenbehauptung darstelle und nicht im Redeskript zu finden ist.

OB Westphal macht Rm Bohnhof darauf aufmerksam, dass er Änderungen am Protokoll gern vortragen könne. Dies würden, sofern es zutrifft, geändert. Eine Bewertung der inhaltlichen Aussagen von Ratsmitgliedern hingegen sei nicht Gegenstand der Beratung an dieser Stelle.

zu TOP 2 Angelegenheiten von besonderer Bedeutung und öffentlichem Interesse

zu TOP 2.1 Sitzordnung des Rates im Ratssaal bis zum Ende der Wahlperiode 2020 - 2025 | Sie erhalten die Vorlage im Nachversand

Beschluss

37447-25

Beschluss:

Der Rat der Stadt folgt dem Antrag der Fraktion Die Partei und fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke+ bei Enthaltung der Fraktionen AfD und FDP/Bürgerliste sowie des Rm Deyda folgenden geänderten (*kursiv, unterstrichen*) Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die Sitzordnung des Rates im Ratssaal (siehe Anlage) bis zum Ende der Wahlperiode 2020 – 2025.

Die drei in Sitzreihe 1 bis 3 jeweils am Gang befindlichen Plätze der Fraktion Die Linke+ werden (aus Präsidiumssicht) nach links auf die laut Plan für die Fraktion Volt und Vielfalt vorgesehenen Plätze verlagert. Diese dadurch am Gang freien Plätze in den Reihen 1 bis 3 werden der Fraktion Volt und Vielfalt zugewiesen.

Wortbeiträge:

Rm Schlösser (Die Partei) schlägt vor, dass der Umbau wie in der Anlage zur Verwaltungsvorlage dargestellt erfolgen soll, abweichend die Fraktion die Linke+ in den ersten drei Reihen zu seiner Fraktion aufrücken möge. Auf dann freien Plätzen in Reihe 1 bis 3 am Gang soll die Fraktion Volt und Vielfalt platziert werden.

Rm Kowalewski (Die Linke+) sieht im Verwaltungsvorschlag eine Provokation der Mehrheit gegenüber seiner Fraktion. Dies koste Geld und wirke mit Blick auf die Kommunalwahl nur für drei Sitzungen, da einer Realisierung für März wegen der Beauftragung und Ausführung durch ein Unternehmen nicht erwartbar sei. Die Positionierung der Fraktion Volt und Vielfalt im linken Sitzbereich erkennt er politisch nicht.

OB Westphal bittet trotz der bevorstehenden Bundestagswahl darum, im Rat die für Dortmund wichtigen Dinge zu fokussieren.

zu TOP 2.2 Anpassung der Fraktionszuwendungen

Beschluss
37465-25

Beschluss:

Der Rat der Stadt folgt dem Hauptausschuss, welcher die Variante a) der Beschlussvorlage empfiehlt, und beschließt einstimmig bei Enthaltung des Rm Deyda:

Der Rat beschließt

- a) den bestehenden Haushaltsansatz für die Fraktionszuwendungen insgesamt um 88.049,97 Euro zu erhöhen**

zu TOP 2.3 Besetzung von Ausschüssen

Beschluss
37444-25

Beschluss:

Der Rat der Stadt lehnt den Antrag der Fraktion Die Linke+ zu TOP 2.3.1 (37444-25/1) mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion die Linke+ ab.

Der Rat der Stadt fasst mit Mehrheit gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke+ bei Enthaltung des Rm Deyda folgenden Beschluss:

1. Die in der konstituierenden Sitzung des Rates am 12.11.2020 getroffenen Festlegungen
 - 1.1 über die einzurichtenden Ausschüsse und deren Größe (mit Ausnahme des Hauptausschusses und Ältestenrates)
 - 1.2 die Anzahl der sachkundigen Bürger*innen
 - 1.3 die Verteilung der Ausschussvorsitze und Stellvertretungen auf die Fraktionen
 - 1.4 die Benennung der Ausschussvorsitzenden und deren Stellvertretungengelten bis zum Ende der laufenden Wahlperiode fort
2. Die unter Ziffer 4 der Begründung genannten Ausschüsse werden aufgelöst.
3. Der Hauptausschuss und Ältestenrat bestehen bis zum Ende der laufenden Wahlperiode aus 18 Ratsmitgliedern sowie dem Oberbürgermeister

Nach erfolgter Wahl fasst der Rat der Stadt einstimmig folgenden Beschluss:

4. Die Mitglieder einschließlich der stellvertretenden Mitglieder der unter Ziffer 4 der Begründung genannten Ausschüsse werden neu gewählt.

Sind die direkt gewählten stellvertretenden Ausschussmitglieder verhindert, sind – unter Einhaltung des § 58 Abs. 3 S. 3 GO NRW – alle weiteren Ratsmitglieder bzw. sachkundigen Bürger*innen jeder Fraktion in alphabetischer Reihenfolge stellvertretende Ausschussmitglieder. Die sachkundigen Bürger*innen dürfen auch Ratsmitglieder vertreten.
5. Der Rat der Stadt beschließt, die mit Vorlage DS Nr. 18956-20-E2 vom Seniorenbeirat vorgeschlagenen Mitglieder als sachkundige Einwohner*innen in den Ausschüssen zu benennen. (siehe Begründung, Ziffer 5)
6. Der Rat der Stadt wählt die mit Vorlage DS Nr. 18963-20 vorgeschlagenen Personen zu beratenden Mitgliedern und Vertreter*innen im Betriebsausschuss FABIDO (siehe Begründung, Ziffer 6)



7. Der Rat der Stadt beschließt, dass die vom Integrationsrat und Behindertenpolitischen Netzwerk benannten Personen in den jeweiligen Ausschüssen beratend tätig sind (siehe Begründung, Ziffer 7)

Der Rat beschließt einstimmig, dass die in einem Wahlgang zu wählenden Ausschussbesetzungen inklusiver Vertretung mittels einer Abstimmung erfolgt.

Zu Ziffer 4: Mittels Neuwahl der Ausschüsse wurden gewählt:

Hauptausschuss und Ältestenrat (Oberbürgermeister + 18 Mitglieder)

Liste der SPD-Fraktion

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|-------------------------|---------------------------|
| 1 | RM Carla Neumann-Lieven | |
| 2 | RM Veronika Rudolf | RM Gudrun Heidkamp |
| 3 | BM Norbert Schilff | RM Daniela Worth |
| 4 | RM Olaf Schlienkamp | RM Leif Schmidt |
| 5 | RM Fabian Erstfeld | |

Liste der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|--------------------------|---------------------------|
| 1 | RM Katrin Lögering | RM Jenny Brunner |
| 2 | RM Dr. Christoph Neumann | RM Britta Gövert |
| 3 | BMin Barbara Brunsing | RM Martina Stackelbeck |
| 4 | RM Ingrid Reuter | RM Benjamin Beckmann |

Liste der CDU-Fraktion

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|---------------------|----------------------------|
| 1 | RM Dr. Jendrik Suck | RM Reinhard Frank |
| 2 | RM Sascha Mader | RM Friedrich-Wilhelm Weber |
| 3 | BMin Ute Mais | RM Dr. Eva-Maria Goll |
| 4 | RM Uwe Waßmann | RM Uwe Wallrabe |

Liste der Fraktion Die Linke±

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|-------------------|-------------------------|
| 1 | RM Utz Kowalewski | RM Fatma Karacakurtoglu |

Liste der Fraktion AfD

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|-----------------|-------------------------|
| 1 | RM Heiner Garbe | RM Peter Bohnhof |

Liste der Fraktion FDP/Bürgerliste

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|------------------|-------------------------|
| 1 | RM Michael Kauch | RM Markus Happe |

Liste der Fraktion Die Partei

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|-------------------|-------------------------|
| 1 | RM Olaf Schlösser | RM Katharina Diwisch |

Liste der Fraktion Volt und Vielfalt



| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|-----------------|-------------------------|
| 1 | RM Antje Joest | RM Christian Gebel |

Rechnungsprüfungsausschuss (21 Mitglieder)Liste der SPD-Fraktion

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|--------------------|---------------------------|
| 1 | RM Roland Spieß | RM Christina Alexandrowiz |
| 2 | RM Carsten Giebel | RM Rüdiger Schmidt |
| 3 | RM Leif Schmidt | SB Matthias Hechler |
| 4 | SB Michael Schröer | SB Monika Lührs |
| 5 | RM Susanne Meyer | RM Andrea Keßler |
| 6 | SB Bianca Herrmann | |

Liste der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|------------------------|---------------------------|
| 1 | RM Svenja Noltemeyer | RM Wolfgang Gurowietz |
| 2 | SB Hubertus Feltmann | RM Martina Stackelbeck |
| 3 | RM Friedrich Fuß | RM Hans Wiesner |
| 4 | RM Dr. Lisa Schultze | RM Leander Schreyer |
| 5 | RM Armel Dsicheu Djiné | RM Jenny Brunner |

Liste der CDU-Fraktion

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|-------------------|---------------------------|
| 1 | RM Manfred Sauer | RM Dr. Jendrik Suck |
| 2 | RM Udo Reppin | RM Dr. Eva-Maria Goll |
| 3 | RM Reinhard Frank | RM Uwe Waßmann |
| 4 | RM Dirk Hartleif | RM Emmanouil Daskalakis |
| 5 | RM Uwe Wallrabe | RM Sascha Mader |

Liste der Fraktion Die Linke+

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|-----------------------|-------------------------|
| 1 | RM Dr. Petra Tautorat | RM Utz Kowalewski |

Liste der Fraktion AfD

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|------------------|-------------------------|
| 1 | SB Walter Wagner | Rm Peter Bohnhof |

Liste der Fraktion FDP/Bürgerliste

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|-----------------------|-------------------------|
| 1 | SB Claudia Schneiders | SB Mario Krause |

Liste der Fraktion Die Partei

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|----------------------|-------------------------|
| 1 | RM Katharina Diwisch | RM Olaf Schlösser |

Liste der Fraktion Volt und Vielfalt

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|--------------------|-------------------------|
| 1 | RM Christian Gebel | RM Antje Joest |

**Schulausschuss (21 Mitglieder)**Liste der SPD-Fraktion

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|--------------------|---------------------------|
| 1 | RM Fabian Erstfeld | SB Michael Schröer |
| 2 | RM Andrea Keßler | SB Bianca Herrmann |
| 3 | RM Anja Kirsch | RM Anna Spaenhoff |
| 4 | RM Roland Spieß | RM Susanne Meyer |
| 5 | SB Jana Herrmann | |
| 6 | RM Leif Schmidt | |

Liste der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|----------------------|---------------------------|
| 1 | SB Ingo Schwenken | RM Dr. Lisa Schultze |
| 2 | RM Stefan Meißner | RM Armel Dsicheu Djine |
| 3 | RM Britta Gövert | RM Saziye Altundal-Köse |
| 4 | RM Katrin Lögering | RM Benjamin Beckmann |
| 5 | RM Elisabeth Brenker | RM Svenja Noltemeyer |

Liste der CDU-Fraktion

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|---------------------------|----------------------------|
| 1 | RM Dr. Eva-Maria Goll | BMin Ute Mais |
| 2 | RM Christian Barrenbrügge | RM Emmanouil Daskalakis |
| 3 | RM Michaela Uhlig | RM Thorsten Hoffmann |
| 4 | SB André Buchloh | RM Friedrich-Wilhelm Weber |
| 5 | SB Felix Krahn | RM Lars Vogeler |

Liste der Fraktion Die Linke+

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|--------------------------|-------------------------|
| 1 | RM Petra Dresler-Döhmann | SB Nursen Konak |

Liste der Fraktion AfD

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|-------------------------|-------------------------|
| 1 | SB Mike Dennis Barthold | |

Liste der Fraktion FDP/Bürgerliste

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|-----------------|-------------------------|
| 1 | SB Levin Rybak | SB Marc Ossau |

Liste der Fraktion Die Partei

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|-----------------|-------------------------|
| 1 | SB Julia Rüding | RM Stefan Dondrup |

Liste der Fraktion Volt und Vielfalt

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|-------------------|-------------------------|
| 1 | SB Walter Mirtsch | RM Antje Joest |

Wahlprüfungsausschuss (21 Mitglieder):Liste der SPD-Fraktion



| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|---------------------------|---------------------------|
| 1 | RM Silvy Ixkes-Henkemeier | RM Rüdiger Schmidt |
| 2 | RM Carla Neumann-Lieven | |
| 3 | RM Franz-Josef Rütter | RM Anja Kirsch |
| 4 | RM Daniela Worth | RM Fabian Erstfeld |
| 5 | RM Dirk Goosmann | RM Roland Spieß |
| 6 | -bleibt unbesetzt- | -bleibt unbesetzt- |

Liste der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|----------------------|---------------------------|
| 1 | RM Hans Wiesner | RM Ingrid Reuter |
| 2 | RM Oliver Stieglitz | RM Ulrich Langhorst |
| 3 | RM Benjamin Beckmann | RM Martina Stackelbeck |
| 4 | RM Dr. Lisa Schultze | RM Dr. Christoph Neumann |
| 5 | RM Hannah Sassen | RM Jenny Brunner |

Liste der CDU-Fraktion

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|-------------------------|---------------------------|
| 1 | RM Sascha Mader | RM Reinhard Frank |
| 2 | RM Dr. Eva-Maria Goll | RM Dr. Jendrik Suck |
| 3 | RM Emmanouil Daskalakis | RM Thomas Bahr |
| 4 | RM Manfred Sauer | RM Matthias Nienhoff |
| 5 | RM Lars Vogeler | RM Thorsten Hoffmann |

Liste der Fraktion Die Linke+

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|-------------------|-------------------------|
| 1 | RM Utz Kowalewski | SB Kevin Götz |

Liste der Fraktion AfD

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|------------------|-------------------------|
| 1 | RM Peter Bohnhof | RM Matthias Helferich |

Liste der Fraktion FDP/Bürgerliste

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|--------------------|-------------------------|
| 1 | SB Dr. Oliver Klug | RM Markus Happe |

Liste der Fraktion Die Partei

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|-------------------|-------------------------|
| 1 | RM Stefan Dondrup | RM Katharina Diwisch |

Liste der Fraktion Volt und Vielfalt

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|--------------------|-------------------------|
| 1 | RM Christian Gebel | RM Emre Güleç |

Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden (21 Mitglieder)Liste der SPD-Fraktion

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|--------------------|---------------------------|
| 1 | RM Dirk Goosmann | RM Detlef Adam |
| 2 | RM Gudrun Heidkamp | RM Anja Kirsch |



| | | |
|---|--------------------------------------|-----------------|
| 3 | RM Cüneyt Karadas | RM Uwe Kaminski |
| 4 | SB Monika Lührs | |
| 5 | RM Dr. Heidemarie Lyding-Lichterfeld | |
| 6 | RM Rüdiger Schmidt | |

Liste der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|------------------------|---------------------------|
| 1 | RM Dr. Lisa Schultze | RM Ulrich Langhorst |
| 2 | RM Armel Dsicheu Djine | RM Jenny Brunner |
| 3 | RM Friedrich Fuß | RM Svenja Noltemeyer |
| 4 | RM Benjamin Beckmann | RM Saziye Altundal-Köse |
| 5 | RM Elisabeth Brenker | RM Martina Stackelbeck |

Liste der CDU-Fraktion

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|----------------------------|---------------------------|
| 1 | RM Uwe Wallrabe | RM Annette Becker |
| 2 | RM Friedrich-Wilhelm Weber | RM Emmanouil Daskalakis |
| 3 | RM Thorsten Hoffmann | RM Dr. Eva-Maria Goll |
| 4 | RM Ina Polomski-Tölle | RM Michaela Uhlig |
| 5 | SB Andreas Brunnert | RM Uwe Waßmann |

Liste der Fraktion Die Linke+

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|---------------------------|-------------------------|
| 1 | SB Christiane Tenbenschel | RM Michael Badura |

Liste der Fraktion AfD

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|------------------|-------------------------|
| 1 | RM Peter Bohnhof | RM Heiner Garbe |

Liste der Fraktion FDP/Bürgerliste

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|------------------------|-------------------------|
| 1 | SB Dr. Thomas Reinbold | RM Susanne Bartholomé |

Liste der Fraktion Die Partei

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|-------------------|-------------------------|
| 1 | RM Olaf Schlösser | RM Stefan Dondrup |

Liste der Fraktion Volt und Vielfalt

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|-----------------|-------------------------|
| 1 | SB Özkan Arikan | RM Emre Güleç |

Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften (21 Mitglieder)Liste der SPD-Fraktion

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|---------------------------|---------------------------|
| 1 | RM Christina Alexandrowiz | RM Torsten Heymann |
| 2 | RM Hendrik Berndsen | RM Gudrun Heidkamp |
| 3 | RM Fabian Erstfeld | RM Silvy Ixkes-Henkemeier |
| 4 | RM Dirk Goosmann | RM Uwe Kaminski |
| 5 | RM Franz-Josef Rüter | RM Carsten Giebel |

| | | |
|---|--------------------|--------------------|
| 6 | BM Norbert Schilff | SB Michael Schröer |
|---|--------------------|--------------------|

Liste der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|--------------------------|---------------------|
| 1 | RM Wolfgang Gurowietz | RM Matthias Dudde |
| 2 | RM Dr. Christoph Neumann | RM Katrin Lögering |
| 3 | RM Ulrich Langhorst | RM Hans Wiesner |
| 4 | RM Ingrid Reuter | RM Oliver Stieglitz |
| 5 | RM Martina Stackelbeck | RM Leander Schreyer |

Liste der CDU-Fraktion

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|-----------------------|----------------------------|
| 1 | RM Sascha Mader | RM Christian Barrenbrügge |
| 2 | RM Dr. Jendrik Suck | RM Matthias Nienhoff |
| 3 | RM Udo Reppin | RM Manfred Sauer |
| 4 | RM Uwe Waßmann | RM Friedrich-Wilhelm Weber |
| 5 | RM Ina Polomski-Tölle | RM Uwe Wallrabe |

Liste der Fraktion Die Linke+

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|-------------------|-----------------------|
| 1 | RM Utz Kowalewski | RM Dr. Petra Tautorat |

Liste der Fraktion AfD

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|-----------------|------------------|
| 1 | RM Heiner Garbe | SB Walter Wagner |

Liste der Fraktion FDP/Bürgerliste

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|------------------|--------------------|
| 1 | RM Michael Kauch | SB Dr. Oliver Klug |

Liste der Fraktion Die Partei

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|-------------------|----------------------|
| 1 | RM Olaf Schlösser | RM Katharina Diwisch |

Liste der Fraktion Volt und Vielfalt

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|----------------|------------------|
| 1 | RM Antje Joest | RM Emre Güleç |

Ausschuss für Kultur, Sport und Freizeit (21 Mitglieder)

Liste der SPD-Fraktion

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|---------------------------|--------------------------------------|
| 1 | RM Norbert Bonde | RM Leif Schmidt |
| 2 | RM Dominik De Marco | RM Dr. Heidemarie Lyding-Lichterfeld |
| 3 | RM Torsten Heymann | RM Franz-Josef Rüter |
| 4 | RM Silvy Ixkes-Henkemeier | RM Cüneyt Karadas |
| 5 | RM Uwe Kaminski | |
| 6 | SB Matthias Hechler | |

Liste der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|-----------------------|---------------------------|
| 1 | BMin Barbara Brunsing | RM Wolfgang Gurowietz |
| 2 | RM Oliver Stieglitz | RM Dr. Christoph Neumann |
| 3 | RM Matthias Dudde | RM Ulrich Langhorst |
| 4 | RM Katrin Lögering | RM Ingrid Reuter |
| 5 | RM Leander Schreyer | RM Martina Stackelbeck |

Liste der CDU-Fraktion

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|--------------------------|---------------------------|
| 1 | BMin Ute Mais | RM Emmanouil Daskalakis |
| 2 | RM Sascha Mader | RM Dr. Eva-Maria Goll |
| 3 | RM Dirk Hartleif | RM Matthias Nienhoff |
| 4 | RM Manfred Sauer | RM Christian Barrenbrügge |
| 5 | SB Hans-Joachim Pohlmann | RM Udo Reppin |

Liste der Fraktion Die Linke+

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|--------------------------|-------------------------|
| 1 | RM Petra Dresler-Döhmann | RM Michael Badura |

Liste der Fraktion AfD

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|-------------------|-------------------------|
| 1 | RM Wolfgang Seitz | RM Tino Perlick |

Liste der Fraktion FDP/Bürgerliste

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|-----------------|-------------------------|
| 1 | SB Marc Ossau | RM Susanne Bartholomé |

Liste der Fraktion Die Partei

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|-------------------|-------------------------|
| 1 | RM Stefan Dondrup | RM Katharina Diwisch |

Liste der Fraktion Volt und Vielfalt

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|-----------------|-------------------------|
| 1 | RM Emre Güleç | SB Laura Skusa |

Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung (21 Mitglieder)

Liste der SPD-Fraktion

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|---------------------|---------------------------|
| 1 | RM Carsten Giebel | RM Carla Neumann-Lieven |
| 2 | RM Torsten Heymann | RM Norbert Bonde |
| 3 | RM Cüneyt Karadas | SB Matthias Hechler |
| 4 | BM Norbert Schilff | RM Dirk Goosmann |
| 5 | SB Arno Lohmann | |
| 6 | RM Olaf Schlienkamp | |

Liste der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|------------------------|---------------------------|
| 1 | RM Wolfgang Gurowietz | BMin Barbara Brunsing |
| 2 | RM Martina Stackelbeck | RM Oliver Stieglitz |

| | | |
|---|------------------------|--------------------|
| 3 | SB Hubertus Feltmann | RM Matthias Dudde |
| 4 | RM Armel Dsicheu Djine | RM Katrin Lögering |
| 5 | SB Kerstin Feldhoff | RM Hannah Sassen |

Liste der CDU-Fraktion

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|----------------------------|---------------------------|
| 1 | RM Lars Vogeler | RM Dr. Eva-Maria Goll |
| 2 | RM Uwe Waßmann | RM Dirk Hartleif |
| 3 | RM Matthias Nienhoff | RM Thomas Bahr |
| 4 | RM Uwe Wallrabe | RM Udo Reppin |
| 5 | RM Friedrich-Wilhelm Weber | RM Dr. Jendrik Suck |

Liste der Fraktion Die Linke+

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|-----------------------|---------------------------|
| 1 | RM Dr. Petra Tautorat | RM Utz Kowalewski |

Liste der Fraktion AfD

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|-------------------|---------------------------|
| 1 | RM Peter Bohnhof | SB Walter Wagner |

Liste der Fraktion FDP/Bürgerliste

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|-------------------|-------------------------|
| 1 | SB Frieder Löhner | RM Michael Kauch |

Liste der Fraktion Die Partei

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|----------------------|-------------------------|
| 1 | RM Katharina Diwisch | RM Olaf Schlösser |

Liste der Fraktion Volt und Vielfalt

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|--------------------|-------------------------|
| 1 | RM Christian Gebel | SB Daniel Staiger |

Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit (21 Mitglieder)

Liste der SPD-Fraktion

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|--------------------|---------------------------|
| 1 | RM Andrea Keßler | RM Uwe Kaminski |
| 2 | RM Anja Kirsch | RM Veronika Rudolf |
| 3 | SB Janina Kleist | SB Martin Grohmann |
| 4 | RM Susanne Meyer | RM Dominik De Marco |
| 5 | RM Rüdiger Schmidt | RM Cüneyt Karadas |
| 6 | RM Daniela Worth | RM Roland Spieß |
| 7 | -bleibt unbesetzt- | -bleibt unbesetzt- |

Liste der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|-------------------------|---------------------------|
| 1 | RM Ulrich Langhorst | RM Dr. Lisa Schultze |
| 2 | RM Jenny Brunner | RM Armel Dsicheu Djine |
| 3 | SB Anna Flacke | SB Birgit Unger |
| 4 | RM Saziye Altundal-Köse | RM Britta Gövert |

| | | |
|---|----------------------|----------------------|
| 5 | RM Benjamin Beckmann | RM Svenja Noltemeyer |
|---|----------------------|----------------------|

Liste der CDU-Fraktion

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|-------------------------|---------------------------|
| 1 | RM Thomas Bahr | RM Christian Barrenbrügge |
| 2 | RM Michaela Uhlig | RM Sascha Mader |
| 3 | RM Emmanouil Daskalakis | BMin Ute Mais |
| 4 | RM Thorsten Hoffmann | RM Ina Polomski-Tölle |
| 5 | SB Barbara Murawski | RM Uwe Wallrabe |

Liste der Fraktion Die Linke +

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|-------------------------|--------------------------|
| 1 | RM Fatma Karacakurtoglu | RM Petra Dresler-Döhmann |

Liste der Fraktion AfD

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|-----------------|-------------------|
| 1 | RM Tino Perlick | RM Wolfgang Seitz |

Liste Die Fraktion Die Partei

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|------------------|------------------|
| 1 | SB Frank Fischer | SB Nadja Reigl |

Liste der Fraktion Volt und Vielfalt

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|----------------------|------------------|
| 1 | SB Todor Parashkevov | SB Laura Skusa |

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen (31 Mitglieder)

Liste der SPD-Fraktion

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|----|--------------------------------------|---------------------------|
| 1 | RM Detlef-Wilhelm Adam | |
| 2 | RM Norbert Bonde | RM Torsten Heymann |
| 3 | RM Cüneyt Karadas | RM Andrea Keßler |
| 4 | RM Dr. Heidemarie Lyding-Lichterfeld | |
| 5 | RM Susanne Meyer | |
| 6 | RM Carla Neumann-Lieven | RM Silvy Ixkes-Henkemeier |
| 7 | RM Veronika Rudolf | |
| 8 | RM Olaf Schlienkamp | RM Anja Kirsch |
| 9 | RM Anna Spaenhoff | RM Daniela Worth |
| 10 | -bleibt unbesetzt- | -bleibt unbesetzt- |

Liste der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|---------------------|--------------------------|
| 1 | RM Ingrid Reuter | RM Wolfgang Gurowietz |
| 2 | RM Matthias Dudde | RM Dr. Christoph Neumann |
| 3 | RM Katrin Lögering | RM Ulrich Langhorst |
| 4 | RM Hans Wiesner | RM Stefan Meißner |
| 5 | RM Oliver Stieglitz | RM Martina Stackelbeck |
| 6 | RM Leander Schreyer | RM Svenja Noltemeyer |
| 7 | RM Hannah Sassen | RM Britta Gövert |

Liste der CDU-Fraktion

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|----------------------------|---------------------------|
| 1 | RM Uwe Waßmann | RM Christian Barrenbrügge |
| 2 | RM Friedrich-Wilhelm Weber | RM Dirk Hartleif |
| 3 | RM Annette Becker | RM Uwe Wallrabe |
| 4 | RM Reinhard Frank | RM Thorsten Hoffmann |
| 5 | RM Ina Polomski-Tölle | BMin Ute Mais |
| 6 | RM Michaela Uhlig | RM Thomas Bahr |
| 7 | RM Lars Vogeler | RM Udo Reppin |

Liste der Fraktion Die Linke+

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|-------------------|---------------------------|
| 1 | RM Utz Kowalewski | SB Kevin Götz |
| 2 | RM Sonja Lemke | SB Uwe Martinschledde |

Liste der Fraktion AfD

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|--------------------|---------------------------|
| 1 | SB Bernd Hempfling | |
| 2 | SB Walter Wagner | |

Liste der Fraktion FDP/Bürgerliste

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|-----------------|-------------------------|
| 1 | RM Markus Happe | SB Frieder Löhner |

Liste der Fraktion Die Partei

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|-----------------------|-------------------------|
| 1 | sB Harry Jääskeläinen | sB Serge Leonhardt |

Liste der Fraktion Volt und Vielfalt

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|------------------|-------------------------|
| 1 | SB Mustafa Şahin | RM Christian Gebel |

Ausschuss für Mobilität, Infrastruktur und Grün (21 Mitglieder)

Liste der SPD-Fraktion

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|---------------------------|---------------------------|
| 1 | RM Hendrik Berndsen | RM Franz-Josef Rüter |
| 2 | RM Detlef Wilhelm Adam | RM Norbert Bonde |
| 3 | RM Christina Alexandrowiz | |
| 4 | RM Gudrun Heidkamp | RM Carla Neumann-Lieven |
| 5 | RM Veronika Rudolf | |
| 6 | RM Rüdiger Schmidt | RM Olaf Schlienkamp |
| 7 | -bleibt unbesetzt- | -bleibt unbesetzt- |

Liste der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|---------------------|---------------------------|
| 1 | RM Leander Schreyer | BMin Barbara Brunsing |
| 2 | SB Thomas Eltner | RM Matthias Dudde |
| 3 | RM Oliver Stieglitz | RM Hans Wiesner |

| | | |
|---|-------------------|----------------------|
| 4 | RM Hannah Sassen | RM Katrin Lögering |
| 5 | RM Stefan Meißner | RM Benjamin Beckmann |

Liste der CDU-Fraktion

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|-----------------------|----------------------------|
| 1 | RM Reinhard Frank | RM Ina Polomski-Tölle |
| 2 | RM Dirk Hartleif | RM Lars Vogeler |
| 3 | RM Annette Becker | RM Friedrich-Wilhelm Weber |
| 4 | RM Dr. Eva-Maria Goll | RM Manfred Sauer |
| 5 | RM Matthias Nienhoff | RM Sascha Mader |

Liste der Fraktion Die Linke+

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|-----------------|-------------------------|
| 1 | RM Sonja Lemke | RM Michael Badura |

Liste der Fraktion AfD

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|------------------|-------------------------|
| 1 | SB Walter Wagner | RM Peter Bohnhof |

Liste der Fraktion Die Partei

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|--------------------|-------------------------|
| 1 | SB Peter Stirnberg | RM Stefan Dondrup |

Liste der Fraktion Volt und Vielfalt

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|--------------------|-------------------------|
| 1 | RM Christian Gebel | SB Mustafa Şahin |

Ausschuss für Wirtschafts-, Beschäftigungsförderung, Europa, Wissenschaft und Forschung (21 Mitglieder)

Liste der SPD-Fraktion

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|---------------------------|---------------------------|
| 1 | RM Franz-Josef Rüther | RM Hendrik Berndsen |
| 2 | RM Torsten Heymann | RM Detlef-Wilhelm Adam |
| 3 | RM Silvy Ixkes-Henkemeier | |
| 4 | RM Andrea Keßler | RM Fabian Erstfeld |
| 5 | BM Norbert Schilff | |
| 6 | RM Olaf Schlienke | RM Rüdiger Schmidt |

Liste der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|--------------------------|---------------------------|
| 1 | RM Martina Stackelbeck | RM Ulrich Langhorst |
| 2 | RM Svenja Noltemeyer | RM Jenny Brunner |
| 3 | RM Dr. Christoph Neumann | RM Dr. Lisa Schultze |
| 4 | RM Hans Wiesner | RM Saziye Altundal-Köse |
| 5 | RM Friedrich Fuß | RM Benjamin Beckmann |

Liste der CDU-Fraktion

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|-------------------|---------------------------|
| 1 | RM Udo Reppin | RM Reinhard Frank |

| | | |
|---|----------------------|---------------------|
| 2 | RM Annette Becker | RM Dirk Hartleif |
| 3 | RM Matthias Nienhoff | RM Michaela Uhlig |
| 4 | RM Thomas Bahr | RM Dr. Jendrik Suck |
| 5 | SB Dr. Arne Kupper | RM Manfred Sauer |

Liste der Fraktion Die Linke+

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|--------------------|-------------------------|
| 1 | SB Manfred Sträter | RM Fatma Karacakurtoglu |

Liste der Fraktion AfD

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|-----------------|------------------|
| 1 | RM Heiner Garbe | RM Peter Bohnhof |

Liste der Fraktion FDP/Bürgerliste

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|--------------------|------------------|
| 1 | SB Dr. Oliver Klug | RM Michael Kauch |

Liste Die Fraktion Die Partei

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|------------------|----------------------|
| 1 | SB Kathrin Stock | RM Katharina Diwisch |

Liste der Fraktion Volt und Vielfalt

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|-------------------|-------------------|
| 1 | SB Daniel Staiger | SB Walter Mirtsch |

Betriebsausschuss FABIDO (11 Mitglieder)

Liste der SPD-Fraktion

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|--------------------|---------------------|
| 1 | RM Anna Spaenhoff | RM Daniela Worth |
| 2 | SB Martin Grohmann | RM Dominik De Marco |
| 3 | RM Uwe Kaminski | RM Gudrun Heidkamp |

Liste der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|-------------------|------------------------|
| 1 | RM Britta Gövert | RM Dr. Lisa Schultze |
| 2 | SB Ingo Schwenken | RM Armel Dsicheu Djine |
| 3 | RM Stefan Meißner | RM Elisabeth Brenker |

Liste der CDU-Fraktion

| | Mitglieder | stellv. Mitglieder |
|---|---------------------------|--------------------|
| 1 | RM Christian Barrenbrügge | RM Annette Becker |
| 2 | BMin Ute Mais | RM Lars Vogeler |
| 3 | RM Thomas Bahr | SB Felix Krahn |

Liste der Fraktion Die Linke+

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|-------------------------|------------------|
| 1 | SB Angelika Remiszewski | SB Nursen Konak |

Liste der Fraktion AfD

| | Mitglied | stellv. Mitglied |
|---|---------------------|------------------|
| 1 | SB Waltraud Hendler | |

Auf Antrag der Fraktion B`90/Die Grünen wird die sachkundige Einwohnerin der „Freie Szene Dortmund“ (Kulturszene) und deren Stellvertreter weiterhin beratendes Mitglied in den Ausschuss für Kultur, Sport und Freizeit (AKSF) berufen.

Auf Antrag der Fraktion FDP/Bürgerliste wird als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit (ASAG) berufen:

| | Mitglied (beratend) | stellv. Mitglieder (beratend) |
|---|-----------------------|-------------------------------|
| 1 | RM Susanne Bartholomé | SB Marc Ossau |

Auf Antrag der Fraktion FDP/ Bürgerliste wird als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Mobilität, Infrastruktur und Grün (AMIG) berufen:

| | Mitglied (beratend) | stellv. Mitglieder (beratend) |
|---|-----------------------|-------------------------------|
| 1 | SB Claudia Schneiders | RM Markus Happe |

Auf Antrag der Fraktion FDP/ Bürgerliste wird als beratendes Mitglied in den Betriebsausschuss FABIDO (BA FABIDO) berufen:

| | Mitglied (beratend) | stellv. Mitglieder (beratend) |
|---|-----------------------|-------------------------------|
| 1 | SB Claudia Schneiders | SB Katharina Magerstedt |

Auf Antrag der Fraktion Volt und Vielfalt wird als beratendes Mitglied in den BA FABIDO berufen:

| | Mitglied (beratend) | stellv. Mitglieder (beratend) |
|---|---------------------|-------------------------------|
| 1 | RM Antje Joest | RM Emre Gülec |

Auf Antrag der Fraktion Die Partei wird als beratendes Mitglied in den BA FABIDO berufen:

| | Mitglied (beratend) | stellv. Mitglieder (beratend) |
|---|---------------------|-------------------------------|
| 1 | RM Olaf Schlösser | SB Julia Rüding |

Wortbeiträge:

Laut Rm Kowalewski hält die Fraktion Die Linke+ die Auflösung der Ausschüsse und die Gründe für fraglich. Daher habe seine Fraktion die Kommunalaufsicht schriftlich angerufen. Auch habe laut Auskunft von OB Westphal die Aufsichtsbehörde ergänzende Informationen angefordert, da das Schreiben der Verwaltung an die Fraktionen hinsichtlich der Frage, ob Volt und Vielfalt eine Fraktion ist, nicht hinreichend sei. Vor diesem Hintergrund beantragt das Rm unter Verweis auf den Antrag seiner Fraktion (2.3.1: 37444-25/2) die Vertagung über die Auflösung und Neuwahl der Ausschüsse.

OB Westphal stellt klar, dass die Hinweise der Bezirksregierung nicht in die Richtung gehen, dass die bisher vorgetragenen Argumente nicht hinreichend sind. Es wurde lediglich darum gebeten, weitere Unterlagen über zwischenzeitliche Aktivitäten der neuen Fraktion nachzureichen.

Rm Kauch (FDP/BL) sieht es als tragbar an, dass Menschen eine Partei wechseln und genau so auch akzeptabel, wenn sie eine Fraktion bilden. Ob es jedoch klug war, dass Volt mit dem Bündnis für Vielfalt und Toleranz (BVT) eine Fraktion bilde, müsse Volt sich überlegen. Als Tiefpunkt sieht das Rm aber an, dass eine Partei, die bei der Kommunalwahl 2020 keine Stimme bekam, nun sachkundige Bürger*innen benennt, die alle vom Ursprung her Volt-Mitglieder sind, also nicht von ursprünglich gewählten Parteien zu Volt wechselten.

An die Fraktion Die Linke+ gerichtet sagt das Rm, diese Auseinandersetzung müsse politisch und nicht juristisch geführt werden. Die Position der Stadt Dortmund sei nachvollziehbar. Seine Fraktion habe zwei

Ausschüsse verloren, die ihr nach der Spiegelbildlichkeit zustehen. Die Herstellung der Spiegelbildlichkeit solle daher nicht durch juristische Auseinandersetzungen aufgehoben werden.

BMin Brunsing (B'90/Die Grünen) formuliert für den AKSF den Zusatz-/Ergänzungsantrag, der Rat der Stadt Dortmund möge anknüpfend an den ursprünglichen Beschluss eine sachkundige*n Einwohner*in sowie eine Stellvertretung für die freie Kulturszene im Ausschuss für Kultur, Sport und Freizeit bestellen.

Rm Joest (VuV) verweist darauf, dass die Fraktion FDP/BL zwei sachkundige Bürger in ihren Reihen hat bzw. hatte, die ebenfalls bei der Kommunalwahl nicht auf der Liste standen. Zwei weitere ausgetreten Mitglieder in Bezirksvertretungen stünden ihres Wissens nach weiter auf der Abrechnungsliste.

Rm Kauch reagiert auf Rm Joest und sagt er habe es nicht als verwerflich dargestellt, wenn sachkundige Bürger*innen nicht auf einer Wahlliste standen. Volt sei aber bei der Kommunalwahl 2020 gar nicht angetreten. Vor dem Hintergrund fehlt ihm die Legitimität zur Benennung sachkundiger Bürger*innen.

Rm Lögering (B'90/Die Grünen) folgt in der politischen Bewertung dem Rm Kauch. Sie kritisiert das Verständnis des Rm Joest, welches –als Mitglied von Volt– im Schulausschuss mit dem Sitz der Fraktion FDP/BL abgestimmt habe.

Rm Joest merkt dazu an, sie habe im Schulausschuss als Mitglied von Volt und Vielfalt gesessen, weil dies verwaltungsseitig vorgegeben war.

Auf Antrag des Rm Dr. Suck (CDU) unterbricht OB Westphal die Sitzung von 15:48 bis 15:55 Uhr.

Vor der Abstimmung über die einzelnen Punkte erklärt OB Westphal, den von BMin Brunsing formulierten Antrag in die Beschlussfassung aufzunehmen.

Rm Kowalewski widerspricht hinsichtlich eines einheitlichen Wahlvorschlags und wünscht eine geheime Abstimmung.

OB Westphal verweist auf den Wunsch nach geheimer Abstimmung und erläutert den Wahlablauf.

Für die Zählkommission werden von den Fraktionen benannt:

| | | | |
|----------------------|-----------------|---------------------------------|---------------|
| SPD-Fraktion: | Rm Giebel | Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: | Rm Noltemeyer |
| CDU-Fraktion: | Rm Barrenbrügge | Fraktion Die Linke+: | Rm Badura |
| AfD-Fraktion | Rm Seitz | Fraktion FDP/Bürgerliste: | Rm Happe |
| Fraktion Die Partei: | Rm Dondrup | Fraktion Volt und Vielfalt | Rm Gülec |

Anschließend ruft Herr Treichel, Leiter des Rechnungsprüfungsamtes alle Mitglieder des Rates zwecks Wahl in einer der beiden Abstimmungskabine in alphabetischer Folge auf.

Im Anschluss an die Auszählung wird die Sitzung von 17:13 bis 18:27 Uhr unterbrochen.

OB Westphal merkt an, dass sich wegen einer ungültigen Stimme bei einzelnen Ausschüssen eine Verschiebung der Sitzanzahl jeweils zum Vorteil der SPD-Fraktion ergeben hat. Die SPD-Fraktion hat für diese Ausschüsse keine weiteren Personen benannt. Per Absprache im Ältestenrat wurde zwischenzeitlich verabredet, dass eine Neuwahl dieser Ausschüsse entfällt, der jeweilige Sitz der SPD-Fraktion zugerechnet wird, die Fraktion aber auf eine Nachbenennung verzichtet. Damit bleibt der Platz der SPD-Fraktion jeweils unbesetzt.

Im Anschluss gibt OB Westphal die folgende Stimmverteilung und die damit zustehenden Sitze (s.o.) bekannt:

Hauptausschuss und Ältestenrat

| | |
|--|----|
| Stimmberechtigte Mitglieder des Rates: | 90 |
| Anwesend | 88 |
| Ungültig | 0 |
| Enthaltung | 0 |



| | |
|--|----|
| Für den Vorschlag der SPD-Fraktion | 27 |
| Für den Vorschlag der Fraktion B`90/Die Grünen | 21 |
| Für den Vorschlag der CDU-Fraktion | 19 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Die Linke+ | 6 |
| Für den Vorschlag der AfD-Fraktion | 6 |
| Für den Vorschlag Fraktion FDP/Bürgerliste | 3 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Die Partei | 3 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Volt und Vielfalt | 3 |

Rechnungsprüfungsausschuss

| | |
|--|----|
| Stimmberechtigte Mitglieder des Rates: | 90 |
| Anwesend | 88 |
| Ungültig | 0 |
| Enthaltung | 0 |
| Für den Vorschlag der SPD-Fraktion | 27 |
| Für den Vorschlag der Fraktion B`90/Die Grünen | 21 |
| Für den Vorschlag der CDU-Fraktion | 19 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Die Linke+ | 6 |
| Für den Vorschlag der AfD-Fraktion | 6 |
| Für den Vorschlag Fraktion FDP/Bürgerliste | 3 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Die Partei | 3 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Volt und Vielfalt | 3 |

Schulausschuss

| | |
|--|----|
| Stimmberechtigte Mitglieder des Rates: | 90 |
| Anwesend | 88 |
| Ungültig | 0 |
| Enthaltung | 0 |
| Für den Vorschlag der SPD-Fraktion | 27 |
| Für den Vorschlag der Fraktion B`90/Die Grünen | 21 |
| Für den Vorschlag der CDU-Fraktion | 19 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Die Linke+ | 6 |
| Für den Vorschlag der AfD-Fraktion | 6 |
| Für den Vorschlag Fraktion FDP/Bürgerliste | 3 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Die Partei | 3 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Volt und Vielfalt | 3 |

Wahlprüfungsausschuss

| | |
|--|----|
| Stimmberechtigte Mitglieder des Rates: | 90 |
| Anwesend | 88 |
| Ungültig | 0 |
| Enthaltung | 0 |
| Für den Vorschlag der SPD-Fraktion | 27 |
| Für den Vorschlag der Fraktion B`90/Die Grünen | 21 |
| Für den Vorschlag der CDU-Fraktion | 19 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Die Linke+ | 6 |
| Für den Vorschlag der AfD-Fraktion | 6 |
| Für den Vorschlag Fraktion FDP/Bürgerliste | 3 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Die Partei | 3 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Volt und Vielfalt | 3 |

Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden



| | |
|--|----|
| Stimmberechtigte Mitglieder des Rates: | 90 |
| Anwesend | 88 |
| Ungültig | 0 |
| Enthaltung | 0 |
| Für den Vorschlag der SPD-Fraktion | 27 |
| Für den Vorschlag der Fraktion B`90/Die Grünen | 21 |
| Für den Vorschlag der CDU-Fraktion | 19 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Die Linke+ | 6 |
| Für den Vorschlag der AfD-Fraktion | 6 |
| Für den Vorschlag Fraktion FDP/Bürgerliste | 3 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Die Partei | 3 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Volt und Vielfalt | 3 |

Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften

| | |
|--|----|
| Stimmberechtigte Mitglieder des Rates: | 90 |
| Anwesend | 88 |
| Ungültig | 0 |
| Enthaltung | 0 |
| Für den Vorschlag der SPD-Fraktion | 27 |
| Für den Vorschlag der Fraktion B`90/Die Grünen | 21 |
| Für den Vorschlag der CDU-Fraktion | 19 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Die Linke+ | 6 |
| Für den Vorschlag der AfD-Fraktion | 6 |
| Für den Vorschlag Fraktion FDP/Bürgerliste | 3 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Die Partei | 3 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Volt und Vielfalt | 3 |

Ausschuss für Kultur, Sport und Freizeit

| | |
|--|----|
| Stimmberechtigte Mitglieder des Rates: | 90 |
| Anwesend | 88 |
| Ungültig | 0 |
| Enthaltung | 0 |
| Für den Vorschlag der SPD-Fraktion | 27 |
| Für den Vorschlag der Fraktion B`90/Die Grünen | 21 |
| Für den Vorschlag der CDU-Fraktion | 19 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Die Linke+ | 6 |
| Für den Vorschlag der AfD-Fraktion | 6 |
| Für den Vorschlag Fraktion FDP/Bürgerliste | 3 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Die Partei | 3 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Volt und Vielfalt | 3 |

Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung

| | |
|--|----|
| Stimmberechtigte Mitglieder des Rates: | 90 |
| Anwesend | 88 |
| Ungültig | 0 |
| Enthaltung | 0 |
| Für den Vorschlag der SPD-Fraktion | 27 |
| Für den Vorschlag der Fraktion B`90/Die Grünen | 21 |
| Für den Vorschlag der CDU-Fraktion | 19 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Die Linke+ | 6 |
| Für den Vorschlag der AfD-Fraktion | 6 |



| | |
|--|---|
| Für den Vorschlag Fraktion FDP/Bürgerliste | 3 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Die Partei | 3 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Volt und Vielfalt | 3 |

Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit

| | |
|--|----|
| Stimmberechtigte Mitglieder des Rates: | 90 |
| Anwesend | 88 |
| Ungültig | 1 |
| Enthaltung | 0 |
| Für den Vorschlag der SPD-Fraktion | 27 |
| Für den Vorschlag der Fraktion B`90/Die Grünen | 21 |
| Für den Vorschlag der CDU-Fraktion | 19 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Die Linke+ | 6 |
| Für den Vorschlag der AfD-Fraktion | 6 |
| Für den Vorschlag Fraktion FDP/Bürgerliste | 2 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Die Partei | 3 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Volt und Vielfalt | 3 |

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen

| | |
|--|----|
| Stimmberechtigte Mitglieder des Rates: | 90 |
| Anwesend | 88 |
| Ungültig | 1 |
| Enthaltung | 0 |
| Für den Vorschlag der SPD-Fraktion | 27 |
| Für den Vorschlag der Fraktion B`90/Die Grünen | 21 |
| Für den Vorschlag der CDU-Fraktion | 19 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Die Linke+ | 6 |
| Für den Vorschlag der AfD-Fraktion | 6 |
| Für den Vorschlag Fraktion FDP/Bürgerliste | 2 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Die Partei | 3 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Volt und Vielfalt | 3 |

**Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Rates am 27.03.2025
Zu TOP 1.4 Genehmigung der Niederschrift vom 13.02.25**

„Die Niederschrift über die 31. Sitzung des Rates der Stadt Dortmund am 13.02.25 wird mit folgenden Ergänzungen und Änderungen einstimmig genehmigt:

Korrektur der Wahl des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen (AKUSW):
Im Nachgang zur Sitzung am 13.02.25 wurden zu TOP 2.3 „Besetzung von Ausschüssen“ Zweifel an der Auszählung des AKUSW angemeldet. Als Folge trat eine Zählkommission am 20.02.25 erneut zusammen und prüfte das Ergebnis. Dabei wurde die fehlerhafte Auszählung bestätigt. Die erneute Auszählung ergab:

| | |
|--------------------|----|
| Abgegebene Stimmen | 88 |
| Davon gültig: | 87 |
| Enthaltungen: | 0 |

Auf die Wahlvorschläge entfielen:

| | |
|---|--------------------------------------|
| Wahlvorschlag Liste SPD-Fraktion: | 26 gültige Stimmen (ursprünglich 27) |
| Wahlvorschlag Liste Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: | 22 gültige Stimmen (ursprünglich 21) |

Unverändert blieb die Stimmzahl der weiteren Fraktionen:

Demnach stehen den Fraktionen die jeweils folgende Anzahl an Sitzen zu:



SPD-Fraktion: 9 (ursprünglich 10)
 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: 8 (ursprünglich 7)
 Auf die anderen Fraktionen hat die Neuauszählung keine Auswirkungen.

Die Fraktionen wurden am 20.02.25 per E-Mail über das Ergebnis informiert. Dieses Ergebnis wurde in den „Dortmunder Bekanntmachungen“ vom 28.02.25 veröffentlicht.

...

Wortbeiträge:

OB Westphal informiert über das Ergebnis der Neuauszählung für die Besetzung des AKUSW.“

Ausschuss für Mobilität, Infrastruktur und Grün

| | |
|--|----|
| Stimmberechtigte Mitglieder des Rates: | 90 |
| Anwesend | 88 |
| Ungültig | 1 |
| Enthaltung | 0 |
| Für den Vorschlag der SPD-Fraktion | 27 |
| Für den Vorschlag der Fraktion B`90/Die Grünen | 21 |
| Für den Vorschlag der CDU-Fraktion | 19 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Die Linke+ | 6 |
| Für den Vorschlag der AfD-Fraktion | 6 |
| Für den Vorschlag Fraktion FDP/Bürgerliste | 2 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Die Partei | 3 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Volt und Vielfalt | 3 |

Ausschuss für Wirtschafts-, Beschäftigungsförderung, Europa, Wissenschaft und Forschung

| | |
|--|----|
| Stimmberechtigte Mitglieder des Rates: | 90 |
| Anwesend | 88 |
| Ungültig | 0 |
| Enthaltung | 0 |
| Für den Vorschlag der SPD-Fraktion | 27 |
| Für den Vorschlag der Fraktion B`90/Die Grünen | 21 |
| Für den Vorschlag der CDU-Fraktion | 19 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Die Linke+ | 6 |
| Für den Vorschlag der AfD-Fraktion | 6 |
| Für den Vorschlag Fraktion FDP/Bürgerliste | 3 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Die Partei | 3 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Volt und Vielfalt | 3 |

Betriebsausschuss FABIDO

| | |
|--|----|
| Stimmberechtigte Mitglieder des Rates: | 90 |
| Anwesend | 88 |
| Ungültig | 0 |
| Enthaltung | 0 |
| Für den Vorschlag der SPD-Fraktion | 27 |
| Für den Vorschlag der Fraktion B`90/Die Grünen | 20 |
| Für den Vorschlag der CDU-Fraktion | 20 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Die Linke+ | 6 |
| Für den Vorschlag der AfD-Fraktion | 6 |
| Für den Vorschlag Fraktion FDP/Bürgerliste | 3 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Die Partei | 3 |
| Für den Vorschlag der Fraktion Volt und Vielfalt | 3 |



Rm Kauch beantragt, dass die in den Vorschlagslisten enthaltenen Mitglieder seiner Fraktion, die bei der Besetzung von ASAG, AMIG und BA FABIDO keine Berücksichtigung fanden, als beratende Mitglieder dieser Ausschüsse gewählt werden. Dies solle auch für die jeweilige Vertretung gelten.

zu TOP 2.3.1 Besetzung von Ausschüssen

37444-25/1

Beschluss

Beschluss:

Siehe TOP 2.3

Antrag:

„... die Auflösung der Ausschüsse ist rechtlich strittig, weil der Grund für die Auflösung mit der Anerkennung der Gruppierung VuV seitens der Verwaltung ebenfalls weiterhin strittig ist.

Im Anhang erhalten Sie unser Schreiben an die Kommunalaufsicht der Bezirksregierung Arnsberg zur Kenntnis.

Wir schlagen vor, eine Neubesetzung der Ausschüsse nicht vor der Klärung der divergierenden Rechtsauffassungen vorzunehmen und beantragen daher die Vertagung der Verwaltungsvorlage in die nächste Ratssitzung.“

Wortbeiträge:

Siehe TOP 2.3

zu TOP 2.3.2 Besetzung von Ausschüssen

37444-25/2

Beschluss

Beschluss:

Siehe TOP 2.3

Wortbeiträge:

Siehe TOP 2.3

zu TOP 2.3.3 Besetzung von Ausschüssen

37444-25/3

Einbringung

Beschluss:

Siehe TOP 2.3

Wortbeiträge:

Siehe TOP 2.3

zu TOP 2.3.4 Besetzung von Ausschüssen | Vorschlag BA FABIDO

37444-25/4

Beschluss

Beschluss:

Siehe TOP 2.3



Antrag FDP/Bürgerliste:

Die Fraktion schlägt für den BA FABIDO vor:

SB Claudia Schneider Stellvertretung: SB Katharina Magerstedt

Wortbeiträge:

Siehe TOP 2.3

zu TOP 2.3.5 Besetzung von Ausschüssen | Vorschlag BA FABIDO

37444-25/5

Beschluss

Beschluss:

Siehe TOP 2.3

Antrag Fraktion Volt und Vielfalt:

Die Fraktion schlägt für den BA FABIDO vor:

RM Antje Joest Stellvertretung: RM Emre Gülec

Wortbeiträge:

Siehe TOP 2.3

zu TOP 2.3.6 Besetzung von Ausschüssen | Vorschlag BA FABIDO

37444-25/6

Beschluss

Beschluss:

Siehe TOP 2.3

Antrag Fraktion Die Partei:

Die Fraktion schlägt für den BA FABIDO vor:

RM Olaf Schlösser Stellvertretung SB Julia Rüding

Wortbeiträge:

Siehe TOP 2.3

zu TOP 2.3.7 Besetzung von Ausschüssen

37444-25/10

Beschluss

Beschluss:

Siehe TOP 2.3

Wortbeiträge:

Siehe TOP 2.3

zu TOP 2.4 Erklärung des Rates - Wir sind die Brandmauer

Beschluss

37616-25

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt Ziffer 1 mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen CDU, AfD, FDP/Bürgerliste und Rm Deyda sowie die Ziffer 2 bis 5 mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen CDU, AfD und Rm Deyda:

„... die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bitten auf dem Weg der Dringlichkeit um Aufnahme des o.g. Punktes auf die Tagesordnung sowie um Beratung, Abstimmung und Weiterleitung der nachstehenden Erklärung an die Vorsitzenden der demokratischen Fraktionen des Deutschen Bundestages:

- 1. Der Deutsche Bundestag gedachte am Morgen des 29. Januar 2025 in einer feierlichen Gedenkstunde der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz vor genau achtzig Jahren. Nur wenige Stunden später wurde dort erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ein Antrag aus der demokratischen Mitte bewusst mithilfe von Stimmen einer rechtsextremen Partei mehrheitlich verabschiedet. Das macht uns und viele Menschen in Dortmund und im ganzen Land fassungslos.**
- 2. Vor dem Hintergrund dieser Geschehnisse bekräftigen wir, die demokratischen Mitglieder des Rates der Stadt Dortmund, dass eine Zusammenarbeit gleich welcher Art mit rechtsextremen und in weiten Teilen als verfassungsfeindlich eingestuften Parteien für uns unter keinen Umständen infrage kommt.**
- 3. Für uns im Dortmunder Rat ist klar: Der Abstand zwischen Demokrat*innen und Nicht-Demokrat*innen muss jederzeit sichtbar bleiben. Die AfD ist keine Partei, die die Demokratie erhalten und die Grundrechte stärken möchte. Genau deshalb verbietet sich ein Umgang mit ihr, aber insbesondere die Herbeiführung von Abstimmungen in politischen Gremien, die Beschlüsse nur mit ihren Stimmen ermöglicht. Wer “Nie wieder” sagt, darf nicht parlamentarisch mit einer Partei zusammenarbeiten, die vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuft wird. Deshalb ist für uns eine Zusammenarbeit mit der Fraktion der AfD ebenso wie mit anderen rechtsextremem oder rechtspopulistischen Mitgliedern des Rates ausgeschlossen. Sollte sich abzeichnen, dass eine Mehrheit nur mit diesen Stimmen zustande kommt, wird auf eine Beschlussfassung verzichtet. Wir in Dortmund halten an diesem Konsens fest.**
- 4. Es entspricht unserem Selbstverständnis, dass wir als demokratische Fraktionen trotz aller politischen Meinungsverschiedenheiten in den vorhandenen Strukturen lösungsorientiert zusammenarbeiten und an der Gestaltung der Zukunft unserer Stadt mitwirken. Dabei ist es für uns selbstverständlich, dass wir dazu in den entsprechenden Gremien Argumente austauschen und so einen Kompromiss im Sinne der Menschen unserer Stadt finden. Diese Suche nach Kompromissen zwischen den demokratischen Kräften wollen wir in Zukunft weiter intensivieren.**
- 5. Es ist unsere Pflicht, alle Bürgerinnen und Bürger, Wählerinnen und Wähler von unserer Republik und ihren Werten zu überzeugen. Wir müssen sie in der gesellschaftlichen Mitte halten oder wieder zurückholen. Denn dieser Staat und die Menschen in unserem Land sind es wert. Es ist eine der wichtigsten Lehren aus den verheerenden Jahren des Nationalsozialismus, dass jegliches Entgegenkommen und Legitimieren demokratiefeindlicher Kräfte nur zu ihrer Stärkung beitragen. Die Zukunft und die Stabilität unserer Demokratie hängen davon ab, Verhandlungs- und Kompromissfähigkeit auf der einen und klare Abgrenzungen gegen jede Form der Demokratie- und Verfassungsfeindlichkeit auf der anderen Seite jederzeit zu bewahren. Das Grundgesetz der Bundesrepublik verpflichtet uns zu einer wehrhaften Demokratie. Dazu stehen wir.**

Der Rat der Stadt lehnt mehrheitlich den Antrag des Rm Karacakurtoglu zur Geschäftsordnung auf Schluss der Beratung gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke+, FDP/Bürgerliste und Die Partei ab.

Der Rat der Stadt beschließt mehrheitlich den Antrag des Rm Badura zur Geschäftsordnung auf Schluss der Beratung gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und des Rm Deyda.

Wortbeiträge:

Rm Neumann-Lieven (SPD) erinnert an die Rede des Holocaust-Überlebenden Roman Schwarzman am 29.01.25 im Bundestag und zitiert aus dessen Rede. Nur wenige Stunden später sei ein Antrag aus der demokratischen Mitte bewusst unter Inkaufnahme von Stimmen einer rechtsextremen Partei mehrheitlich verabschiedet worden. Darüber ist ihre Fraktion und viele Menschen in Dortmund und dem ganzen Land fassungslos. Als Ratsmitglied sei sie stolz einem Gremium anzugehören, welches sich nicht zu solch einer Entscheidung hinreisen lässt. In Dortmund werde in der Sache immer mit dem Ziel, den besten Weg für die Menschen in der Stadt zu finden, gestritten. Ihre Partei ist seit 1946 durchgängig im Rat vertreten. Und rückblickend ist erkennbar, dass gemeinsam mit allen demokratischen Parteien der Abstand zu nichtdemokratischen Mitgliedern verdeutlicht wurde. Hunderttausende gehen auf die Straße um den Tabubruch aufzuzeigen. Die Menschen haben Angst, dass die demokratische Mitte als Brandmauer gegen die Feinde der Demokratie bricht. Rm Neumann-Lieven bittet um Zustimmung als klares Zeichen.

Rm Kauch (FDP/BL) merkt unter Verweis auf die Diskussion über die Dringlichkeit unter TOP 1.3 an, die antragstellenden Fraktionen hätten ihren Antrag rechtzeitig stellen können. In der kurzfristigen Einbringung sieht das Rm vorwiegend Wahlkampfstrategie statt Fassungslosigkeit. Der Rat sei das falsche Gremium für Debatten aus dem Bundestag. Sei hingegen eine Selbstvergewisserung des Rates nötig, könnten aus Sicht seiner Fraktion die Zi. 2-5 beschlossen werden. Kommunalpolitisch stellt sich für das Rm die Frage, welchen kommunalpolitischen Anlass es für solch eine Resolution gegeben habe, denn im Rat habe es nicht annähernd die Gefahr einer ähnlichen Situation gegeben.

Rm Deyda bezeichnet das Verhalten der antragstellenden Parteien als demokratiefeindlich. Die Debatte im Bundestag, so Rm Deyda, habe gezeigt, dass es lediglich um Ideologie gehe. Aus seiner Sicht würden tote Kinder in Kauf genommen, um nicht mit der AfD zu stimmen. Lt. des Rm brauche es keine Brandmauern. Stattdessen fordert er Gefängnisse für Politikriminelle und deren Unterstützer*innen.

Rm Dr. Suck lehnt für die CDU-Fraktion den Antrag ab. Als Gründe führt das Rm an, dass die Resolution sich an einen Bundestag richte, der so vor der Wahl nicht mehr zusammentrete und die Resolution damit praktisch folgenlos sein. Auch werde damit der Bundestagswahlkampf in den Rat, in den er nicht gehört, getragen. Die aktuelle Bundesregierung habe bei der Migrationspolitik versagt, trotz des Wunsches einer Mehrheit. Dieses Thema könne im Wahlkampf auf Straßen und Plätzen angesprochen werden, der Rat sei mangels Zuständigkeit jedoch der falsche Ort. Der SPD-Fraktion als Initiatorin wirft das Rm Spaltung vor, da diese nicht versucht hat, einen gemeinsamen Text aller demokratischen Fraktionen zu verfassen. Im Rat gab es in der laufenden Wahlperiode keine Abstimmungen, bei der die Stimmen der AfD entscheidend war. So war es auch in der Projektpartnerschaft der CDU mit B'90/Die Grünen vereinbart. So habe der Oberbürgermeister im Februar 2024, als er mit CDU und B'90/Die Grünen stimmte verhindert, dass die SPD eine Mehrheit mit der AfD erzielt hätte. In der Bezirksvertretung Scharnhorst sei es sogar zu Mehrheiten durch die AfD gekommen. Den Vorwurf an die CDU, eine faschistische Partei zu sein, weist er von sich. Unabhängig von den Handelnden in Berlin wird aus seiner Sicht eine Grenze überschritten. Rm Suck zählt verschiedene Ereignisse in der Geschichte der Bundesrepublik auf, bei denen die CDU maßgeblich zur Demokratie und europäischen Einigung beigetragen hat. Alle demokratischen Kräfte des Rates sollten daher gemeinsam die Interessen der Mehrheitsgesellschaft in den Blick zu nehmen. Damit könne es gelingen, Menschen für die demokratische Mitte zurückzugewinnen, wofür seine Fraktion steht.

Rm Garbe (AfD) sieht im Resolutionstext Alarmismus und Diskreditierung. Dabei befänden sich die beantragenden Fraktionen im Niedergang. Rm Garbe meint, das deutsche Volk möchte nicht gefühlt 80mal im Jahr 80 Jahre zurückblicken, besonders die Jugend nicht. Vielmehr wollten die Menschen ihre Dinge im heute von Politiker*innen mit Verantwortung vor der Geschichte sinnvoll geregelt haben. Den beantragenden Fraktionen wirft das Rm vor, gegen die Menschen zu handeln. Politiker*innen sollten für billige Energie und alle Freiheiten auf jeglichen Gebieten sorgen und nur Berechtigte ins Land lassen. Eine Brandmauer zu sein sei lächerlich. Dagegen habe Herr Merz verstanden und das Ruder herumgerissen. Rm Gabe bedauert, dass Herr Merz die Zuwanderung nur abmildern wolle, seine Partei

plädiere für drastischere Maßnahmen. Seine Fraktion stimme im Rat sei Jahren Anträgen zu, die sie für gut befindet.

Rm Kowalewski (Die Linke+) merkt an, wer sich auf Herrn Höcke beziehe, könne die Stimme der Vernunft nicht glaubwürdig darstellen. Dies sei so bei einer Podiumsdiskussion bei der IHK geschehen. Die Brandmauer sei mehr als nicht mit Faschisten abzustimmen. Eine Brandmauer sei auch, nicht deren Inhalte zu übernehmen oder deren Politik aus 2020 zu Anträgen zu machen, dies sei Gefolgschaft. In Artikel 14, nicht zuletzt vor dem Hintergrund unserer Geschichte formuliert, beschreibt die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte das Recht auf Asyl. Die Erfahrungen im Bundestag und auch das *Gemeinsames Europäische Asylsystem* (GEAS) sind genau das nicht. Es müsse der Rückweg eingeschlagen werden, indem die Menschenrechte wieder ihren Wert zurückerhalten und sie verteidigen. Schutzsuchende sind zu verteidigen und nicht in Sippenhaft für das Fehlverhalten Einzelner zu nehmen. Der Großteil der Menschen sei schutzbedürftig und deswegen hier. Dem Antrag wird seine Fraktion zustimmen. Im Rat hat er keine Sorge um die Brandmauer und nimmt die CDU beim Wort.

Rm Karacakurtoglu (Die Linke+) stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte.

Rm Lögering (B'90/Die Grünen) sieht im 29.1.25 den Tag in der Geschichte der Bundesrepublik, an welchem eine demokratische Partei eine Mehrheit mit Rechtsextremen gesucht hat. Dies ist unentschuldig und kann auch nicht zur Heldentat verkehrt werden. Damit werde die Vergangenheit umgeschrieben während andere versuchen, die Zukunft umzuschreiben. Es wurde nicht versucht, eine demokratische Mehrheit zu erzielen. Unter Demokrat*innen müsse klar sein, dass sie die Zukunft bestimmen, nicht die AfD. Sie werden aber nicht Resignation, sondern Widerstand erfahren. Und dies wirkt auch nach Dortmund und die CDU vor Ort ist gefragt, aufrichtig zu sein. Rm Lögering zeigt sich überzeugt, dass die CDU in Dortmund nie mit Rechten Mehrheiten bilden wird. Über Vorschläge könne gern gesprochen werden, Lösungen müssen aber zu den Problemen passen. Aber alle Asylsuchenden in einen Topf zu werfen sei unanständig. Eine Zurückweisung an den Landesgrenzen verstoße gegen Europarecht und ein Notstand ist mit Blick auf die Zahlen nicht begründbar. Fast 3.900 km Grenze können auch nicht komplett überwacht werden. Die überwiegende Mehrheit der Straftatverdächtigen trägt –ohne das Leid von Taten relativieren zu wollen– deutsche Namen. Aber auch unter Geflüchteten gibt es Täter. Die große Gemeinsamkeit bei Gewalttaten ist nicht die Herkunft, sondern das Geschlecht. Sie fordert eine Diskussion über behördliches Versagen, die Unterversorgung mit Therapieplätzen, toxische Maskulinität, mangelnde Integrationsangebote und soziale sowie ökonomische Benachteiligung die Kriminalität begünstigen. Aus Wahlkampfzwecken nun rechtswidrige Maßnahmen mit Rechtsextremen zu beschließen ist nicht zielführend. Geschichte wiederholt sich, wenn man bequem wird. Dagegen gilt es anzugehen. Rm Seitz (AfD) bezeichnet sich als Demokrat und wirft dem Rat undemokratisches Verhalten vor. Er fordert Streitkultur ein und wünscht, dass die Mitglieder dann reflektieren, abwägen und entscheiden. Die Brandmauer grenze 20% der Bevölkerung aus. Es gehe nur um die Sicherung von Pfründen. Auch würden viele im Rat, die noch nie mit ihm gesprochen haben, ihn Nationalsozialist nennen, wogegen sich das Rm verwehrt.

Rm Waßmann (CDU) merkt vorab an, seine Ausführungen bezögen sich ausschließlich auf den Rat, insbesondere an die antragstellenden Fraktionen. Seit vielen Jahre werde sachlich hart gestritten, ohne die menschliche Seite zu vernachlässigen. Als trennend sieht er aber die bei Demonstrationen ausgesprochenen Beleidigungen der letzten Wochen durch Mitglieder der Parteien. Dies empfindet das Rm als befremdlich. Die CDU-Fraktion in Dortmund ist sozial und nicht faschistisch, sie ist liberal und nicht faschistisch, sie ist konservativ und nicht faschistisch. Die hier für die CDU aktiven Personen sind Demokraten und keine Faschisten, sie haben sich stets für die lokale Demokratie eingesetzt. Dies wird auch so bleiben, da sie ihre Werte basierend auf christlicher Ethik und Soziallehre in sich tragen. Niemand hat das Recht, diese Menschen zu verunglimpfen. Mit einem Zitat Adenauers zur Demokratie beschließt das Rm seinen Wortbeitrag und bittet mit Blick auf die Zukunft darum, darüber nachzudenken.

Rm Spaenhoff (SPD) versteht trotz der Wortbeiträge die Ablehnung zur Resolution, die bewusst offen formuliert sei, nicht. Hätte sie nicht das Ziel gehabt, alle demokratischen Fraktionen anzusprechen, wäre

sie wohl viel schärfer ausgefallen. Bisherige Beiträge zeigen, dass im Rat immer kooperativ gehandelt wurde. Natürlich sei es unangenehm, wenn Hundertausende demonstrieren, Mitglieder aus der Partei austreten oder distanzieren und die Kirchen sich äußern. Absurde Vorwürfe habe es -besonders im Bereich von SocialMedia- auch aus den Reihen der CDU gegeben. Dabei sei die Brandmauer kein Schutz der antragstellenden Fraktionen sondern die unsere Gesellschaft, unsere Demokratie und den Rechtsstaat als Minimalkonsens demokratischer Parteien. Die Abstimmung im Bundestag war kein zufälliges Abstimmungsverhalten, sondern gezielt herbeigeführt um andere Fraktionen in Zugzwang zu bringen. Die CDU habe in Berlin die Seite der Brandmauer gewechselt. Dortmund könne zeigen, dass es hier anders ist. Sie möchte der CDU die Hand reichen und bittet um Zustimmung.

Laut Rm Helferich (AfD) zeige die Diskussion, warum seine Partei steigende Zustimmung erfahre. Die Opfer der Anschläge bezeichnet das Rm als Tote der Brandmauer. Dafür seien die Parteien verantwortlich und sie würden bei der Wahl zur Verantwortung gezogen. Die CDU habe dies im Gegensatz zur SPD erkannt. Und dann müsse die CDU mit seiner Partei stimmen, weil seine Partei bald die Mehrheit im Lande stelle.

Rm Kauch merkt in Richtung Rm Lögering an, ihre Rede passe nicht zu den Ziffern 4 und 5 des Antrags. Dort werde gefordert, dass die demokratische Mitte Kompromisse schließen solle. Wen man immer nur die eigene Position benennt und dies zum migrationspolitischen Thema macht, dann ist die Resolution vergleichbar beschädigt wie die Verletzung der Brandmauer durch die CDU im Bund.

Rm Mader (CDU) fasst zusammen, die CDU habe verschiedene Aspekte den Rat betreffend und auch aus persönlicher Sicht deutlich gemacht. Auch selbst ist er betroffen und stellt sich die Frage, warum Menschen diese Anfeindungen machen. Seine Fraktion werde auch deshalb nicht für die Resolution stimmen, weil die Antragsteller*innen nicht die besseren Demokrat*innen sind. Dieses Papier wurde präsentiert und seine Fraktion solle sich verhalten. So funktionieren Verhandlungen nicht. Dabei habe seine Fraktion keinerlei Anlass für die Äußerung derartiger Positionen gegeben. Aus seiner beruflichen Praxis kennt das Rm die Problematik des Rechtsextremismus. Enttäuscht zeigt sich das Rm auch darüber, dass statt Aufrufen mit ihm hätte gesprochen werden können.

Rm Rüter (SPD) zeigt sich vom Thema betroffen. Denn bisher handelte der Rat entsprechend. Die Bezeichnung der CDU-Fraktion als faschistisch ist ihm nicht bekannt. Dies sei unzutreffend, beleidigend und nicht durch die Haltung seiner Fraktion gedeckt oder legitimiert. Bei der Resolution gehe es um die Ängste der Menschen nach den Ereignissen im Bundestag. Der Rat sei für Dortmund aber sehr wohl das richtige Gremium, da der Rat für die Dortmunder*inne stehe und auch in Dortmund demonstriert wurde. Der Verlust prominenter Mitglieder sollte der CDU aber auch zeigen, was es mit Menschen macht. Eine Diskussion über Zustimmung und Nichtzustimmung stärke die Rechten. Daher appelliert Rm Rüter –ohne die CDU anzugreifen– an die CDU-Fraktion, den Konsens im Rat zu bestätigen, auch für die Menschen in der Stadt. Die Zusicherungen des Herrn Merz kann das Rm nicht einschätzen da er die Person nicht kennt. Die Ratsmitglieder der CDU sind ihm hingegen lange bekannt. Daher vertraut er auf die Personen. Vor dem Hintergrund kann das Rm die Nichtzustimmung nicht verstehen. Auch eine Enthaltung aus Solidarität zur Bundestagsfraktion wäre noch nachvollziehbar.

Rm Dr. Neumann (B`90/Die Grünen) bekräftigt, dass auch in seiner Fraktion die CDU Dortmund nicht als faschistisch angesehen werde. Sofern Missverständnisse existieren, müssten dies ausgeräumt werden. Die Idee der Resolution ist zu bestätigen, was im Rat gelebt werde. So habe das Rm Dr. Suck die Brandmauer erhalten und die CDU Dortmund stehe auf der richtigen Seite der Brandmauer. Wenn Kinder aber das Gefühl bekommen sie müssten sich entschuldigen, weil sie die gleiche Nationalität wie Terroristen haben, dann müssen die Ängste genommen werden und es muss für alle Zeit eine deutliche Abgrenzung zur AfD erfolgen.

Rm Kowalewski stellt, weil es in der Debatte eine Rolle spielte, fest, dass der Attentäter in Magdeburg seit 25 Jahren in Deutschland lebte und Parolen der AfD im Internet gefolgt ist mit einer Affinität zur Identitären Bewegung. Deren Positionen zu stärken war Motiv für den Anschlag, so die Ermittlungsergebnisse. Das Herr Merz dieses Beispiel dann im Bundestag angeführt hat, mache das Rm betroffen. Hier hätte er sich einen stärkeren Widerspruch aus der CDU heraus erwartet.

Rm Badura (Die Linke+) stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte.

zu TOP 3 Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen, Mobilität, Infrastruktur und Grün

zu TOP 3.1 Bauleitplanung; 87. Änderung des Flächennutzungsplanes - Fußballpark Borussia - sowie Änderung Nr. 2 des Bebauungsplanes Br 217 - Fußballpark Borussia - (gleichzeitig tlw. Änderung des Bebauungsplanes Br 203 - Hohenbuschei - hier: I. Entscheidung über das Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange / Scoping, II. Beschluss zur Änderung des Geltungsbereiches der 87. Änderung des FNP, III. Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit zur 87. Änderung des Flächennutzungsplanes, IV. Beschluss zur Änderung des Geltungsbereiches der Änd. Nr. 2 des Bebauungsplanes Br 217, V. Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit zur Änd. Nr. 2 des Bebauungsplanes Br 217, VI. Beschluss zur erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit und zum eingeschränkten Beteiligungsverfahren gemäß § 4a Abs. 3 BauGB, falls erforderlich, VII. Beschluss zum Abschluss eines städtebaulichen Vertrages, VIII. Zulassung von Bauvorhaben bei Vorliegen von Planreife gemäß § 33 BauGB

Beschluss
36617-24

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst unter Kenntnisnahme der Stellungnahme (3.1.1; 36617-24/2) einstimmig folgenden Beschluss:

- I. Der Rat der Stadt hat das Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange / Scoping zur 87. Änderung des Flächennutzungsplanes und zur Änd. Nr. 2 des Bebauungsplanes Br 217, wie unter Ziffer 12 dieser Vorlage und in der beigefügten Anlage 6 dargestellt, geprüft und beauftragt die Verwaltung, das Verfahren unter Berücksichtigung dieser Ergebnisse fortzuführen.
Rechtsgrundlage:
§ 4 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 41 Abs. 1 GO NRW.
- II. Der Rat der Stadt beschließt, den Geltungsbereich der 87. Änderung des Flächennutzungsplanes - Fußballpark Borussia - zu ändern. Der neue Geltungsbereich ist unter Ziffer 2 dieser Vorlage beschrieben.
Rechtsgrundlage:
§ 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I, S. 3634, FNA 213/1) i.V.m. den §§ 7 und 41 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666; SGV NRW 2023).
- III. Der Rat der Stadt stimmt dem Entwurf der 87. Änderung des Flächennutzungsplanes - Fußballpark Borussia - mit der Begründung vom 15.10.2024 zu und beschließt die Beteiligung der Öffentlichkeit (öffentliche Auslegung).
Rechtsgrundlage:
§ 3 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 41 Abs. 1 GO NRW.
- IV. Der Rat der Stadt beschließt, den Geltungsbereich der Änd. Nr. 2 des Bebauungsplanes Br 217 - Fußballpark Borussia - zu ändern. Der neue Geltungsbereich ist unter Ziffer 4 dieser Vorlage beschrieben.
Rechtsgrundlage:
§ 2 Abs. 1 in Verbindung mit § 1 Abs. 8 BauGB.
- V. Der Rat der Stadt stimmt dem Entwurf der Änd. Nr. 2 des Bebauungsplanes -Fußballpark Borussia - mit der Begründung vom 15.10.2024 zu und beschließt die Beteiligung der Öffentlichkeit (öffentliche Auslegung).



Rechtsgrundlage:

§ 3 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 41 Abs. 1 GO NRW.

- VI. Der Rat der Stadt beschließt, die Entwürfe zur 87. Änderung des Flächennutzungsplanes und zur Änd. Nr. 2 des Bebauungsplanes Br 217 -Fußballpark Borussia - einschließlich ihrer jeweiligen Begründungen im Falle einer Änderung oder Ergänzung der Entwürfe nach dem Verfahren nach § 3 Abs. 2 oder § 4 Abs. 2 unter den Voraussetzungen des § 4a Abs. 3 Satz 1-3 BauGB erneut im Internet zu veröffentlichen und die Stellungnahmen erneut einzuholen bzw. eine eingeschränkte Beteiligung nach § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB durchzuführen, sofern die Änderung oder Ergänzung nicht die Grundzüge der Planung ändert.

Rechtsgrundlage:

§ 4a Abs. 3 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 sowie § 41 Abs. 1 GO NRW.

- VII. Der Rat der Stadt ermächtigt die Verwaltung, einen städtebaulichen Vertrag mit dem Vorhabenträger abzuschließen. Die Inhalte und Regelungsbedarfe sind unter Punkt 13 dieser Vorlage beschrieben.

Rechtsgrundlage:

§ 11 BauGB.

- VIII. Der Rat der Stadt nimmt die Entscheidung der Verwaltung zur Kenntnis, vor Rechtskraft der Änderung Nr. 2 des Bebauungsplanes Br 217 - Fußballpark Borussia - nach Vorliegen der Voraussetzungen gemäß § 33 Abs. 1 BauGB Baugenehmigungen zu erteilen.

Rechtsgrundlage:

§ 33 Abs. 1 BauGB.

zu TOP 3.1.1 Bauleitplanung; 87. Änderung des Flächennutzungsplanes - Fußballpark Borussia - sowie Änderung Nr. 2 des Bebauungsplanes Br 217 - Fußballpark Borussia - (gleichzeitig tlw. Änderung des Bebauungsplanes Br 203 - Hohenbuschei - Anfrage zu Ausgleichsflächen der Fraktion B'90/Die Grünen in der Sitzung der Bezirksvertretung Brackel am 23.01.2025 (TOP 12.4) hier: Stellungnahme der Verwaltung

36617-24/2

Beschluss

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

zu TOP 3.2 Bauleitplanung, Änderung Nr. 93 des Flächennutzungsplans - Zentrale Versorgungsbereiche - hier: Beschluss zur erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 4a Abs. 3 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB

Beschluss

36930-24

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Dortmund beschließt, den Entwurf der 93. Änderung des Flächennutzungsplans - Zentrale Versorgungsbereiche – für den in Anlage 2 (Flächennutzungsplan der Stadt Dortmund) und 3 (Übersichtsplan) markierten Bereich gem. § 4a Abs. 3 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB erneut zu veröffentlichen.

Rechtsgrundlage:

§ 4a Abs. 3 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 i.V.m. § 13 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394) in Verbindung mit den §§ 7 und 41 Abs. 1 GO NRW geändert wurde.

zu TOP 3.3 Bauleitplanung; Änderung Nr. 2 des Bebauungsplanes InW 218 - östlich Schnettkerbrücke - im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB) ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB
hier: I. Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange II. Beifügung einer aktualisierten Begründung III. Satzungsbeschluss
Beschluss
36944-24

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion folgenden Beschluss:

- I. Der Rat der Stadt hat die im Rahmen der durchgeführten Beteiligung der Öffentlichkeit und der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen geprüft und beschließt, den Empfehlungen der Verwaltung zur Änderung Nr. 2 des Bebauungsplanes InW 218 - östlich Schnettkerbrücke -, wie unter Punkt 8 und Punkt 9 dieser Beschlussvorlage dargestellt, zu folgen.

Rechtsgrundlage:

§§ 3 Abs. 2, 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634, FNA 213-1) in Verbindung mit den §§ 7 und 41 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666, SGV NRW 2023).

- II. Der Rat der Stadt beschließt, - wie unter Punkt 10 dieser Beschlussvorlage dargestellt - die redaktionell angepasste Begründung vom 14.11.2024 der Änderung Nr. 2 des Bebauungsplanes InW 218 – östlich Schnettkerbrücke - beizufügen.

Rechtsgrundlage:

§§ 9 Abs. 8, 2a BauGB in Verbindung mit § 41 Abs. 1 GO NRW

- III. Der Rat der Stadt beschließt die Änderung Nr. 2 des Bebauungsplanes InW 218 - östlich Schnettkerbrücke - im beschleunigten Verfahren für den unter Punkt 1 dieser Beschlussvorlage beschriebenen Geltungsbereich als Satzung.

Rechtsgrundlage:

§§ 1 Abs. 8, 2 Abs. 1, 10 Abs. 1 und 13a BauGB in Verbindung mit den § 7 und § 41 Abs. 1 GO NRW.

zu TOP 3.4 Campus 2030+ - Städtebauliches Entwicklungskonzept für den Hochschul-, Wissenschafts- und Technologiecampus Dortmund | Lag zur Sitzung am 12.12.24 (TOP 3.5) vor.
Beschluss
36135-24

Beschluss:

Der Rat der Stadt folgt der Empfehlung des Ausschusses für Mobilität, Infrastruktur und Grün (AMIG) und fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion FDP/Bürgerliste und des Rm Deyda unter Kenntnisnahme der Ergänzung (3.4.1; 36135-24/4) folgenden geänderten (*kursiv/unterstrichen*) Beschluss:

- I. Der Rat der Stadt stimmt dem Konzept „Campus 2030 +“ zur Entwicklung des Hochschul-, Wissenschafts- und Technologiecampus Dortmund zu und beschließt es als städtebauliches Entwicklungskonzept gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB.
- II. Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, die Leitlinien des Konzepts bei zukünftigen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen und umzusetzen.

Rechtsgrundlage:

§ 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634 / FNA 213-1) in Verbindung mit § 41 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023).

III. Auf die Campusausdehnung in den Freiraum wird zum Erhalt der regionalen Grünzüge und des Biotopverbunds verzichtet. Die Versiegelung soll durch folgende Maßnahmen reduziert werden:

- Nachverdichtung durch Aufstockung
- Stapelung des ruhenden Verkehrs in Parkpaletten oder Parkhäusern
- Überbau der Parkflächen mit Photovoltaik-Anlagen

IV. Beschleunigte Radverkehrsplanung

Die mehrfache Überplanung von Ausgleichsflächen zugunsten baulicher Nutzungen (doppelter Ausgleich) ist nur in Ausnahmefällen und bei ortsnah verfügbarer Ausgleichsfläche in Betracht zu ziehen.

V. Anbindung Campus

- Es werden Mobilitätshubs angelegt, um Flächenressourcen zur höherwertigen Nutzung zu gewinnen.
- Die Möglichkeit für eine Anbindung der Universitätsstraße an die Marie-Curie-Allee für den KfZ-Verkehr wird gestrichen. Die Option für einen Fuß- und Radweg kann erhalten bleiben.
- Die alten, nicht mehr verfolgten Planungen eines P+R-Platzes an der S-Bahnlinie auf dem Feld an der Straße Hauert, gemäß des Schreibens der Verwaltung an die BV Hombruch werden gestrichen.
- Der in der Vorlage geplante Radweg Meitnerweg über die Universitätsstraße (beidseitig) zunächst bis zur Straße Hauert wird fortgeführt. Dieser Radweg kann sehr zeitnah erfolgen, da dort nur Markierungsarbeiten vorgenommen werden müssen. Ab dort wird die Universitätsstraße zur Landestraße. Auch hier sollte die beidseitige Abmarkierung für einen Radweg in Abstimmung mit dem Landesbetrieb Straßen.NRW weiterverfolgt werden.
- Entsprechend der Antwort der Verwaltung an die BV Hombruch soll der Punkt „Stärkere Vernetzung des Campus-Areals mit dem Stadtbezirk Hombruch“ – hier insbesondere mit dem Nebenzentrum Hombruch – in soziokultureller und infrastruktureller Hinsicht aufgenommen werden, auch wenn es zurzeit keine unmittelbaren städtebauliche Auswirkungen zu haben scheint. Dies könnten beispielsweise auch Lernarbeitsplätze für Studierende oder StartUps sowie das Bespielen eines Raumes analog zum „Projector“ in der Dortmunder City sein.
- Aufnahme der Schaffung besserer verkehrlicher Anbindungen durch ÖPNV, Fuß- und Radwege vom Campus-Areal in das Nebenzentrum Hombruch in die städtebaulichen Planungen Campus 2030+
- Wird der Campus an das Fernwärmenetz der Stadt Dortmund angeschlossen, soll in diesem Zuge auch die Einbeziehung der benachbarten Ortschaften Barop, Schönau, Eichlinghofen, Dorstfeld, Oespel berücksichtigt werden.

VI. H-Bahn

Die Anbindung der H-Bahn soll weiter geplant werden.

Wortbeiträge:

Rm Waßmann erklärt, die CDU-Fraktion wünsche die Beschlussfassung in der Fassung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen (AKUSW). Der Ausschuss habe einen Zusatz-/ Ergänzungsantrag der Fraktion B'90/Die Grünen sowie die Ergänzungen der Bezirksvertretung Hombruch (BV Hom) nicht beschlossen, sondern lediglich als Arbeitspapier an die Verwaltung gegeben.

Rm Schreyer (B'90/Die Grünen) wünscht für seine Fraktion einen Beschluss in der Fassung des AMIG. Der sei weitergehend im Vergleich zur Empfehlung des AKUSW, da dort die Ergänzungen der BV Hom in die Beschlussfassung einbezogen wurden.

Rm Alexandowiz (SPD) bekräftigt den Wunsch der Abstimmung in der Fassung des AMIG. Der AMIG habe nach dem AKUSW beraten und empfohlen.

**zu TOP 3.4.1 Campus 2030+ - Städtebauliches Entwicklungskonzept für den Hochschul-,
Wissenschafts- und Technologicampus Dortmund / Stellungnahme der TU Dortmund und
Anmerkungen der BV Hombruch**

36135-24/4

Kenntnisnahme

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die Ergänzung zum Vorgang zur Kenntnis.

Wortbeiträge:

Siehe TOP 3.4

zu TOP 3.5 Stellplatzsatzung für den Bereich des Hochschul-Campus in Dortmund

Beschluss

37089-24

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst unter Kenntnisnahme der Ergänzung (3.5.1; 37089-24/3) und der Stellungnahme (3.5.2; 37089-24/5) bei Enthaltung des Rm Deyda folgenden Beschluss:

Der Rat beschließt die Stellplatzsatzung für den Bereich des Hochschul-Campus in Dortmund nach § 48 Abs. 1 in Verbindung mit § 89 Abs. 1 Nr. 4, 5 und 7 BauO NRW.

Wortbeitrag:

Rm Dr. Goll (CDU) dankt für die Stellungnahme der Verwaltung (3.5.2). Grundsätzlich habe ihre Fraktion Bedenken, wenn Parkplätze reduziert werden. Dies geschehe auch hier. Die erhobenen Daten sieht die CDU-Fraktion weiter skeptisch, zugleich kann sie der Argumentation der Verwaltung hinsichtlich der Datenbasis nachvollziehen. Dem Antrag der Bezirksvertretung auf Erhalt des aktuellen Bestands hätte ihre Fraktion folgen können, die Stellungnahme der Verwaltung zeige nun aber auf, dass dies nicht realisierbar sei. Mit Blick auf die Position der Uni Dortmund kann die CDU-Fraktion unter dem Hinweis, dass der ÖPNV-Ausbau voranzutreiben ist damit die Ziele realisiert werden können, zustimmen.

zu TOP 3.5.1 Stellplatzsatzung für den Bereich des Hochschul-Campus in Dortmund

37089-24/3

Kenntnisnahme

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die Ergänzung zum Vorgang zur Kenntnis.

Wortbeitrag:

Siehe TOP 3.5

**zu TOP 3.5.2 Stellplatzsatzung für den Bereich des Hochschul-Campus in Dortmund, hier:
Stellungnahme der Verwaltung**

37089-24/5

Kenntnisnahme



Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Wortbeitrag:

Siehe TOP 3.5

zu TOP 3.6 Umgestaltung des Vogelpothswegs - Interimslösung

Beschluss

37098-24

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Rat beschließt die temporären Maßnahmen, um die Situation am Vogelpothsweg für den Radverkehr und Busverkehr kurzfristig zu verbessern.

zu TOP 3.7 Markierungskonzept zur Busbeschleunigung auf dem Königswall

Beschluss

37083-24

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Enthaltung des Rm Happe (FDP/Bürgerliste) folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Dortmund beschließt auf dem Außenring des Königswalls die Einrichtung einer Busspur in Fahrtrichtung Westen zwischen Burgtor und Freistuhl sowie auf dem Innenring die Einrichtung eines Radfahrstreifens mit Freigabe für den Linienbusverkehr in Fahrtrichtung Osten zwischen Schmiedingstraße und Freistuhl. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung bis zum Linienstart der Innovationslinie 400 beauftragt.

**zu TOP 3.8 Entwicklung des nördlichen Umfelds des Dortmunder Hauptbahnhofes; hier:
Sachstand und Beschluss des Rahmenplanentwurfes**

Beschluss

36958-24

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke+ Bei Enthaltung des Rm Deyda folgenden Beschluss:

- 1. Der Rat der Stadt beschließt den Rahmenplan „Nördliches Bahnhofsumfeld“.**
- 2. Der Rat der Stadt nimmt die Abwägung der Ämterbeteiligung in Anlage 4 zur Kenntnis.**
- 3. Der Rat der Stadt empfiehlt die Ergänzungen zum Themenfeld Mobilität in Anlage 3 weiter zu qualifizieren.**
- 4. Der Rat der Stadt beauftragt die Projektgesellschaft für das nördliche Bahnhofsumfeld Dortmund mbH alle notwendigen Planungen und Gutachten zur Vorbereitung der Umsetzung des Rahmenplanes zu beauftragen.**

Wortbeitrag:

Rm Lemke lehnt für die Fraktion Die Linke+ die Vorlage ab. Positiv sei zwar, dass auf unterirdische Bauten verzichtet werden. Negativ sei aber, dass der Park als zentrales Element schrumpfe und die Randbebauung größer werde. Grünfläche für die Bewohner*innen der Nordstadt für Hotelbebauung zu reduzieren ist für das Rm nicht zielführend. Auch die Busbahnhofplanungen reduzieren Grünfläche. Und

bei den Planungen sei nicht sicher, ob später Ersatz geschaffen werde. Auch die beiden großen Parkhäuser seien nicht gut, besser wäre gewesen, P&R-Plätze zu schaffen und neue Konzepte zu erproben.

zu TOP 3.9 Beschluss des Lärmaktionsplans 2024

Beschluss
36988-25

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion FDP/Bürgerliste und Enthaltung des Rm Deyda folgenden Beschluss:

- 1. Der Rat der Stadt beschließt den Lärmaktionsplan 2024 und die Lärmaktionsplanung auf dessen Grundlage umzusetzen.**
- 2. Der Rat der Stadt Dortmund nimmt zur Kenntnis, dass vor Umsetzung der Herabsetzung der Geschwindigkeit für die im Lärmaktionsplan enthaltenen Straßenabschnitte eine abgestimmte Gesamtdarstellung des Geschwindigkeitskonzeptes für das Dortmunder Straßennetz - gemeinsam mit Mobilitätsplanung (Stadtplanungs- und Bauordnungsamt) und Straßenverkehrsbehörde (Tiefbauamt) erarbeitet wird. Diese Gesamtdarstellung beinhaltet eine Einordnung der Abschnitte in einen gesamtstädtischen verkehrlichen Kontext und den rechtlichen Rahmen sowie einen Zeitplan zur Umsetzung und wird dem Rat der Stadt Dortmund vorgelegt.**

Wortbeiträge:

Rm Stieglitz (B'90/Die Grünen) lobt den Prozess mit dem Beirat, mit Ratsmitgliedern und der Verwaltung sowie der online erfolgten öffentlichen Auslegung, die eine gute Beteiligung ergab.

Bei den Menschen die durch ein Tempolimit die Behinderung des Verkehrs befürchten wirbt er um Verständnis. Denn die an Hauptverkehrsstraßen wohnenden Menschen, deren Belastung sehr hoch sei, würden zum Preis einer minimalen Fahrzeitverlängerung entlastet.

Rm Waßmann kündigt die Zustimmung der CDU-Fraktion verbunden mit dem Hinweis an, dass seine Fraktion, wenn es künftig um konkrete Straßen gehe, sich individuell beraten und ggf. anders verhalten wird.

Rm Kowalewski (Die Linke+) merkt an, ruhige -nach EU-Recht zu schützende- Gebiete würden kleiner. Folglich müssten entsprechende Maßnahmen ergriffen werden.

zu TOP 3.9.1 -abgesetzt- Beschluss des Lärmaktionsplans 2024 | Antrag BV Eving

36988-25/3
Beschluss

Der Rat der Stadt setzt den Tagesordnungspunkt unter 1.3 - Feststellung der Tagesordnung - ab.

zu TOP 3.10 Ausweisung von 10 % Flächen für die natürliche Waldentwicklung im Dortmunder Stadtwald

Kenntnisnahme
32034-23/6

Beschluss:

Der Rat nimmt die Ausweisung von 10 % Flächen für die natürliche Waldentwicklung im Dortmunder Stadtwald zur Kenntnis.

Wortbeiträge:

Rm Kowalewski (Die Linke+) sieht den Prozess zur Identifikation der Naturwaldzellen sehr positiv. Dies könne den Stadtwald für die nächsten Jahrzehnte prägen.

Für Rm Sassen (B`90/Die Grünen) schließt nun einen Prozess, der seinen Ursprung in einem gemeinsamen Antrag ihrer Fraktion mit der CDU zu Beginn der Legislaturperiode hatte, ab. Die einzelnen Bausteine des ökologischen Waldkonzeptes werden nach und nach umgesetzt. Der Prozess und die erzielten Kompromisse sind, auch wenn sich ihrer Fraktion zu einzelnen Punkten mehr erwartet habe, ein wirklich gutes Ergebnis.

Rm Neumann-Lieven (SPD) blickt auf einen viel früheren Vortrag zum Thema zurück. Seinerzeit existierte von Fachleuten bereits die Aussage, dass eine Beschleunigung nicht sinnvoll ist, sondern ausprobiert werden müsse. Nun ist das Rm froh, dass dies mit all den begleitenden Maßnahmen gelungen ist. Nun könnten größere Flächen zur freien Entwicklung freigegeben werden. Auch die interkommunale Zusammenarbeit lobt das Rm.

Rm Seitz (AfD) versteht nicht, dass hier Wald geschützt werden soll und an anderer Stelle zur Errichtung von Windkraftanlage Bäume gefällt werden. Das Rm leitet daraus ab, dass deswegen den Parteien Wähler*innen verloren gehen.

Rm Kowalewski stellt richtig, dass in Dortmund kein einziger Baum für ein Windrad gefällt wurde. Weiterhin sei der Antrag zum ökologischen Waldkonzept unter Beteiligung seiner Fraktion unter dem Eindruck der Dürrejahre 2017/2018 entstanden, als der Wald durch die Trockenheit Kahlstellen zeigte. In solchen Situationen wird der Wald künftig deutlich widerstandsfähiger sein.

zu TOP 3.11 Wohnungsmarkt Ruhr – Sechster Regionaler Wohnungsmarktbericht

Kenntnisnahme
37099-24

Beschluss:

Der Rat der Stadt Dortmund nimmt den Sachstand zum Sechsten Regionalen Wohnungsmarktbericht zur Kenntnis.

zu TOP 3.12 Stadterneuerung: Netzwerk Stadtentwicklung NRW

Beschluss
37095-24

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Dortmund beschließt die Verlängerung der Mitgliedschaft im „Netzwerk Stadtentwicklung NRW“ bis zunächst zum 31.12.2034 mit Gesamtaufwendungen i. H. v. insgesamt 50.000 €.

zu TOP 3.13 Mehrbedarf gem. § 83 GO NRW im Haushaltsjahr 2024 im Budget des Grünflächenamtes

Beschluss
37380-25

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst einstimmig bei Enthaltung des Rm Deyda folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Dortmund beschließt die in den finanziellen Auswirkungen dargestellte Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel im Haushaltsjahr 2024 gem. § 83 GO NRW in dem

Teilergebnisplan des Grünflächenamtes in Höhe von 980.000,00 €. Eine Kompensation des Mehrbedarfs kann nicht aus Mitteln des Grünflächenamtes erzielt werden.

zu TOP 3.14 Ersatzneubau der Jugendfreizeitstätte Aplerbeck

Beschluss
36215-24

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst einstimmig folgenden ergänzten (*kursiv/unterstrichen*) Beschluss:

Der Rat der Stadt Dortmund

1. beschließt auf Basis der vorliegenden Kostenberechnung investive Mittel in Höhe von 9.177.493,00 € für die weitere Planung und Realisierung (Leistungsphasen 4–8 HOAI) des Ersatzneubaus der Jugendfreizeitstätte Aplerbeck in Form einer Funktionalausschreibung über einen Systemanbieter sowie den Abriss der alten Jugendfreizeitstätte.
2. beschließt auf Basis der vorliegenden Kostenberechnung konsumtive Mittel in Höhe von 793.321,00 € (exklusive VILV-Kosten in Höhe von 9.783,00 €) für die weitere Planung und Realisierung (Leistungsphasen 4–8 HOAI) des Interimsquartiers der Jugendfreizeitstätte Aplerbeck.
3. beschließt die Umsetzung der Maßnahme durch die Städtische Immobilienwirtschaft.

Die Verwaltung wird um Prüfung für einen Ersatzbau der beiden Volleyballfelder, die durch den Neubau wegfallen, gebeten. Das Ergebnis soll den Fachausschüssen vorgelegt werden.

Wortbeiträge:

BMin Mais (CDU) merkt an, dass ihre Fraktion in der Fassung der Verwaltungsvorlage abstimmen möchte. Sie dankt der Verwaltung dafür, dass dieses Thema noch in der aktuellen Ratsperiode entschieden wird.

Rm Gövert (B'90/Die Grünen) weist auf die Empfehlung des Schulausschusses (SchulA) und Ausschusses für Mobilität, Infrastruktur und Grün (AMIG) hin, der das Thema „Toiletten für alle Geschlechter“ in die Empfehlung aufgenommen hat. Dies gelte auch für 3.15.

Den Antrag der Bezirksvertretung Aplerbeck, die beiden Volleyballfelder, die durch den Neubau wegfallen, anderweitig zu ersetzen, erhebt sie zum Prüfauftrag. Das Ergebnis soll den zuständigen Ausschüssen zur Verfügung gestellt werden.

Rm Dr. Suck (CDU) sagt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften (AFBL) habe die Ergänzungen des SchulA und AMIG beraten. Seitens der Immobilienwirtschaft wurde ausgeführt, dass der in den beiden Ausschüssen beschlossene Wunsch bei der Planung berücksichtigt wird. Daher habe der AFBL bewusst in der Fassung der Verwaltungsvorlage –dies gelte auch für TOP 3.15– entschieden.

Rm Kauch (FDP/BL) macht zur Entscheidung des AFBL deutlich, dass „Toiletten für alle Geschlechter“ einmal entschieden werden solle damit nicht bei jeder Bauvorlage erneut darüber diskutiert werden.

Rm Gövert die Aussage, dass dieses Thema bei den Planungen berücksichtigt werde, genüge ihrer Fraktion grundsätzlich.

zu TOP 3.15 Neubau einer Dreifach-Sporthalle: Schweizer Allee in Dortmund-Aplerbeck

Beschluss
36329-24

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Dortmund

1. beschließt auf Basis der vorliegenden Vorplanung/Kostenschätzung nach Abschluss der Leistungsphase 2 HOAI mit einem Investitionsvolumen in Höhe von 15.645.804,00 € die weitere Planung und Realisierung des Neubaus einer Dreifach-Sporthalle in Form einer Funktionalausschreibung über einen Systemanbieter.
2. beschließt die Umsetzung der Maßnahme durch die Städtische Immobilienwirtschaft.
3. nimmt die Abweichung von der Geschäftsanweisung zur Ablauforganisation bei Hochbaumaßnahmen zur Kenntnis, um die Vergabe an einen Systemanbieter für Sporthallen zu ermöglichen.

zu TOP 3.16 Brandschutz-/Instandsetzungsmaßnahmen an den Berufskollegs Leopold-Hoesch und Paul-Ehrlich

Beschluss
36546-24

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Dortmund

1. beschließt auf Basis der vorliegenden Kostenberechnung mit einem gesamten Investitionsvolumen in Höhe von 4.065.300,00 € die Planung und Umsetzung der Brandschutzmaßnahme am Leopold-Hoesch-Berufskolleg.
2. beschließt auf Basis der vorliegenden Kostenberechnung mit einem gesamten Investitionsvolumen in Höhe von 8.992.117,00 € die Planung und Umsetzung der Instandsetzungsmaßnahme am Leopold-Hoesch-Berufskolleg.
3. beschließt auf Basis der vorliegenden Kostenberechnung mit einem gesamten Investitionsvolumen in Höhe von 5.157.199,00 € die Planung und Umsetzung der Brandschutzmaßnahme am Paul-Ehrlich-Berufskolleg.
4. beschließt auf Basis der vorliegenden Kostenberechnung mit einem gesamten Investitionsvolumen in Höhe von 5.768.573,00 € die Planung und Umsetzung der Instandsetzungsmaßnahme am Paul-Ehrlich-Berufskolleg.
5. nimmt die Abweichung der Geschäftsanweisung zur Ablauforganisation bei Hochbaumaßnahmen zur Kenntnis, um die notwendigen Maßnahmen an den o.g. Berufskollegs schnellstmöglich zu realisieren.

zu TOP 3.17 Erweiterungsanbau einer Fahrzeughalle und Bestandsanpassungen am Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr (FF Löschzug 15) in Kirchhörde

Beschluss
36308-24

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Dortmund

1. beschließt auf Basis der vorliegenden Entwurfsplanung/Kostenberechnung nach Abschluss der Leistungsphase 3 HOAI die weitere Planung und Realisierung (Leistungsphasen 5-8) des Erweiterungsanbaus einer Fahrzeughalle am Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr (FF Löschzug 15) in Kirchhörde mit einem Investitionsvolumen in Höhe von 4.407.131,00 Euro.
2. beschließt auf Basis der vorliegenden Entwurfsplanung/Kostenberechnung nach Abschluss der Leistungsphase 3 HOAI die weitere Planung und Realisierung (Leistungsphasen 5-8) der Bestandsanpassungen mit konsumtiven Kosten in Höhe von 1.236.456,00 Euro.

3. beschließt die Umsetzung der Maßnahme durch die Städtische Immobilienwirtschaft.

zu TOP 3.18 -abgesetzt- „Toiletten für alle Geschlechter“ in städtischen Gebäuden | Lag zur Sitzung am 12.12.24 (TOP 3.20) vor.

Beschluss
35464-24

Der Rat der Stadt setzt den Tagesordnungspunkt unter 1.3 - Feststellung der Tagesordnung - ab.

zu TOP 3.18.1 -abgesetzt- „Toiletten für alle Geschlechter“ in städtischen Gebäuden

35464-24/7
Beschluss

Der Rat der Stadt setzt den Tagesordnungspunkt unter 1.3 - Feststellung der Tagesordnung - ab.

zu TOP 3.18.2 -abgesetzt- Zusatz- und Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion (Bezirksvertretung Mengede) zu: „Toiletten für alle Geschlechter“ in städtischen Gebäuden | Lag zur Sitzung am 12.12.24 (TOP 3.20.1) vor.

35464-24/8
Beschluss

Der Rat der Stadt setzt den Tagesordnungspunkt unter 1.3 - Feststellung der Tagesordnung - ab.

zu TOP 3.19 Energiebericht 2023

Kenntnisnahme
37074-24

Beschluss:

Der Rat der Stadt Dortmund nimmt den Energiebericht 2023 zur Kenntnis.

zu TOP 3.20 Außerplanmäßige Mehrauszahlungen nach § 83 GO NRW im Haushaltsjahr 2024 in der Teilfinanzrechnung der Städtischen Immobilienwirtschaft

Beschluss
37393-25

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst einstimmig bei Enthaltung der AfD-Fraktion und des Rm Deyda folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Dortmund beschließt die in den finanziellen Auswirkungen dargestellte Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel im Haushaltsjahr 2024 gemäß § 83 GO NRW in der Teilfinanzrechnung der Städtischen Immobilienwirtschaft in Höhe von 527.555,96 €. Eine Kompensation erfolgt durch Minderauszahlungen auf der Finanzstelle „Brandschutz an Berufskollegs“

zu TOP 3.21 "Stadtbahn Rhein-Ruhr" in Dortmund: Barrierefreier Umbau der Stadtbahnhaltestellen Kohlgartenstraße, Voßkuhle, Lübkestraße, Max-Eyth-Straße und Stadtkrone Ost (Baulose 70-73), Baubeschluss

Beschluss
36999-24

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen Die Linke+ und Die Partei folgenden Beschluss:

- 1. Der Rat der Stadt Dortmund beschließt den barrierefreien Umbau der Stadtbahnhaltestellen Kohlgartenstraße, Voßkuhle, Lübkestraße, Max-Eyth-Straße und Stadtkrone Ost einschließlich der erforderlichen barrierefreien Zugänge - dies beinhaltet insbesondere auch den Bau der neuen Brückenbauwerke mit Rampen und Aufzügen an den Haltestellen Kohlgartenstr. und Stadtkrone Ost sowie den vollständigen Rückbau der Fußgängerbrücken Lübkestraße und Max-Eyth-Straße - mit einem Gesamtinvestitions-volumen in Höhe von 58.762.736,00 Euro, inklusive Planungskosten, vorbehaltlich der Förderung durch Bund und Land und Gesamtaufwendungen in Höhe 1.930.764,00 Euro.**
- 2. Der Rat der Stadt Dortmund beschließt zur Aufrechterhaltung des Fahrbetriebes genehmigte, vorbereitende Maßnahmen mit Kosten in Höhe von 3.000.000 Euro als Teilsumme des Gesamtvolumens unter Nutzung des Instruments des vorzeitigen zuwendungsunschädlichen Baubeginns bereits vor Bewilligung des Vorhabens vorzunehmen.**

Die Finanzierung der investiven Maßnahmen erfolgt aus dem Budget des Tiefbauamtes aus der bestehenden Investitionsfinanzstelle 66_01209014144 - Barrierefreier Umbau der Stadtbahnhaltestellen der B1 (Finanzposition 780820), die Finanzierung der konsumtiven Maßnahme erfolgt aus dem Kostenträger 6612092A0011 – konsumtive Aufwendungen Stadtbahnbau (Sachkonto 529300).

Die Investition bedingt ab dem ersten vollen Nutzungsjahr, dem Haushaltsjahr 2030, eine Belastung der Ergebnisrechnung in Höhe von 780.703,89 Euro.

Wortbeiträge:

Rm Stieglitz (B'90/Die Grünen) begrüßt zwar die Herstellung der Barrierefreiheit durch ebenerdige Zugänge, die die Nutzung der Brücken überflüssig macht, wie auch die temporäre Lösung um möglichst schnell barrierefrei zu sein. Dennoch wurden viele Hinweise der Bürger*innen nicht angemessen beachtet. Insbesondere der Erhalt des Baumbestands, die Neuordnung des Straßenraums unter Erhalt der historischen Straßengestaltung fanden keine Berücksichtigung. Jetzt sollen sogar noch mehr Bäume gefällt werden als ursprünglich angedacht und auch die Planungen um die Voßkuhle beruhen offensichtlich auf alten Grundlagen. Daher werde seine Fraktion ablehnen.

Rm Waßmann kündigt die Zustimmung der CDU-Fraktion zur Vorlage an. Die Barrierefreiheit sei dafür das ausschlaggebende Argument. Die Entfernung der Brücke an der Max-Eyth-Straße und die Installation eine Ampel lehnt seine Fraktion dennoch ab.

Laut Rm Kowalewski wird sich die Fraktion Die Linke+ enthalten. Die Gründe liegen einerseits in der erheblichen Steigung der Brückenbauwerke, Schwierigkeiten für die Menschen sind hier erwartbar. Dies wurde vom Behindertenpolitischen Netzwerk (BPN) auch im Ausschuss deutlich gemacht. Andererseits ist die weitere Verschiebung nicht mehr vertretbar.

Rm Kauch (FDP/BL) begrüßt die Vorlage. In Richtung von B'90/Die Grünen sagt das Rm, Anregungen könne es geben, es müsse aber auch entschieden werden. Dies sei aber verzögert worden und koste nun wegen der Interimslösung 3 Mio. € zusätzlich.

Rm Berndsen (SPD) freut sich über den Baubeschluss, denn seit 2016 sei Politik und Verwaltung damit befasst. Das BPN habe seine Position im Fachausschuss deutlich gemacht. Die Verwaltung habe aber versichert, dass dies den DIN-Normen entsprecht.

Rm Schreyer (B'90/Die Grünen) entgegnet Rm Kauch, die Verzögerung habe an der verwaltungsseitigen Einbringung und nicht am Diskussionsprozess gelegen. Eine Mehrheit existiere für die geplante Vorgehensweise schon lange.

zu TOP 3.22 Außerplanmäßige Mehrauszahlung nach § 83 II GO NRW im Haushaltsjahr 2024 in der Teilfinanzrechnung des Tiefbauamtes

Beschluss
37399-25

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst einstimmig bei Enthaltung des Rm Deyda folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Dortmund genehmigt zur Deckung der bei der Baumaßnahme Stadtquartier Ost/Linksabbieger Lippestraße, Investitionsfinanzstelle 66I01202014410 (780 810), im Jahr 2024 entstandenen Mehrauszahlungen in Höhe von 354.563,55 €

- 1) die Verwendung der nachfolgend aufgeführten außerplanmäßigen Mehreinzahlungen gem. § 83 II GO NRW in Höhe von 190.000,00 € bei der Baumaßnahme Stadtquartier Ost/Linksabbieger Lippestraße, Investitionsfinanzstelle 66I01202014410 (680 200), sowie
- 2) die außerplanmäßige Mittelverlagerung gem. § 83 II GO NRW in Höhe von 164.563,55 € von der Investitionsfinanzstelle 66_01209014154 (780 820), Kom. Schiene, Erneuerungsinv. Stadtbahn.

zu TOP 3.23 -abgesetzt- CDU Fraktion: Antrag zu TOP 4.1.5 - Verkehrsleitende Maßnahmen im Bereich Schönau, Barop und Brünninghausen während Veranstaltungen im Westfalenstadion/SIGNAL IDUNA PARK

Beschluss
36987-24

Der Rat der Stadt setzt den Tagesordnungspunkt unter 1.3 - Feststellung der Tagesordnung - ab.

zu TOP 3.24 -abgesetzt- Erprobung von Schulstraßen - Siegfried-Drupp-Straße, hier: Antrag der CDU-Fraktion | Lag zur Sitzung am 14.11.24 (TOP 3.23) vor.

Beratung
35194-24

Der Rat der Stadt setzt den Tagesordnungspunkt unter 1.3 - Feststellung der Tagesordnung - ab.

zu TOP 3.24.1 -abgesetzt- Erprobung von Schulstraßen | Stellungnahme der Verwaltung

35194-24/1
Kenntnisnahme

Der Rat der Stadt setzt den Tagesordnungspunkt unter 1.3 - Feststellung der Tagesordnung - ab.

zu TOP 3.25 -abgesetzt- Geschwindigkeitsreduzierung auf 30km/h auf der Evinger Straße (B54) von der Einmündung Schiffhorst bis zum Kreisverkehr in Brechten | Antrag BV Eving

Beschluss
37325-25

Der Rat der Stadt setzt den Tagesordnungspunkt unter 1.3 - Feststellung der Tagesordnung - ab.

zu TOP 4 Wirtschafts-, Beschäftigungsförderung, Europa, Wissenschaft und Forschung

zu TOP 4.1 Wirtschaftswende für Dortmund

Beratung
37492-25

zu TOP 4.1.1 Wirtschaftswende für Dortmund

37492-25/1

Beschluss/Empfehlung

Beschluss:

Der Rat der Stadt überweist einstimmig folgenden Antrag der Fraktion FDP/Bürgerliste zwecks Beratung und Empfehlung in den Ausschuss für Wirtschafts-, Beschäftigungsförderung, Europa, Wissenschaft und Forschung (AWBEWF):

„...unserem Land droht das dritte Jahr einer Rezession und somit die längste Wirtschaftskrise der Geschichte der Bundesrepublik. Das langfristige Wachstumspotenzial unseres Landes stagniert. Die Zahl der Insolvenzen steigt. Die gesamte Wirtschaft ächzt unter ausufernder Bürokratie. Das gefährdet unseren Wohlstand und die Arbeitsplätze unserer Bürgerinnen und Bürger – jetzt und für die Zukunft. Auch der Staat leidet darunter: fehlendes Wachstum bedeutet fehlende Steuereinnahmen, fehlende Sozialversicherungsbeiträge und damit öffentliche Haushalte mit noch mehr Schulden. Nicht nur im Bund, sondern auch bei Ländern und Kommunen.

Klar ist: Deutschland braucht eine durchgreifende Wirtschaftswende.

Auch Dortmund braucht diese Wirtschaftswende. Entscheidungen des Bundes und des Landes sind dafür zentral. Doch die Stadt Dortmund muss ebenfalls ihren Beitrag leisten. Die Stadt fügt der Bürokratie von Bund und Land mit lokalen Regeln noch weitere hinzu – gerade bei Vorschriften, die das Bauen erschweren oder verteuern. Viele Verwaltungsprozesse dauern zudem zu lange. Statt das Maximum in unsere Infrastruktur zu investieren, wird immer noch zu viel Geld in immer neue Personalstellen und in linke Lieblingsprojekte investiert.

Dortmund ist ein wichtiger Hightech- und Wissenschaftsstandort in Deutschland. Die Stadt hat eine lange Tradition in der industriellen Produktion und hat sich in den letzten Jahrzehnten erfolgreich in Richtung „Hightech“ und „Wissenschaft“ entwickelt. Einige der wichtigsten Faktoren, die den Hightech- und Wissenschaftsstandort Dortmund auszeichnen, sind die Anwesenheit von renommierten Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die starke Präsenz von Unternehmen in Schlüsselbranchen wie Maschinenbau, Mikrotechnik und Informationstechnologie und die enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. In den vergangenen 30 Jahren hat sich Dortmund von einer hauptsächlich durch Stahl- und Kohleindustrie geprägten Region in einen modernen, vielfältigen Unternehmensstandort gewandelt.

Dennoch ist in den letzten Jahren zu bemerken, dass die Sichtbarkeit und Attraktivität des Hightech- und Wissenschaftsstandortes Dortmund nachlassen. Große Technologie-Kongresse oder -Messen finden nur noch selten in Dortmund statt. Die Abwanderung des Unternehmenssitzes von ELMOS ist ein Warnsignal. Relevante Neuansiedlungen sind nicht erfolgt. Selbst innerhalb Dortmunds ist die Kenntnis über die Leistungsfähigkeit der lokalen Industrie gering.

In Dortmund gibt es Angebote für Startups und Gründer. Von Unternehmern wurde jedoch bemängelt, dass es zwar viele Ansiedlungsangebote für kleine Startups, aber nicht ausreichende Flächen in der Stadt für Unternehmen gibt, die aus den Zentren „herauswachsen“.

Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt vor diesem Hintergrund die Verwaltung, folgende konkrete Maßnahmen umzusetzen:

I. Wirtschaftsflächen

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, den Rat eine überarbeitete Fassung der Wirtschaftsflächenstrategie vorzulegen. Dabei ist eine Konzentration auf ein großes Neubaugebiet im Freiraum zu vermeiden und darzulegen, aufgrund welcher Hemmnisse bestehende Brachflächen nicht genutzt werden.

2. Die Verwaltung wird aufgefordert, den Rat der Stadt Dortmund bis zu seiner Mai-Sitzung über den Umsetzungsstand des Beschlusses vom 26. September 2024 auf der Drucksache 36223-24/1 hinsichtlich einer Initiative zur Ruhr-Konferenz für ein Förderprogramm zur Entwicklung von Brachflächen zu informieren.

3. Die Wirtschaftsförderung wird gebeten, verstärkt Wachstumsunternehmen bei der Flächensuche nach der Startup-Phase zu unterstützen.

II. Bürokratieabbau

4. Der Rat der Stadt Dortmund erinnert an den Haushaltsbegleitbeschluss für ein kommunales Bürokratieabbauprogramm zur Entlastung der Wirtschaft, welches die Verwaltung im zweiten Quartal 2025 vorzulegen hat, insbesondere mit dem Ziel der Verschlinkung und Beschleunigung von Verfahren durch den Abbau bürokratischer Hürden. Die Verwaltung wird aufgefordert, im Vorfeld der entsprechenden Vorlage eine öffentliche Anhörung durchzuführen, zu der die Verbände, Innungen und Kammern der Dortmunder Wirtschaft, interessierte Unternehmen sowie Vertreterinnen und Vertreter des Rates einzuladen sind.

5. In einem zweiten Schritt sollen für das Bürokratieabbauprogramm auch Vorschriften in den Bereichen Bau und Stadtentwicklung aufgenommen werden, bei denen kommunale Regelungen die Kosten für Baumaßnahmen über Landes- und Bundesgesetze hinaus erhöhen.

III. Vermarktung der Dortmunder Wirtschaft

6. Die Wirtschaftsförderung sollte sich verstärkt in der Akquise und Organisation von wissenschaftlich-technischen Konferenzen etwa in den Bereichen Nanotechnologie und Mikrosystemtechnik engagieren, um die Sichtbarkeit der Leistungen am Standort voranzubringen und ein internationales Publikum nach Dortmund zu holen.

7. Die Wirtschaftsförderung wird gebeten zu prüfen, in welchem Umfang, mit welchen Branchenschwerpunkten und bei welchen Messen das Konzept von Gemeinschaftsständen Dortmunder Unternehmen nachfragegerecht ausgebaut werden kann.

8. Die Wirtschaftsförderung wird aufgefordert, alle Informationsmaterialien und ihre Website in englischer Sprache anzubieten.

9. Der Rat der Stadt Dortmund begrüßt, dass auf Initiative eines Haushaltsantrages von SPD und FDP seit 2023 die internationalen Akzente in der Wirtschaftsförderung gestärkt wurden. Dieser Weg muss noch weiter intensiviert werden. Die Verwaltung wird gebeten, dem AWBEWF und dem Ältestenrat eine detaillierte Übersicht über die Maßnahmen zur Umsetzung des entsprechenden Haushaltsbegleitbeschlusses und ihre Perspektiven zur Weiterentwicklung zu geben.

IV. Fachkräfte

10. Die Verwaltung wird aufgefordert, in Kooperation mit den Schulen in Dortmund ein Konzept zu erarbeiten, um Berufsbilder gerade in der Dortmunder High Tech Wirtschaft bekannter zu machen, gerade in den Bereichen Mikro-/Nanotechnologie, Biotechnologie, Medizintechnik, Photonik und Digitalisierung.

11. Der Rat der Stadt Dortmund begrüßt den Aufbau von Weiterbildungsverbänden insbesondere für den Hightech-Bereich, um regelmäßige Weiterbildungsmaßnahmen zu organisieren und Netzwerke von Ausbildungseinrichtungen aufzubauen. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie durch städtische Unterstützung diese Netzwerke weiter ausgebaut werden können.“

Wortbeiträge:

Rm Kauch (FDP/BL) beschreibt eine angespannte wirtschaftliche Lage. Solch eine lange Stagnation gab es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht. Dies wirke sich unmittelbar auf die Menschen, deren Wohlstand und Arbeitsplätze sowie die Steuereinnahmen aus. Alle staatlichen Ebenen müssen gemeinsam daran arbeiten, die wirtschaftliche Entwicklung zu verbessern. Bund und Land sind gefordert, Kommunen müssen aber auch einen Beitrag erbringen. Dies betreffe die vier im Antrag genannten Bereiche. In der Folge geht das Rm auf die Inhalte des Antrags ein.

Rm Dr. Neumann (B'90/Die Grünen) verweist zu vorliegendem Antrag auf den Wortbeitrag des Rm Kauch unter TOP 2.4 und den Vorwurf, u.a. seine Fraktion würde Wahlkampf betreiben. Auch habe die Leiterin der Wirtschaftsförderung einen Tag zuvor im AWBEWF über die wirtschaftliche Lage in Dortmund berichtet. Rm Dr. Neumann sieht die Diskussion des Antrags im AWBEWF und beantragt die Überweisung.

Rm Ixkes-Henkemeier (SPD) stellt fest, dass der Antrag für den Rat zum Zeitpunkt der Sitzung des AWBEWF bereits vorgelegen habe und damit von der antragstellenden Fraktion auch dort hätte thematisiert werden können. Auch sei sie überzeugt, dass das Rm Kauch die Abläufe zwischen Rat und Ausschüssen kenne. Ihre Fraktion wünscht die Behandlung im AWBEWF. Sofern nötig, könnte es auch im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen (AKUSW) behandelt werden.

Rm Reppin (CDU) zeigt sich über den Antrag überrascht, da am Tag vor der Ratssitzung der Fachausschuss getagt haben. Dort hätte der Antrag gern besprochen werden können. Der Überweisung in den AWBEWF stimmt seine Fraktion zu.

Rm Kowalewski (Die Linke+) merkt zum Antrag an, der aktuelle Haushalt rechne mit steigenden Gewerbesteuerereinnahmen, zugleich seien aber sinkenden Einkommenssteuereinnahmen zu verzeichnen. Genau dieses Thema des Umgangs mit dem Arbeitsmarkt fehle im Antrag. Gute Arbeit zu anständigen Löhnen wurde vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) platziert und wurde in der Wahlperiode nicht angemessen berücksichtigt.

Rm Seitz (AfD) kritisiert, dass von steigenden Steuereinnahmen gesprochen werde, sei dies doch Folge der Inflation. Aussagen, es könnte besser sein, sei jetzt aber nicht so schlecht hält das Rm für realitätsfern. Menschen sorgten sich um ihre Arbeit oder wandern wegen unpassender Rahmenbedingungen ab.

Rm Nienhoff (CDU) entgegnet, die AfD-Fraktion habe sich zu den Zahlen im AWBEWF nicht geäußert.

zu TOP 5 Soziales, Arbeit und Gesundheit

zu TOP 5.1 Bericht des Gesundheitsamtes der Stadt Dortmund über die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst

Kenntnisnahme
37142-24

Beschluss:

Der Rat der Stadt Dortmund nimmt den Bericht über die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst zur Kenntnis

zu TOP 5.2 Aktuelle Situation zur Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen | Sie erhalten hierzu eine Tischvorlage

Kenntnisnahme
34567-24/12

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt den Lagebericht zur aktuellen Situation der Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen in Dortmund zur Kenntnis.

Der Rat beschließt mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und des Rm Deyda den Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Beratung.

Wortbeiträge:

Rm Helferich (AfD) sagt, die Entscheidung des Rates vor sechs Jahren, Dortmund zum „Sicheren Hafen“ zu erklären müsse zurückgenommen werden. Er nimmt Bezug auf den Antrag seiner Fraktion (TOP 5.2.3) und nennt Zahlen der Bundespolizei zur Kriminalität am Hauptbahnhof. Die echten Dortmunder*innen sollten wieder sicher leben denn es zöge sich eine Blutspur durch die Innenstadt.

Rm Dr. Neumann (B'90/Die Grünen) verweist auf den Sachstandsbericht der Verwaltung. Dieser zeige, dass die Lage in Dortmund durchaus unter Kontrolle sei. Die Bitte um Stellungnahme seitens der CDU-

Fraktion ermögliche es, die dort benannte Überlastungsanzeige aus 2022 genauer zu beleuchten. Auf die Aussagen des Vorredners möchte das Rm nur insofern eingehen, als dass das Bild, welches von Dortmund gezeichnet werde, schlicht falsch sei. Die Initiative „Sicheren Hafen“ sei weiterhin sinnvoll.

Rm Helferich kritisiert die Haltung des Rm Dr. Neumann und fordert unter Verweis auf das „Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan“ Reue.

Rm Kauch (FDP/BL) versteht den Hinweis zum „Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan“ nicht. Dieses Programm zielt auf ehemalige Ortskräfte die die Bundeswehr unterstützten, Mitarbeitenden von Nichtregierungsorganisationen die die deutsche Entwicklungshilfe unterstützt haben und schwule sowie transidente Afghan*innen, deren Leben bedroht ist. Daher sei es unwürdig, dieses Programm in den Kontext zu Gewalttaten zu stellen. Ihm ist kein Fall bekannt, in welchem eine Person aus diesem Kreis eine Gewalttat verübt hat.

Rm Spaenhoff (SPD) stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Debatte.

zu TOP 5.2.1 Aktuelle Situation zur Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen | Anfrage der AfD-Fraktion vom 12.12.24 (TOP 5.3.1)

34567-24/10

Anfrage eingereicht

zu TOP 5.2.1.1

Aktuelle Situation zur Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen | Anfrage AfD

Kenntnisnahme

34567-24/11

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

Wortbeiträge:

Siehe TOP 5.2

zu TOP 5.2.2 Aktuelle Situation zur Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen

37491-25

Beratung

zu TOP 5.2.2.1

Aktuelle Situation zur Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen

Beratung

37491-25-/1

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die folgende Bitte um Stellungnahme der CDU-Fraktion zur Kenntnis. Eine Stellungnahme erfolgt voraussichtlich zur Sitzung am 27.03.25.

„...in einer kleinen Anfrage zur Unterbringung von Flüchtlingen in den Kommunen ist die nordrhein-westfälische Landesregierung im November 2024 u. a. um die Beantwortung der Frage gebeten worden, welche Kommunen gegenüber der jeweiligen Bezirksregierung bzw. der Bezirksregierung Arnsberg seit Beginn der aktuellen Wahlperiode eine Überlastungsanzeige abgegeben bzw. um Aussetzung der Zuweisung von Flüchtlingen gebeten haben (Drucksache Nr.: 18/11518). Der Antwort der zuständigen Landesministerin für Flucht und Integration vom 24.01.2025 ist zu entnehmen, dass auch die Stadt Dortmund eine temporäre Überlastungsanzeige gestellt hat (Drucksache Nr.: 18/12614).

Vor dem Hintergrund der Überlastungsanzeige der Stadt bittet die CDU-Fraktion um die Beantwortung folgender Fragen:

1. **Wann hat die Verwaltung eine Überlastungsanzeige bzw. Bitte um Aussetzung der Flüchtlingszuweisung gestellt?**
2. **Wurden die zuständigen politischen Gremien darüber informiert?**
3. **Wie ist diese Überlastungsanzeige und Bitte um Aussetzung der Flüchtlingszuweisung in Einklang zu bringen mit den Sachstandsberichten, die dem Rat zu jeder Sitzung vorgelegt werden und ein ganz anderes Bild zeichnen?**

Eine akute Überlastung ist darin in den vergangenen drei Jahren nicht aufgezeigt worden. Zum Auftakt der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages am 23. Mai 2023 formulierte der Städtetags-Vizepräsident und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Burkhard Jung, nur wenige Tage nach dem damaligen Flüchtlingsgipfel zwischen Bund und Ländern einen Hilferuf: „Die Städte wollen geflüchteten Menschen Schutz und Zuflucht geben. Ihre Aufnahme und Integration ist eine der akut größten Herausforderungen für uns als Gesellschaft. [...] Aber wir stehen inzwischen mit dem Rücken zur Wand. Notversorgung in Zelten und Messehallen darf kein Dauerzustand werden.“ Die CDU-Fraktion hat diesen Hilferuf in der Ratssitzung am 15. Juni 2023 ausdrücklich zum Anlass genommen, konkret nach der Situation in Dortmund zu fragen (Drucksache 31893-23/1). In der Stellungnahme der Verwaltung (Drucksache 31893-23/2) finden sich keine Hinweise für eine Überlastung.

4. **Wie ist die Überlastungsanzeige angesichts verschiedener Ratsbeschlüsse zum Thema „Sicherer Hafen für Flüchtlinge“ zu bewerten?**

Per Ratsbeschluss hat sich die Stadt Dortmund im Mai 2019 zum Sicheren Hafen erklärt und damit wie viele andere Städte die Bereitschaft bekundet, auch über die Aufnahmequoten hinaus Schutz suchende Menschen aufzunehmen. Dieser Beschluss wurde im Februar 2020 sowie im Juni 2023 bekräftigt. In der Ratssitzung am 15. Juni 2023 hat eine Mehrheit des Rates festgestellt, dass die Aufnahme und Versorgung von Schutzsuchenden durch weitsichtige Planung und vorsorgliche Bereithaltung von Aufnahmestrukturen in Dortmund im Sinne einer Notunterbringung bisher gut gelungen sind. Die Verwaltung hat dieser Feststellung nicht widersprochen.

5. Die „FlüAG-Pauschalen“ sind vom Land rückwirkend zum 1. Januar 2024 um 15,81 Prozent erhöht worden. Die Kommunen erhalten dabei einen Mehrbetrag von mindestens 70,5 Millionen Euro gegenüber der bisherigen Regelung. **Wie hoch ist der Mehrertrag für die Stadt Dortmund aus der rückwirkenden Erhöhung der FlüAG-Pauschalen?**

Wortbeiträge:

Siehe TOP 5.2

zu TOP 5.2.3 Aktuelle Situation zur Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen - Remigrationshafen statt „sicherer Hafen“ * Kein Verzicht auf Abschiebungen und Grenzschutz!
34567-24/13
Beschluss

Beschluss:

Der Rat der Stadt lehnt den Antrag der AfD-Fraktion mit Mehrheit der Stimmen der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke+; FDP/Bürgerliste, Die Partei sowie Volt und Vielfalt ab.

Antrag:

„...in seiner Sitzung vom 23.05.2019 beschloss der Rat der Stadt, dass Dortmund Teil der Initiative „Sicherer Hafen“ im Rahmen der Aktion „Seebrücke“ werde. Mit dieser Erklärung sind die beabsichtigte

Erfüllung von mehreren Forderungen verbunden, die die Aktion von den beigetretenen Kommunen fordert.

Unter anderem wird gefordert, dass sich die Kommune „gegenüber dem Bundesland und der Bundesregierung für die Einrichtung neuer bzw. für die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Menschen auf der Flucht einsetzt“ und „selbst Aufnahmeplätze zusätzlich zur Verteilungsquote (Königsteiner Schlüssel) anbietet“. Zudem solle sich die Kommune gegen Abschiebungen einsetzen und für langfristige „Bleibeperspektiven“ eintreten.

Zusammengefasst zielt diese kollektive Absichtserklärung auf eine Legalisierung illegaler Einwanderung und den vollständigen Verzicht auf Rückführungen ab. Der aktive Einsatz für sogenannte „zivile Seenotretter“ im Mittelmeer, die für ihre Zusammenarbeit mit Schleppernetzwerken bekannt sind, unterminiert zudem den noch verbliebenen Schutz der EU-Außengrenzen.

Die politischen Handlungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Stadtverwaltung ihrer Absichtserklärung nachgekommen ist. Sie sieht im „Sicheren Hafen“ kein reines Symbol, sondern eine Verpflichtung zur grenzenlosen Zuwanderung. Tausende Asylzuwanderer haben ihren Weg nach Dortmund gefunden. Die Abschiebezahlen sind auf einem konstant niedrigen Niveau. Ethnische und soziale Spannungen sind die Folge.

Aufgrund dessen und der ständig zunehmenden Gewalttaten durch ausreisepflichtige Migranten, wie zuletzt in Aschaffenburg, ist ein weiterer Verbleib als „Sicherer Hafen“ grotesk und unverantwortlich. Dortmund muss nun endlich zum Remigrationshafen werden!

Daher beantragt die AfD-Ratsfraktion Dortmund:

„Der Rat der Stadt Dortmund beschließt, die am 23.05.2019 getätigte Ausrufung zum ‚Sicheren Hafen‘ und die damit verbundene Absichtserklärung zurückzuziehen.“

Wortbeiträge:

Siehe TOP 5.2

zu TOP 5.3 Bezahlkarte für Geflüchtete

Einbringung
37300-25

zu TOP 5.3.1 Bezahlkarte für Geflüchtete

37348-25/1
Beschluss

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen CDU, AfD, FDP/Bürgerliste und gegen die Stimme des Rm Deyda folgenden Beschluss:

„... die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD bitten unter dem oben genannten Punkt um die Beratung und Abstimmung des folgenden Antrags:

Der Rat der Stadt Dortmund lehnt die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete ab. Die Verwaltung wird beauftragt, die bisherige Praxis der Leistungsauszahlung beizubehalten und von der sog. „Opt-Out-Regelung“ Gebrauch zu machen.

Begründung:

Am 18. Dezember 2024 hat der Landtag NRW die Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes zur Einführung der sogenannten Bezahlkarte für Geflüchtete beschlossen. Die Bezahlkarte soll Verwaltungsvereinfachungen bringen und Mittelabflüsse von den Leistungsberechtigten ins Nicht-EU-Ausland entgegenwirken. Gerade der zweite Punkt wird immer wieder herangezogen, um eine vermeintliche abschreckende Wirkung zu konstruieren.

Die von der Ministerpräsidenten*innenkonferenz erhofften Effekte zur Begrenzung von Migration oder Reduktion vermeintlicher Pull-Faktoren kann die Bezahlkarte allerdings kaum erfüllen. Laut Aussage des Bundesfinanzministeriums aus dem letzten Jahr liegen keine Daten zu entsprechenden Überweisungen vor. Expert*innen, wie zum Beispiel das Kieler Institut für Weltwirtschaft, gehen stattdessen schon wegen der Höhe der Leistungssätze davon aus, dass der Umfang eventueller Transfers gering ausfällt und bezweifeln, dass diese tatsächlich einen wesentlichen Anreiz für Migration darstellen.

Mit der Opt-Out-Regelung können Kommunen entscheiden, die Bezahlkarte bei sich nicht einzuführen. So ist sichergestellt, dass Kommunen die Möglichkeit haben, an bürokratieärmeren und integrationsfördernden Girokontenmodellen festzuhalten. Keine Bezahlkarte kann besser sein als ein Girokonto. Und auch in Dortmund gibt es bereits funktionierende Abläufe, bei denen die Geflüchteten ihre Leistungen über reguläre Bankkonten erhalten. Bisher gab es von der Verwaltung keine Hinweise darauf, dass es an dieser Stelle Probleme gibt. Eine Bezahlkarte würde stattdessen nicht zu einer Entlastung der Verwaltungsabläufe führen, sondern durch Doppelstrukturen bürokratischen Mehraufwand erzeugen und zeitliche sowie personelle Ressourcen der Mitarbeitenden binden.

Wohlfahrtsverbände, Flüchtlingsinitiativen Gewerkschaften und Kirchen kritisieren darüber hinaus eine diskriminierende und integrationshemmende Wirkung durch die Stigmatisierung geflüchteter Menschen und die Bevormundung ihrer Lebensführung. Durch die vorgesehene Bezahlkarte werden das Ankommen und die Integration erschwert.

Bereits in seiner Sitzung am 22.02.2024 hat der Rat mit Mehrheit auf Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD festgestellt, dass er keine Notwendigkeit für die Einführung einer sogenannten Bezahlkarte für Geflüchtete sieht. Der jetzige Antrag dient dazu, auf der Grundlage der inzwischen gesetzlich beschlossenen Regelungen den notwendigen konkreten Opt-out-Beschluss zu fassen.“

Der Rat beschließt mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und die Stimme des Rm Deyda den Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Beratung.

Wortbeiträge:

Laut Rm Brunner (B'90/Die Grünen) stellt sich bei der Bezahlkarte die Frage, ob Schutzsuchenden die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird, oder auch nicht. Ihre Fraktion wünscht diese Partizipation, die Fortführung des bisher bewährten Systems und lehnt die Bezahlkarte ab. Andere Bundesländer zeigen, dass die Bezahlkarte die Teilhabe erschwere. Z.B. die Bezahlung von Essen an Schulen und in Kitas, der Kauf von Babykleidung im Second-Hand oder der Eintritt ins Schwimmbad sind schwierig bis unmöglich. Die Argumente für eine Bezahlkarte sind schwach. So gebe es z.B. keine belastbaren Daten darüber, dass mit Bezahlkarten Auslandsüberweisungen verhindert werden können. Auch seien die Leistungen für Asylsuchende so stark beschränkt, dass nur geringste Summe überhaupt gespart werden könnten. Auch einen Bürokratieabbau sieht das Rm nicht, da mit Bankkonten ein bewährtes System existiere. Die Umstellung erzeuge hingegen bürokratischen und finanziellen Aufwand. Schlussendlich koste die Bezahlkarte zusätzlich Geld und biete keine Vorteile.

Rm Bahr (CDU) sagt, der Lebensunterhalt von Menschen deren Bleibeperspektive noch unklar ist, steht ein gesicherter Lebensunterhalt zu. Der Zugang zu Lebensmittel, Kleidung und Dinge des täglichen Bedarfs muss ermöglicht werden. Die Bezahlkarte ist nun eine Möglichkeit, diese Sachleistungen verfügbar zu machen. Darin sieht das Rm einen moderneren und leichteren Zugang. An dem Punkt könnte der Ruf nach Digitalisierung umgesetzt werden. Die Kartenzahlung sei heute sowieso die bevorzugte Zahlungsweise und die Bezahlkarte folglich keine Diskriminierung. Die Karte ermögliche den Nutzenden den Zugang und den Ermöglichenden die Gewissheit, dass die Mittel zweckentsprechend eingesetzt werden. Denn ein Großteil sehe die Solidarität wegen missbräuchlichen Verhaltes in einzelnen Fällen ausgehebelt. Auch könne damit eventuell der Anreiz, wegen der Geldleistungen in die Bundesrepublik zu kommen, reduziert werden. Die Bezahlkarte hält das Rm für eine Möglichkeit, dem Unmut von Bürger*innen zu begegnen und damit Asyl und geregelten Zuzug zu ermöglichen. Den Antrag zu 5.3.1 lehnt seine Fraktion ab, dem Antrag zu 5.3.2.1 –mit Ausnahme der Ziffer 1 b) – stimmt sie zu.

Rm Worth (SPD) erkennt in der Bezahlkarte keinen Vorteil. Sinngemäß zitiert das Rm ein Wahlplakat der FDP auf welchem stehe, dass der Staat nicht erziehungsberechtigt sei. Auch Geflüchtete sollten das Geld, welches ihnen zur Verfügung steht, für ihre Bedürfnisse ausgeben können. Vielerorts ist es eben nicht möglich, mit einer Karte zu bezahlen. Und wenn dann keine Auswahl bestehe, ist dies diskriminierend.

Rm Kauch (FDP/BL) hält es für bemerkenswert das die Parteien, die hier die Bezahlkarte ablehnen, dies in der Bunderegierung initiiert haben. Der für diese als diskriminierend dargestellte Maßnahme zuständige Minister ist in der SPD. Bei der Bundestagswahl werden Bürger*innen über die Politik der Bundesregierung abstimmen. Steuergelder müssen gezielt eingesetzt werden. Laut Rm Kauch könne der Auslandsabfluss nicht ermittelt werden, weil es zum Glück ein Bankgeheimnis gibt. Daher trage dieses Argument auch nicht. Der Antrag zu 5.3.1 leiste, so das Rm, der Schlepperei Vorschub und Sorge für Geldtransfers ins Ausland. Seine Fraktion vermutet, der Antrag fördere Sozialleistungsmissbrauch und spricht sich dagegen aus.

OB Westphal merkt an, dass Land NRW habe den Kommunen eine optionale Lösung zugesprochen.

Rm Karacakurtoglu (Die Linke+) sagt, etablierte Kräfte reagierten, wenn rechte Parteien Zulauf verzeichnen, in der Hoffnung, den rechten Rand zu besänftigen, mit hektischen Maßnahmen. Die Geschichte zeige, dass dies nie funktioniert habe. Vielmehr rückt die gesamte Gesellschaft nach rechts. Die Bezahlkarte sei ein Sinnbild dafür: Teuer, bürokratisch und unmenschlich. Schon in der 1990er Jahren, nach den Attacken von Faschisten in Rostock, wurde ein Gutscheinsystem für Geflüchteten eingeführt und mit dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) das Asylrecht faktisch ausgehebelt. Knapp 20 Jahre später hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass dieses Gesetz gegen die Menschenwürde verstößt. Dies kehre nun mit neuer Fassade zurück. Entmündigung, Einschränkung der Bewegungsfreiheit und Stigmatisierung sind Folge der Bezahlkarte. Dies sollte die Stadtgesellschaft nicht hinnehmen. Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit sollten der Fokus für alle sein. Denn dies sei der Türöffner für die weitere Einschränkung sozialer Leistungen und der Abbau von Grundrechten mache nicht vor einer Personengruppe halt. Das Rm fragt ob die Zuhörer*innen in einer Stadt leben wollen, in der Ausgrenzung an der Supermarktkasse beginne, weil bestimmte Einkäufe nicht möglich seien und in einer Stadt, die für ein bürokratisches Kontrollsystem Steuermittel ausgabe, die besser in Integration und Bildung investiert werden könnten.

Rm Schlösser (Die Partei) zitiert, dass Unternehmen welches die Bezahlkarte –SocialCard genannt– werbe mit dem Slogan „Finanzielle Inklusion“. Das Rm stellt die Frage ob es um die Teilhabe von Geflüchteten oder um die Erschließung neuer Märkte für internationale Finanzdienstleistungsunternehmen. Die SocialCard wird von deutschen und internationalen Privatunternehmen betrieben. Nur das Frontend werde von deutschen Behörden verwaltet, der komplette Hintergrund aber durch besagte Unternehmen. Transaktionsgebühren und Lizenzzahlungen fließen ebenfalls im Hintergrund und international ab. Die Einführung der SocialCard öffne die Tür für die private Erbringung staatlicher Leistungen und die Überwachung Bedürftiger. Damit liegen Daten von Leistungsempfänger*innen auch in privater Hand, die ggf. wirtschaftliche Interessen verfolgen. Thüringen hat die SocialCard schon auf Bürgergeldbezieher*innen ausgeweitet.

Rm Helferich (AfD) teilt die Bedenken von Rm Karacakurtoglu und Rm Schlösser. Auch seine Partei spreche sich gegen Überwachungsmöglichkeiten aus. Seine Partei stehe aber auch für Sachleistungen vor Geldleistungen, werde in diesem Fall dem Antrag zu 5.3.2.1 also zustimmen. Aus der Bezahlkarte erhofft sich das Rm, die Folgen von Migration könnten gestoppt werden.

Rm Dr. Suck (CDU) stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Debatte.

zu TOP 5.3.2 Bezahlkarte für Flüchtlinge jetzt umsetzen!

37493-25
Beratung

zu TOP 5.3.2.1

Bezahlkarte jetzt umsetzen!

Beratung

37493-25/1

Beschluss:

Der Rat der Stadt lehnt den Antrag der Fraktion FDP/Bürgerliste mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke+, Die Partei sowie Volt und Vielfalt und unter Berücksichtigung des unter TOP 5.3.1 zu Protokoll gegebenen Abstimmverhalten der CDU-Fraktion ab.

Antrag:

„...die Fraktion FDP/Bürgerliste bittet den Rat der Stadt Dortmund um Beschlussfassung folgenden Antrags:

1. Der Rat der Stadt Dortmund stellt fest:

- a) Die frühere Bundesregierung aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP hat die Bezahlkarte für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Übereinstimmung mit den Ministerpräsidenten der Länder eingeführt. Die Bezahlkarte soll Leistungsmissbrauch und die Bezahlung von Schleppern aus Steuergeldern erschweren sowie den Anreiz beenden, ohne Asylgrund nach Deutschland zu kommen, um Geld nach Hause zu schicken.
- b) Das Land NRW hat anfangs keine landeseinheitliche Lösung bei der Bezahlkarte angestrebt und nun im Rahmen einer landesweiten Regelung eine Opt-Out-Möglichkeit für die Kommunen geschaffen. Dies führt zu einem Flickenteppich in NRW. Sachlich ist das nicht zu begründen, vielmehr dient diese Regelung einzig dazu, die Differenzen zwischen CDU und Grünen in der Landesregierung zu überdecken.
- c) Das Land NRW führt in der Flüchtlingsunterkunft des Landes in Dortmund-Oespel die Bezahlkarte für Flüchtlinge ein. Der Rat der Stadt Dortmund ist der Auffassung, dass es keine zwei Klassen von Flüchtlingen in unserer Stadt geben darf. Landes-Flüchtlinge mit Bezahlkarte, während kommunale Flüchtlinge weiter Geld ins Ausland überweisen können - das ist nicht hinnehmbar.

2. Der Rat der Stadt Dortmund fordert daher die Verwaltung auf, von der Opt-Out-Lösung keinen Gebrauch zu machen, sondern die Bezahlkarte unverzüglich auch für die kommunal betreuten Flüchtlinge einzuführen.“

Wortbeiträge:

Siehe TOP 5.3.1

zu TOP 5.4 Dr. Safiye Ali Krekeler-Preis für Kindermedizin und -gesundheit - Benennung der Jurymitglieder

Beschluss

37137-24

Beschluss:

Der Rat der Stadt folgt der Empfehlung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gesundheit und fasst einstimmig bei Enthaltung des Rm Deyda folgenden ergänzten (*kursiv, unterstrichen*) Beschluss.

Der Rat der Stadt Dortmund nimmt die Vorgänge der Verwaltung zur Kenntnis und

- 1.) beruft die folgende, vorgeschlagene Jurybesetzung für den Dr. Safiye Ali Krekeler-Preis, für Kindermedizin und –gesundheit. Die Besetzung der Jury endet mit Beginn der neuen Wahlperiode.
- 2.) beschließt die folgende vom Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit vorgeschlagene

Jurybesetzung für den Dr. Safiye Ali Krekeler-Preis für Kindermedizin und –gesundheit. Die Dauer der Jurybesetzung endet mit Beginn der neuen Wahlperiode.

Juryvorsitz

Thomas Westphal (Oberbürgermeister)

Jörg Stüdemann (Stadtdirektor)

Fachpreisrichter*in (Kinder- und Jugendmedizin)

Prof. Dr. Dominik Schneider (Direktor, Westfälisches Kinderzentrum Klinikum Dortmund)

Fachpreisrichter*in (Kinder- und Jugendmedizin)

Holger Keßling (Fachbereichsleitung, Gesundheitsamt Dortmund)

Fachpreisrichterin (Kinder- und Jugendmedizin)

Meral Yaprak Erim (Kinderärztin)

Fachpreisrichterin (Kinder- und Jugendmedizin)

Dr. Ayten Imren-Özden (Fachärztin für Kinder- und Jugendmedizin)

Vertreter*in des Rates (ASAG)

Ulrich Langhorst

Vertreter*in des Rates (ASAG)

Daniela Worth

Vertreter*in des Rates (ASAG)

Emmanouil Daskalakis

Vertreter*in des Rates (ASAG)

Fatma Karacakurtoglu

Taylan Özgür Aydın, Generalkonsul der Republik Türkei in Essen

Sofie Eichner, Gesundheitsdezernat (5 Dez)

Öykü Özdençanlı, Kulturreferentin, Kulturdezernat (2 Dez)

Geschäftsführung (Dezernat 2)

Wortbeiträge:

Rm Gülec (Volt und Vielfalt) beschreibt seine Initiative und den Prozess wonach es heute überhaupt erst möglich sei, dass diese verdiente Dortmunderin heute überhaupt gewürdigt werde. Das Wirken von Dr. Safiye Ali Krekeler in der Türkei und in Dortmund sei bedeutend und verursachte ein großes öffentliches Echo. Vor diesem Hintergrund bedauert das Rm, heute nicht Mitglied der Jury zu sein, zumal er auch für die Werte des Preises –Vielfalt, Engagement und gesellschaftlichen Zusammenhalt– stehe. Die Berücksichtigung seiner Leistungen habe sich das Rm in größerem Maße gewünscht, respektiert aber gleichwohl die Entscheidung des Ausschusses. Er wird sich weiter in diesem Kontext engagieren und es sollte ein Anliegen des Rates sein, ihr Andenken zu bewahren.

Für das Gewicht eines Preises, so Rm Beckmann (B'90/Die Grünen), sei wichtig, dass die großen Fraktionen je ein Jury-Mitglied stellen. Dennoch sei aus guten Gründen in der Vergangenheit von diesem Grundsatz abgewichen worden. Den Wunsch des Rm Gülec hält das Rm für nachvollziehbar, einen ableitbaren Anspruch jedoch nicht. Hätte Rm Gülec z.B. Referenzen im Bereich der Kindermedizin –um welches es bei dem Preis geht–, dann wäre die Lage sicherlich anders zu betrachten.

zu TOP 6 Kultur, Sport und Freizeit

zu TOP 6.1 Sanierung von Aufzugsanlagen im Theater Dortmund

Beschluss



36978-24

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Dortmund

- beschließt die Sanierung von 5 mängelbelasteten Aufzugsanlagen gemäß der Maßnahmenbeschreibung aus dieser Vorlage i. H. v. geschätzten 1.278.500 €.
- nimmt zu Kenntnis, dass ein zusätzlicher Aufzug im Zuge einer Instandsetzung teilweise modernisiert wird. Die Finanzierung dieser konsumtiven Maßnahme wird aus dem laufenden Wirtschaftsplan des Theater Dortmund finanziert.
- beauftragt die Verwaltung, den Förderantrag für das Förderprogramm „INK 2025“ (Investitionen in national bedeutsame Kultureinrichtungen in Deutschland) bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) einzureichen.
- beauftragt das Theater Dortmund, die für die Durchführung erforderlichen Vergabeverfahren zusammen mit dem Vergabe- und Beschaffungszentrum durchzuführen.
- ermächtigt das Theater Dortmund, den Zuschlag auf das jeweils wirtschaftlichste Angebot zu erteilen.
- beschließt die Erhöhung des Investitionszuschusses an das Theater für 2026 und 2027 um insgesamt 639.250 Euro.

zu TOP 6.2 Theater Dortmund - Jahresabschluss und Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 23/24

Beschluss

37096-24

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Enthaltung des Rm Deyda folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Dortmund fasst gemäß § 6 der Satzung folgende Beschlüsse:

1. Der Jahresabschluss des Theater Dortmund zum 31.07.2024, abschließend mit einer Bilanzsumme in Höhe von 51.940.856,75 €, einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 3.818.210,44 € und der Lagebericht werden festgestellt.
2. Der durch die Abschreibungen und Erhöhung der Urlaubsrückstellungen entstehende Jahresfehlbetrag in Höhe von 3.818.210,44 € wird durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage in voller Höhe ausgeglichen, so dass ein Bilanzgewinn in Höhe von 0,00 € ausgewiesen wird.
3. Der Betriebsausschuss wird entlastet.

zu TOP 7 Schule

zu TOP 8 Kinder, Jugend und Familie

zu TOP 8.1 -unbesetzt- (siehe TOP 5.4)

zu TOP 8.2 Jahresbericht des Dortmunder Haus des Jugendrechts | Anfrage der AfD-Fraktion vom 12.12.24 (TOP 8.11)

Anfrage eingereicht

37034-24

zu TOP 8.2.1 Jahresbericht des Dortmunder Haus des Jugendrechts

37034-24/1

Kenntnisnahme

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

zu TOP 9 Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften

zu TOP 9.1 Grundsatzbeschluss zur Bereitstellung von Büroflächen bei der Stadt Dortmund
(Büroleitlinie)

Beschluss

36740-24

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst einstimmig bei Enthaltung des Rm Seitz (AfD) folgenden Beschluss:

Der Rat beschließt:

1. Das Inkrafttreten einer „Büroleitlinie Basic“ zur Bereitstellung von Büroflächen bei der Stadt Dortmund.
2. Die Aufhebung des Eckwertebeschlusses (Strategische Grundsätze der städtischen Büroraumversorgung) des Rates vom 23.05.2002.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der „Büroleitlinie Basic“ im Rahmen des Projektes „Arbeitsplatz der Zukunft“ eine ganzheitliche Büroleitlinie, die den Anforderungen der neuen Arbeitswelt entspricht, zu entwerfen und dem Rat der Stadt Dortmund zur Beschlussfassung vorzulegen.

Wortbeitrag:

Rm Waßmann (CDU) verweist auf die Bitte um Stellungnahme im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften (AFBL) sowie auf die Diskussion im Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung (APOD). Danach sollte es eine Öffnungsklausel geben, die eine Abweichung von den 7,5m² möglich macht, wenn diese nicht auskömmlich sind. Eine Regelung mittels Dienstanweisung sei verwaltungsseitig zugesagt worden.

zu TOP 9.2 DOKOM Gesellschaft für Telekommunikation mbH - Mandatswechsel Aufsichtsrat

Beschluss

37336-25

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst einstimmig bei Enthaltung der AfD-Fraktion und des Rm Deyda folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Dortmund bestellt Herrn Oliver Möllenberg als Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat der DOKOM Gesellschaft für Telekommunikation mbH bis zur nach der nächsten Kommunalwahl stattfindenden Neuentsendung der Aufsichtsratsmitglieder.

zu TOP 9.3 Mehrbedarf gem. § 83 GO NRW im Haushaltsjahr 2024 in der Teilergebnisrechnung des Rechtsamtes.

Beschluss

37337-25

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst einstimmig bei Enthaltung des Rm Deyda folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Dortmund beschließt die in den finanziellen Auswirkungen dargestellte Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel im Haushaltjahr 2024 gem. § 83 GO NRW in der Ergebnisrechnung des Rechtsamtes in Höhe von insgesamt 626.300 €.

Die Sitzungsleitung wird für TOP 9.4 auf BM Schilff übertragen

zu TOP 9.4 Bestätigung des Gesamtabchlusses der Stadt Dortmund zum 31. Dezember 2022
Beschluss
37264-25

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst einstimmig bei Enthaltung des Rm Deyda folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Dortmund bestätigt den vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Gesamtabschluss der Stadt Dortmund zum 31. Dezember 2022 und entlastet den Oberbürgermeister aus diesem geprüften Abschluss.

Nach Abschluss des Tagesordnungspunktes wird die Sitzungsleitung auf OB Westphal übertragen

zu TOP 9.5 DEW21: Energiebeschaffungspraxis | Sie erhalten die Stellungnahme im Nachversand
Kenntnisnahme
36760-24/4

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Wortbeitrag:

Rm Mader (CDU) stellt eine Nachfrage (s. TOP 9.5.1) und bittet um Beantwortung zur nächsten Sitzung.

zu TOP 9.5.1 DEW21: Energiebeschaffungspraxis | Anfrage der CDU-Fraktion
36760-24/6
Anfrage eingereicht

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die folgende Anfrage zur Kenntnis. Eine Beantwortung erfolgt voraussichtlich zur Sitzung am 27.03.25.

„... in Ihrer Stellungnahme zu unserer Anfrage vom 12.12.2024 führen Sie aus, dass das „alleinentscheidende Thema seinerzeit die Frage der Versorgungssicherheit für die Bevölkerung war. Darüber sei wiederholt mit allen in Frage kommenden Beteiligten gesprochen worden.“

Versorgungssicherheit heißt nach unserem Verständnis, dass die Versorgung mit Energie

1. jederzeit gewährleistet ist und
2. die verfügbare Energie auch bezahlbar ist.

Irgendwo muss diese Energie aber herkommen.

Und gerade dies war während der Energiekrise die Kernfrage der Versorgungssicherheit und letztendlich auch der Preisstabilität, die auch ein zentrales Thema bei den von Ihnen initiierten Energiepipfeln war.

Deshalb noch einmal nachgefragt:

Sie haben sich weder als Aufsichtsratsvorsitzender der DEW21 noch als Oberbürgermeister für die Frage des Weges und der Konditionen der Energiebeschaffung durch DSW21 interessiert, obwohl dies zur Gewährleistung von Versorgungssicherheit und Preisstabilität von zentraler Bedeutung gewesen ist?“

zu TOP 9.6 Barzahlung bei DSW21 bewahren

Beschluss
37467-25

Der Rat der Stadt beschloss unter TOP 1.3 – Feststellung der Tagesordnung – die Nichtbefassung mit diesem Antrag.

zu TOP 9.7 Messe JAGD & HUND

Beschluss
37470-25

zu TOP 9.7.1 Messe JAGD & HUND

37470-25/1
Beschluss

Beschluss:

Der Rat der Stadt lehnt den Antrag mit Mehrheit gegen die Stimmen Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Partei ab.

Antrag:

„...die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bittet um Beratung und Beschlussfassung des folgenden Antrags:

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Dortmund weist die Gesellschafterversammlung der Westfalenhallen Dortmund Unternehmensgruppe an, auf die Geschäftsführung einzuwirken, dass künftig auf alle verkauften Tickets der Messe JAGD & HUND eine sogenannte Artenschutzgebühr in Höhe von 10 Euro erhoben wird. Die entsprechenden Einnahmen sollen Artenschutz-Projekte unterstützen, um bedrohte Tierarten zu schützen.

Begründung:

Viele sehen das Angebot von Jagdreisen auf bedrohte Tierarten auf der Messe weiterhin äußerst kritisch. Die vorgeschlagene Gebühr soll deshalb einen konkreten Beitrag zum Schutz vom Aussterben bedrohter Tierarten leisten und das Bewusstsein für deren Gefährdung schärfen.

Auf der Jagdmesse werden Jagdreisen und Abschüsse auf vom Aussterben bedrohte Tierarten wie Elefanten, Nashörner, Leoparden und Löwen angeboten. Dies führte in der Vergangenheit immer wieder zu Protesten. 2023 musste die Messe zugeben, dass illegale Angebote auf der Jagdmesse durch die Organisation ProWildlife entdeckt wurden (vgl. RuhrNachrichten vom 26.01.2023, <https://www.ruhrnachrichten.de/dortmund/trophaeenjagden-bei-der-jagd-und-hund-westfalenhallen-berichten-ueber-ergebnis-der-kontrollen-w687839-2000728574/>).

Die Einführung einer Artenschutz-Gebühr wäre ein wichtiger Schritt, um dem Erhalt bedrohter Tierarten Rechnung zu tragen. Ähnliche Modelle, wie der Artenschutz-Euro in Zoos wie dem Dortmunder, haben sich bereits bewährt. Mit jährlich rund 80.000 Besucher*innen könnte die Messe durch diese Initiative rund 800.000 Euro jährlich für den Tierschutz generieren. Angesichts der durchschnittlichen Ausgaben von 720 Euro pro Besucher*in, wie von den Westfalenhallen selbst angegeben (<https://digital.messe-dortmund.com/jagd-und-hund/salesfolder-hund/zahlen-und-fakten>), wäre der zusätzliche Beitrag gering.

Viele Jagdfarmen grenzen direkt an Schutzgebiete oder Nationalparks und profitieren dadurch von deren Artenreichtum, denn geschützt sind die Tiere nur, solange sie sich in den Grenzen der Schutzgebiete aufhalten. Sobald sie die Grenze zum Jagdgebiet überschreiten, können sie geschossen werden. Häufig wird daher versucht, die Tiere aus den Schutzgebieten zu locken. Aufgrund von Abschüssen freiwerdende Territorien in den Jagdgebieten werden von Tieren aus Schutzgebieten am Rande dieser

Jagdgebiete besiedelt, nur um kurz darauf selbst getötet zu werden. Wissenschaftlich wird dies als "vacuum effect" (Staubsauger-Effekt) bezeichnet. Somit machen die Schutzgebiete und Nationalparks die wichtige Artenschutzarbeit, die von den Trophäenjagdbetreibern kapitalisiert und gleichzeitig untergraben wird. Die Einnahmen durch eine entsprechende Artenschutz-Gebühr könnten gezielt zum verbesserten Schutz von Nationalparks und Schutzgebieten eingesetzt werden.“

Wortbeiträge:

Rm Lögering (B'90/Die Grünen) spricht sich wie auch Tierschutzorganisationen, hundertausende Menschen in einer Petition gegen Trophäenjagden aus. Unter den Bundesbürger*innen lehnten 89 % die Einfuhr von Jagdtrophäen ab. Dennoch sei die Bundesrepublik weltweit auf Platz 2 bei der Einfuhr solcher Trophäen. Dies steht nicht im Einklang mit Natur- und Artenschutz sowie Armutsbekämpfung. Vor diesem Hintergrund sei auch die Ethikkommission 2022 diskutiert und später gegründet worden. Eine politische Entscheidung nach moralischer Abwägung sei nötig, die Fakten lägen auf dem Tisch. Daher nun der neue Vorschlag denn wer jährlich hunderte Euro für Jagdequipment ausgibt, kann sich auch am Artenschutz beteiligen.

Rm Seitz (AfD) berichtet aus seiner Erfahrung im Messebau. Jagd & Hund sei eine der bedeutendsten Messen zum Thema in Europa. Die Gebühr wäre laut des Rm ein Schlag gegen den Messestandort, Dortmunds Bedeutung im Messebereich sei auch rückläufig. Eine Gebühr von 10 € wäre ideologisch, wenngleich Tierschutz ein gutes Anliegen sei, ist es aber nicht das Hauptthema von Jagd & Hund. Rm Seitz meint, Rm Lögering kenne das Rahmenprogramm der Messe vermutlich nicht und wünscht, dass Auswirkungen auf Handel, Gastronomie und Hotels berücksichtigt werden. Der Antrag zeuge von mangelndem Sinn für Marktwirtschaft. Stattdessen fordert er, Dortmund wieder zu einem attraktiven Messestandort zu machen, die beträfe auch die Infrastruktur von Anreise vom Flughafen bis zur LKW-Maut.

Rm Waßmann (CDU) lehnt den Antrag ab. Es handelt sich aus seiner Sicht um ein Unternehmen welches am Markt im Wettbewerb stehe. Daher sei der Antrag lediglich eine Preiserhöhung, die der Rat nicht beschließen könne, da ins operative Geschäft eingegriffen werde. Diese 10 € wären umsatzsteuerpflichtig und müssten um Steuern etc. bereinigt werden. Die Messe biete ein breites Spektrum und nicht nur Trophäenjagden. Aus Sicht des Rm handelt es um einen erneuten Versuch, diese Messe zu beschädigen. Dabei habe sich der Standort gerade nach Corona hervorragend erholt und zeigt gute Geschäftsergebnisse.

Rm Kauch (FDP/BL) hielte es für ehrlich, wenn B'90/Die Grünen sagen würden, sie möchten diese Messe nicht in Dortmund. Die Artenschutzabgabe auf jedes Ticket mache aus seiner Sicht keinen Sinn, wenn die Einnahmen –vermutlich– vorrangig für afrikanische Nationalparks eingezahlt werden soll, die Messe sich aber gar nicht maßgeblich mit Trophäenjagdreisen beschäftigt. Dann könne auch die Frage gestellt werden, warum keine Abgabe für den heimischen Naturschutz erhoben werde.

Rm Schlienkamp lehnt für die SPD-Fraktion den Antrag ab. In der Messe stecke auch das Thema „Hund“ und es würden –wie er selbst– auch Hundebesitzer*innen die Messe besuchen, die kein Interesse an der Jagd haben, Angler*innen wären davon auch betroffen. Auch rechtlich sieht seine Fraktion die Erhebung der Gebühr durch die Westfalenhallen als problematisch an. Und selbst wenn dies zulässig wäre und diese Einnahmen gespendet werden sollen, gäbe es einschränkende Rahmenbedingungen. Schwerwiegend wäre auch, wenn der Rat sich in das Produkt und dessen Preisgestaltung einmische. Dies geschehe bei anderen Beteiligungen ebenfalls nicht, sondern erfolge durch die dort dafür Verantwortlichen.

Rm Kowalewski (Die Linke+) sieht sich dem Rm Lögering inhaltlich nicht fern. Allerdings seien die Tierschützer*innen in seiner Fraktion über den Antrag empört, stellt dieser doch eine Art Feigenblatt dar. So werde bei den an Jagdreisen Teilnehmenden das Gefühl erzeugt, sie hätten mit den 10 € einen Beitrag zum Artenschutz geleistet. Damit werden letztendlich Jagdreisen eher rechtfertigt. Darum stimme seine Fraktion dem Antrag nicht zu, wenngleich sie inhaltlich den Artenschutz absolut unterstütze. Hier hätte sich seine Fraktion auch eine Befragung der Ethikkommission gewünscht.

Rm Seitz meint in Richtung des Rm Kowalewski, es gehe bei der Messe ja nicht nur um die Jagd sondern um die Haltung, Pflege und Urlaub von und mit Haustieren.

zu TOP 10 Personal, Organisation, Digitalisierung, Bürgerdienste und öffentliche Ordnung

zu TOP 10.1 Sachstandsbericht Ermittlungsdienst Abfall

Kenntnisnahme
36456-24

Beschluss:

Der Rat nimmt den Sachstandsbericht zum Ermittlungsdienst Abfall (EDA) zur Kenntnis.

zu TOP 10.1.1 Sachstandsbericht Ermittlungsdienst Abfall

36456-24/2
Beschluss

Beschluss:

Der Rat nimmt den im Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden (ABÖOAB) beschlossenen Prüfauftrag zur Kenntnis.

zu TOP 10.2 Konzeption und Realisation einer Corporate Identity und eines Corporate Designs für die Stadtverwaltung

Beschluss
37153-24

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt einstimmig bei Enthaltung der Fraktionen Die Linke+, AfD, FDP/Bürgerliste, Die Partei sowie des Rm Deyda den Zusatz-/Ergänzungsantrag (*kursiv/unterstrichen*) der CDU-Fraktion.

Der Rat der Stadt fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke+, AfD, FDP/Bürgerliste, Volt und Vielfalt bei Enthaltung der Fraktion Die Partei sowie Enthaltung des Rm De Marco (SPD) und des Rm Deyda folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Dortmund beschließt das vorliegende neue Design Rahmenkonzept inkl. Logo für die Stadtverwaltung und beauftragt die Verwaltung

- a) **daraus ein Corporate Design Handbuch zu erstellen, welches ab Fertigstellung als Handlungsleitlinie für die gesamte Öffentlichkeitsarbeit der Stadtverwaltung verpflichtend genutzt werden soll,**
- b) **basierend auf dem neuen Design Rahmenkonzept eine einheitliche Corporate Identity für die Stadtverwaltung zu entwickeln sowie**
- c) **regelmäßig halbjährlich einen Sachstandsbericht über die Implementierung des Corporate Identity und Corporate Design-Prozesses vorzulegen.**

Das finale (in Buchstabe a genannte) Handbuch ist dem Rat zum Beschluss vorzulegen.

Wortbeiträge:

Rm Kauch (FDP/BL) dankt für gute Arbeit und die Beteiligung des Rates. Dem Logo werde seine Fraktion jedoch nicht zustimmen. Die Fraktionen haben im Vorfeld mehrheitlich diese Variante ausgewählt. Das Design greife auf die siebziger Jahre zurück und seine Fraktion sei der Meinung, dies passe nicht zu einem Konzept der Zukunft in Sachen Kommunikation. Der andere Entwurf wäre moderner gewesen.

Rm Nienhoff (CDU) steht in Sachen Außenwirkung vor einem zukunftsweisenden Schritt hinsichtlich der Positionierung. Dies könne auch mit Anlehnung an der Vergangenheit funktionieren und die Menschen

erhielten eine Orientierung. Der Verwaltung spricht das Rm ebenfalls seinen Dank aus. Die Außenwirkung werde vereinheitlicht und Dortmund im Wettbewerb kenntlich gemacht. Rm Nienhoff stellt den Antrag, dass finale Handbuch möge dem Rat zum Beschluss vorgelegt werden. Besonderen Wert legt seine Fraktion dabei auf die Definition der Verwendung der dargestellten Sonderversion. Die Anpassungsfähigkeit und Dynamik Dortmunds soll mit dem neuen Design über die Stadt- und Landesgrenzen hinaus sichtbar werden.

Rm Djiné (B`90/Die Grünen) dankt ebenfalls allen beteiligten an diesem breit angelegten Prozess. Mit dem Design wird die Marke Dortmund und deren Außenwirkung gestärkt.

Rm Ixkes-Henkemeier (SPD) schließt sich an den Dank für einen vorbildlichen Prozess an. Die Ursache für die in den Medien geäußerte Kritik vermutet das Rm darin, dass die farbige Version nicht vorgestellt wurde. Im Prozess seien die Begriffe Tradition und Wandel häufiger gefallen. Daher passe das Ergebnis,

Rm Kowalewski (Die Linke+) äußert Einverständnis seiner Fraktion mit dem Prozess und dem Ergebnis. Den Austausch des Schriftsatzes kurz vor Ende lehnt das Rm ab, da hier die Barrierefreiheit verloren ging und z.B. Menschen mit Legasthenie oder Menschen mit einer anderen Muttersprache Schwierigkeiten haben werden. Daher wird die Fraktion Die Linke+ die Vorlage ablehnen.

Rm Bohnhof (AfD) verortet den Entwurf in den siebziger oder achtziger Jahren und meint, solch einen Entwurf auch selbst erstellen zu können, ohne dass eine Agentur dafür bezahlt werden muss.

Rm Joest (VuV) lehnt die Vorlage ebenfalls ab. Als Grund nennt das Rm zu viel Retro und zu wenig Zukunft. Die vorgesehene Schriftart führe auch dazu, dass diese ggf. nicht überall verfügbar ist und Hilfslösungen genutzt würden.

Rm Seitz (AfD) verweist darauf, Mediengestalter*innen auszubilden. Beim Thema Reprofähigkeit gelte beim Corporate Identity der Grundsatz einer langfristigen und zeitlosen Außenwirkung, wie das aktuelle Logo. Farben der zweiten und dritten Ordnung wirken im Gegensatz zu den Grundfarben nach einiger Zeit als veraltet und dann muss erneut Geld für die Neugestaltung der Außenwirkung ausgegeben werden.

zu TOP 10.3 Satzung der Stadt Dortmund über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung/ Fleischhygiene außerhalb von Großbetrieben

Beschluss
37122-25

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst einstimmig bei Enthaltung des Rm Deyda folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Dortmund beschließt den anliegenden Entwurf als Satzung der Stadt Dortmund über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung/ Fleischhygiene außerhalb von Großbetrieben.

zu TOP 10.4 -abgesetzt- Attraktivitätssteigerung Dortmunder Wochenmärkte - Aufhebung des Beschlusses | Lag zur Sitzung am 12.12.24 (TOP 10.4) vor.

Beschluss
36805-24

Der Rat der Stadt setzt den Tagesordnungspunkt unter 1.3 - Feststellung der Tagesordnung - ab.

zu TOP 10.5 Rettungsdienstbedarfsplan 2024 | Lag zur Sitzung am 12.12.24 (TOP 10.6) vor.

Beschluss
35990-24



Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Dortmund

- 1) beschließt den Rettungsdienstbedarfsplan 2024,
- 2) beauftragt die Verwaltung mit der Bildung einer Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Ratsfraktionen zur Konkretisierung einer Umsetzungsplanung inkl. Etatisierung der noch nicht finanzierten investiven Maßnahmen des Rettungsdienstbedarfsplanes ab dem Jahr 2027 und anschließender Beschlussfassung bis Dezember 2025,
- 3) nimmt zur Kenntnis, dass der Feuerwehr für die Umsetzung des Brandschutz- und Rettungsdienstbedarfsplans, als Sofortmaßnahme, vorläufig ein jährliches Budget i.H.v. 3,5 Mio. Euro für die Haushaltsjahre 2025 ff. im Rahmen der Haushaltsplanung zur Verfügung gestellt werden soll,
- 4) beschließt die Einrichtung der im Rettungsdienstbedarfsplan genannten Planstellen und damit die entsprechende Veränderung der Stellenpläne 2025 ff, davon
 - a) 18 Planstellen im Jahr 2025
 - b) 10 Planstellen im Jahr 2026
 - c) 8 Planstellen im Jahr 2027
 - d) 9 Planstellen im Jahr 2028
 - e) 4 Planstellen im Jahr 2029
- 5) sowie die Besetzung der Stellen im Vorgriff auf den Stellenplan 2026,
- 6) ermächtigt die Verwaltung zur Umsetzung der Maßnahmen des Rettungsdienstbedarfsplans,
 - a) insbesondere zur Durchführung der sich aus den Maßnahmen ergebenden notwendigen Vergabeverfahren durch das Vergabe- und Beschaffungszentrum,
 - b) sowie den Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot zu erteilen.
- 7) Darüber hinaus nimmt der Rat der Stadt Dortmund die in Anlage 5 dargestellten Immobilienbedarfe der Feuerwehr zur Kenntnis und beschließt, die Verwaltung mit der Erstellung eines Umsetzungskonzeptes für die geforderten Hochbaumaßnahmen zu beauftragen.

zu TOP 10.6 Brandschutzbedarfsplan 2024 | Lag zur Sitzung am 12.12.24 (TOP 10.7) vor.

Beschluss

35989-24

Beschluss:

Der Rat der Stadt folgt der Empfehlung des Ausschusses für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden (ABÖOAB) und fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion folgenden ergänzten (*kursiv, unterstrichen*) Beschluss:

Der Rat der Stadt Dortmund

- 1) nimmt den Brandschutzbedarfsplan 2024 zur Kenntnis,
- 2) beauftragt die Verwaltung mit der Bildung einer Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Ratsfraktionen zur Konkretisierung einer Umsetzungsplanung inkl. Etatisierung der noch nicht finanzierten Maßnahmen des Brandschutzbedarfsplanes ab dem Jahr 2027 und anschließender Beschlussfassung bis Dezember 2025,
- 3) nimmt zur Kenntnis, dass der Feuerwehr für die Umsetzung des Brandschutz- und Rettungsdienstbedarfsplans, als Sofortmaßnahme, vorläufig ein jährliches Budget i.H.v. 3,5 Mio. Euro für die Haushaltsjahre 2025 ff. im Rahmen der Haushaltsplanung zur Verfügung gestellt werden soll,
- 4) beschließt als Sofortmaßnahmen die Einrichtung von folgenden Planstellen und die damit verbundenen Veränderungen des Stellenplans 2025 ff.

- a) 22 VZÄ für die Umsetzung des Personalfaktors im Jahr 2025
 - b) 2 VZÄ in der Rettungsdienstgebührenstelle (100% refinanziert) im Jahr 2025
 - c) 13 VZÄ in der Leitstelle der Feuerwehr Dortmund (2x 24h- Funktionen und 2 VZÄ im Tagesdienst) im Jahr 2026
- 5) sowie die Besetzung der Stellen im vierten Quartal 2025 im Vorgriff auf den Stellenplan 2026,
- 6) ermächtigt die Verwaltung zur Umsetzung der Maßnahmen des Brandschutzbedarfsplans,
- c) insbesondere zur Durchführung der sich aus den Maßnahmen ergebenden notwendigen Vergabeverfahren durch das Vergabe- und Beschaffungszentrum,
 - d) sowie den Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot zu erteilen.
- 7) Der Rat der Stadt Dortmund nimmt darüber hinaus die in Anlage 2 dargestellten Immobilienbedarfe der Feuerwehr zur Kenntnis und beschließt, die Verwaltung mit der Erstellung eines Umsetzungskonzeptes für die geforderten Hochbaumaßnahmen zu beauftragen.

Der SPD-Antrag zu Vorlage-Nr.: 35972-24/12 wird zur weiteren Bearbeitung in die Arbeitsgruppen aus Nr. 2 gegeben.

Wortbeitrag:

Rm Kauch (FDP/BL) zeigt sich erfreut darüber, dass nach sieben Jahren der Rechtswidrigkeit nun durch Haushaltsbegleitbeschlüsse ein Brandschutzbedarfsplan beschlossen wird. Dies zeige, dass die Arbeit im Rat die Verwaltung zum Umdenken führen könne. Seine Fraktion werde sich aber enthalten, da der Personalfaktor zu hoch ausfällt. Die hohe Anrechnung von Krankenständen kann nicht hingenommen werden, zumal die Feuerwehr aus Sicht seiner Fraktion nicht genügend gegen die Krankenstände tue.

zu TOP 10.7 Sonderstab Ordnung und Stadtleben – Fortschreibung des Konzeptes zum Umgang mit den Auswirkungen von Drogenkonsum und Obdachlosigkeit auf die Stadt und Stadtgesellschaft | Lag zur Sitzung am 12.12.24 (TOP 10.10) vor.

Beschluss
35733-24

Beschluss:

Der Rat folgt der Empfehlung des Ausschusses für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden (ABöOAB) und fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen CDU, AfD und Fraktion FDP/Bürgerliste sowie gegen die Stimme des Rm Deyda folgenden geänderten (*kursiv, unterstrichen*) Beschluss:

Die Punkte 1, 2a und 2b werden gestrichen und durch den Beschluss des gemeinsamen Zusatz-/Ergänzungsantrags (10.7.1; 35733-24/3) modifiziert:

2. Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung insbesondere folgende Maßnahmen prioritär umzusetzen:
 - c) das Konzept zur Erweiterung des Aufenthaltsangebotes für Obdachlose vorerst für drei Jahre umzusetzen, hierfür geeignete Einrichtungen auf den Flächen „Hauptbahnhof Nord“ und „Gronaustraße/Lütgenholz“ zur Verfügung zu stellen und jährlich zu evaluieren.
3. Der Rat der Stadt Dortmund beschließt die Berücksichtigung der finanziellen Auswirkungen für die unter Punkt 1 und 2 beschlossenen Maßnahmen im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2025/2026 ff.

Weiterhin wird der Beschluss durch die geänderte Beschlussfassung zum Zusatz-/Ergänzungsantrag unter TOP 10.7.5 (35733-24/3) ergänzt.

Der Rat beschließt einstimmig den Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Beratung.

Wortbeiträge:

Rm Neumann-Lieven (SPD) dankt den Mitarbeitenden im Drogenkonsumraum am Grafenhof. Dieser Raum habe sich dort etabliert und leistet gute Arbeit. Der Drogenkonsumraum und die Menschen vor Ort wurden durch den zunehmenden Crack-Konsum an ihre Belastungsgrenzen gebracht. Folge ist, dass der zu kleine Raum vermehrt den Konsum auf die Straße verlagere. Die Politik hat die Verwaltung mit der Suche eines größeren Konsumraums sowie der Lokalisierung zwei Konsumorte beauftragt, die zur Prüfung vorzulegen sind. Die Ergebnisse haben zu Verunsicherung des jeweiligen Umfelds dieser Vorschläge geführt. Diese Bedenken und Sorgen wurden kommuniziert und diskutiert. Es folgte ein weiterer intensiver Austausch mit allen Beteiligten. Ziel ist ein akzeptables Ergebnis aufbauend auf dem aktuellen Hilfenetz. Unumgänglich ist dabei die Standortsuche, der Rat muss sich dieser Verantwortung stellen. Daher muss der Prozess mit der Suche für zwei Drogenkonsumräume und zwei Drogenkonsumorte erneut aufgegriffen werden. Die Beteiligung der Menschen vor Ort ist zwingend, deren Sorgen müssen einfließen. Ziel muss es sein, Suchtkranken zu helfen und damit alle Menschen in der Innenstadt entlasten. Die unangenehmen öffentlichen Begleiterscheinungen sollen aufgelöst werden. Davon profitieren alle Beteiligten.

Rm Dr. Suck (CDU) sieht große Gegensätze, da seine Fraktion mit den heute vermutlich getroffenen Entscheidungen aus ordnungspolitischen Gründen nicht einverstanden ist. Die danach aufzubauende Infrastruktur nütze allein den Abhängigen und Dealenden. Vorrangiges Ziel müsse es sein, dass Konsum und Handel in Dortmund, besonders in der Innenstadt, nicht stattfinden. Mit dem gemeinsamen Antrag von SPD und B'90/Die Grünen den Standort Grafenhof betreffend wende sich die SPD-Fraktion vom im Februar 2024 gefassten Grundsatzbeschluss ab und wünsche nun die Einrichtung eines zweiten Konsumraums. Dabei müsse es darum gehen, Innenstadt attraktiver zu gestalten und nicht ein Hotspot für Konsumierende. Der Verzicht auf eine Wohnsitzauflage ziehe aus Sicht dem Rm zusätzlich Suchtkranke aus dem Umland an. Außer den Zusatz-/Ergänzungsanträgen seiner Fraktion lehnt die CDU-Fraktion alle Anträge sowie die Vorlage in der Fassung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften (AFBL) ab.

Rm Dr. Neumann (B'90/Die Grünen) hält es für sehr einfach, alle Anträge abzulehnen, eigene Anträge fachfremd stellen und behaupten, der Antrag von B'90/Die Grünen und SPD mache die Innenstadt zu einem Paradies für Süchtige. Dies werde aber der Situation nicht gerecht. Denn die City benötigt eine Lösung, denn mit dem Grafenhof allein sei die Lage nicht zu lösen, Unzufriedenheit existiere von allen Seiten. Die Kapazität reiche nicht, also ist nicht der Rückbau von Angeboten, sondern mehr Hilfe nötig. Und zwar dort, wo die Hilfe ankommt, also in der City. Außerhalb der City wie z.B. in Köln, so das Rm, funktioniere ein Konsumraum nicht. Der Grafenhof hingegen ist etabliert, akzeptiert und funktioniert im Rahmen seiner Kapazität. Und nicht die Nutzer*innen verursachen Probleme, sondern die Menschen, die keinen Zugang haben. Kleinere Maßnahmen sorgten für leichte Verbesserung. Zugleich muss das Angebot auch um einen zweiten Standort erweitert werden um Entlastung zu schaffen. Dies erweitere die Möglichkeiten bei der Suche, da kleinere Räume in die Suche eingeschlossen werden können und es werden von Beginn an die Interessen Aller berücksichtigt. Der gemeinsame Antrag (10.7.1; 35733-24/3) bringe Bewegung in die verhärtete Lage und es gab, auch von den Schulen, positive Rückmeldungen. Die Diskussionen waren teilweise sehr konstruktiv und auch IHK und City hätten sich ebenfalls verhalten positiv geäußert.

Rm Worth (SPD) zeigt sich über die Aussage des Rm Dr. Suck irritiert. Denn kein Antrag manifestiere den Standort Grafenhof, sondern er werde nur als ein möglicher Ort in die Prüfung aufgenommen. Inhaltlich zeigten die Gespräche mit den Akteur*innen der Drogenhilfe, dass das Platzangebot nicht nur für den eigentlichen Konsum nicht ausreichend ist sondern auch Bereiche für Ruhe und Entspannung, aber auch zur Nutzung von Beratungsangeboten fehlten. Daher ist es sinnvoll, zwei Drogenkonsumräume vorzuhalten. Die Suche nach zwei etwas kleineren Räumlichkeiten sei einfacher als nach einer größeren Liegenschaft. Damit sei ohne Einschränkung von Hilfen mittels differenzierter Öffnungszeiten der Besucher*innenstrom besser steuerbar. Der Antrag gehe aber auch über die Prüfung von Räumen hinaus. So zeige der Tod mehrerer Obdachloser, dass die Schaffung von weiteren Übernachtungsmöglichkeiten dringend geboten.

Rm Dr. Goll (CDU) nimmt Bezug auf den von der Verwaltung vorgeschlagenen Standort K pferstra e, den ihre Fraktion ablehnt. Im gemeinsamen Antrag von SPD und B'90/Die Grünen gibt es keine politische Positionierung der beiden Fraktionen zu diesem Standort. So solle nun neben anderen Dinge auch diese Option weiter gepr uft werden. Dies impliziert aber eine grundsätzliche Eignung, sonst wäre die Prüfung überflüssig. Ihre Fraktion habe die Menschen –Schüler*innen, Eltern, Lehrer*innen und Anwohner*innen– im Vorfeld befragt, die Positionen seien einhellig gewesen. Rm Dr. Goll verweist auf die Unterschriftensammlung und Demonstration dazu. So äußerten Kinder Angst vor Süchtigen und Eltern sagten, Kinder gingen deshalb nicht alle zur Schule. Lehrkräfte sehen Herausforderungen für die Drogenprävention, wenn die Szene sich in Sichtweite der Schule bewege. Die Verwaltung habe zwar die Abschottung des Standortes zugesichert, dies betreffen aber nur die Räumlichkeiten, die Wege nutzen aber Dealer*innen, Abhängige und Schüler*innen. Aus Sicht ihrer Fraktion ist der Standort nicht geeignet, eine weitere Prüfung ist nicht notwendig, die Sicht der Anwohner*innen ist bekannt. Folglich ist von Rat Verantwortung zu übernehmen und eine politische Entscheidung zu treffen. Eine monatelange H ngepartie wäre nicht zielführend.

**Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Rates am 27.03.2025
Zu TOP 1.4 Genehmigung der Niederschrift vom 13.02.25**

„Die Niederschrift über die 31. Sitzung des Rates der Stadt Dortmund am 13.02.25 wird mit folgenden Ergänzungen und Änderungen einstimmig genehmigt:

...

Der Satz sieben des Wortbeitrags des Rm Dr. Goll auf Seite 78 wird folgendermaßen geändert (*kursiv/unterstrichen*):

„... So äußerten Kinder Angst vor Süchtigen und Eltern sagten, Kinder gingen deshalb nicht alle in zur Schule...“

Wortbeiträge:

...

Rm Dr. Goll (CDU) macht auf einen sinnentstellenden Tippfehler in einem ihrer Wortbeiträge aufmerksam und bittet um Korrektur.“

Rm Beckmann (B'90/Die Grünen) kündigt die Zustimmung zur Verwaltungsvorlage, geändert durch den gemeinsamen Zusatz-/Ergänzungsantrag (10.7.1; 35733-24/3) an. Dies gelte auch für den Antrag der Fraktion Die Linke+ (10.7.5; 35733-24/6) unter Berücksichtigung der im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit (ASAG) vorgenommenen Änderungen. Die anderen Anträge werden abgelehnt. Inhaltlich widerspricht er der Aussage, die Wohnsitzauflage sei gescheitert und die Ziele, Drogenkonsum in der Öffentlichkeit und Verunreinigung zu reduzieren, seien nicht erreicht worden. Für die Aussage fordert das Rm Belege. Solche Aussagen können nur auf mangelnder fachlicher Auseinandersetzung beruhen. Zur Gr o enordnung auswärtiger Nutzer*innen führt das Rm aus, dass im Schnitt 45 von 180 Nutzenden des Drogenkonsumraums nicht aus Dortmund kommen. Und 30 dieser 45 Personen haben bereits vorher im Café Kick konsumiert und sich in Dortmund aufgehalten, obwohl kein Zutritt zum Drogenkonsumraum bestand. Bei Reaktivierung der Wohnsitzauflage wäre ein Rückfall darauf zu erwarten und im Saldo würden wieder mehr Drogenabhängige in der Öffentlichkeit konsumieren. Dies ist keine Entlastung der Innenstadt. Auch in der WDR-Diskussion habe der Einzelhandel die Aussetzung der Wohnsitzauflage begr u t. Die Beschränkung würde auf abhängige Dortmunder*innen treffen, die ohne Wohnsitz sind und wegen psychosozialer Problemlagen nicht über Ausweisdokumente verfügen. Dies gilt auch für die Verkürzung der Öffnungszeiten. Diese Maßnahme würde für mehr Konsum in der Öffentlichkeit führen. Auch führen vorgeschlagene Abstandsregeln von einem Kilometer dazu, dass im Stadtgebiet nur noch minimale Bereiche in Betracht kommen, die dann wiederum kaum erreichbar sind. Dabei müssen Konsumr ume gut für die Zielgruppe erreichbar sein, sonst verfehlen sie ihren Zweck. Die Kritik am Standort K pferstra e nimmt seine Fraktion ernst. Dennoch gilt es, den Standort Grafenhof zu entlasten. Daher müsse weiter konstruktiv an einer guten Lösung, auch wenn klar ist, dass nicht alle zufrieden sein werden, gearbeitet werden.

Rm Perlick erklärt, die AfD-Fraktion werde den eigenen und den CDU-Anträgen zustimmen. Alle anderen Anträge und die Verwaltungsvorlage werden hingegen abgelehnt. Die Suche nach weiteren Standorten unter Beibehaltung des Grafenhofs sei nach 1,5 Jahren Diskussion nicht akzeptabel. Zum Standort Küpferstraße zieht das Rm einen Vergleich von der Spritze von Heroinabhängigen zur Impfung gegen das Coronavirus. Mehr Öffnungszeiten, so habe es die Verwaltung im ASAG im Oktober dargestellt, bedeute auch mehr Konsumvorgänge und diese Menschen blieben dann nicht im Drogenkonsumraum, sondern bewegten sich unter Drogeneinfluss in der Öffentlichkeit. Seine Fraktion möchte das Hilfesystem durchbrechen. Ein Drogenkonsumraum sei eine freiwillige Leistung und funktioniere aus Sicht des Rm nicht. Auch gebe es trotz Diskussionen keine Lösung, die Innenstadt entwickle sich negativ. Der Schwerpunkt müsse von den Abhängigen hin zu den von den Auswirkungen der Abhängigkeit Betroffenen verschoben werden.

Rm Karacakurtoglu (Die Linke+) sieht den Rat in der Verantwortung für alle Menschen in der Stadt. Diese Verantwortung finde nicht ihre Grenzen in gesellschaftlicher Akzeptanz oder persönlichen Befindlichkeiten. Vielmehr gilt sie auch für Menschen die der Hilfe bedürfen. Der Standort Grafenhof ist etabliert und es gelte, mit den Schwierigkeiten umzugehen. Beschwerden gelte es ernst zu nehmen. Dafür dürfen aber die anderen Probleme nicht vergessen werden. Daher sei die Entzerrung der Situation mit entsprechenden Maßnahmen der Weg. Auch sei es wenig sinnvoll, ein Problem an einen anderen Ort zu verschieben, sondern die Ursachen zu bekämpfen. Im Kern muss der Standort erhalten und professionell unterstützt werden. Nur so ist der Zugang zu Suchkranken möglich, um Hilfestellung zur dauerhaften Verbesserung der Situation zu erreichen. Neben der Erweiterung des Angebots müssen weitere Konzepte aufgenommen werden. Eine allgemeine Verlagerung an die Bornstraße lehnt die Fraktion Die Linke+ ab. Sinnvoll wäre hingegen, wenn für von der Beschaffungsprostitution betroffene Frauen an der Bornstraße eine Möglichkeit geschaffen würde. Diese Gruppe gilt es zusätzlich vor Ausbeutung und Gewalt zu schützen. Auch gelte es, Übernachtungsmöglichkeiten für Suchtkranke ohne Obdach zu schaffen um sie vor dem Tod zu bewahren.

Rm Kauch (FDP/BL) zitiert aus dem Antrag von SPD und B'90/Die Grünen „...Hierbei ist der bereits existierende Drogenkonsumraum am Grafenhof in seiner ursprünglich vorgesehenen Kapazität prioritär zu berücksichtigen.“. Darüber werde heute abgestimmt. Damit sei der Antrag als Kapitulation der Innenstadt zu werten. Die von Rm Dr. Neumann aufgezählten positiven Positionierungen sieht das Rm Kauch so nicht. Er bekomme auch andere Rückmeldungen. Ihm stelle sich die Frage, warum die SPD-Fraktion ihre Position zum Drogenkonsumraum innerhalb des Wallrings grundlegend geändert hat. Seine Theorie ist, dass es hier um Machtspiel und Mehrheiten zulasten von Handel und Gastronomie gehe.

Rm Lemke (Die Linke+) antwortet Rm Kauch, Suchtkranke konsumierten dort, wo sie sich gerade aufhalten. Die sei typischerweise die Innenstadt, folglich nutzen sie den dortigen Raum. Existiere dieser nicht, konsumierten sie auf der Straße. Auf das Thema Obdachlosigkeit möchte das Rm genauer eingehen, da es oft mit Sucht verbunden ist. Denn Sucht führe zum Wohnungsverlust und Leben auf der Straße sei ohne gelegentliche Betäubung vermutlich kaum aushaltbar. Doch die Vermischung der Themen sorgt für eine Verzögerung hinsichtlich der ebenfalls in der Vorlage enthaltenen Übernachtungsmöglichkeiten. Auch in diesem Winter sind in Dortmund fünf Menschen erfroren. Die Zustände in der Übernachtungsstelle an der Unionstraße seien so schwierig, dass Menschen sich zur Übernachtung auf der Straße entschließen. Nun sollen niedrigschwellige Übernachtungsmöglichkeiten –hoffentlich möglichst bald– geschaffen werden. Das Hilfesystem gelte es zu erweitern. Diese Möglichkeiten in der Nordstadt zu schaffen sehe ihre Fraktion als problematisch an, da nicht weitere soziale Probleme in den Stadtteil verlagert werden soll. Dennoch werde die Fraktion, denn es gehe um das Überleben, der Vorlage zustimmen. Auch könnten bei einer Containerlösung diese auch nachträglich in andere Stadtteile verlagert werden. Zu Hauptbahnhofgestaltung verlangt das Rm, es dürfen keine Überdachungen etc. entfernt werden, um noch abweisender zu wirken. Die Architektur solle vielmehr einladen sein, mit Sitzmöglichkeiten, um auch Bahnreisende anzusprechen.

Rm Ixkes-Henkemeier (SPD) sieht die Aufgabe des Rates darin, im Sinne aller hier lebenden Menschen und für die zukünftigen Generationen Entscheidungen zu treffen. Die Wiederholung der Worte des Cityring-Vorsitzenden macht diese Erzählung nicht wahrer. Drogenkranke Menschen bedürfen genauso

unsere Aufmerksamkeit wie alle anderen Menschen in der Stadt Nach der Beauftragung der Verwaltung durch den Rat, Vorschläge zur Entlastung des Drogenkonsumraumes am Grafenhof zu suchen, sieht das Rm bei der CDU-Fraktion einen Ausstiegswillen mittels eines kompromisslosen Antrags. Der Vorschlag für die Treibstraße beachte jedoch weder die Besitzverhältnisse oder eine sinnvolle Umsetzungsmöglichkeit, noch werde die Lage außerhalb der Innenstadt noch das Umfeld berücksichtigt. In zahlreichen Gesprächen ihrer Fraktion haben Menschen Ängste geäußert. Dies sei wichtig um zu einer verträglichen und nachhaltigen Lösung zu gelangen, auch wenn die wahrscheinlich nicht perfekt sein wird. Demokratische Verantwortung bedeute eine Lösung zum Wohle aller Dortmunder*innen. Der gemeinsame Antrag ist ein Kompromiss. Ziel sei zunächst, zielgerichtet zu prüfen, um Klarheit für Entscheidungen zu erhalten. Von der CDU-Fraktion wünscht das Rm die Beteiligung an einem gangbaren Weg der demokratischen Mitte. Für das Wohl aller Menschen müsse abgewogen werden. Nicht allen Menschen werde dies gefallen, denn kranke und bzw. drogenkranke Menschen sind natürlich eine Belastung.

Rm Goosmann widerspricht der Aussage, die SPD-Fraktion wandle auf einem ordnungspolitischen Irrweg und würde die Innenstadt vor die Wand fahren. Wie von der Vorrednerin ausgeführt, müsse ein Kompromiss gefunden werden. Hinsichtlich ihrer Position zum Drogenkonsumraum habe sich die SPD-Fraktion bewegt, da es keine Entwicklung mehr gab. Wenn alle Beteiligten auf ihrer Meinung beharren komme es zu keiner Lösung. Ohne diesen Weg wird der Drogenkonsumraum in seiner jetzigen Form und Situation fortbestehen, was die City kaputt machen würde. Dies gelte es zu verhindern. Daher bestand aus Sicht des Rm Einigkeit mit der CDU-Fraktion, dass der Drogenkonsumraum Teil der Lösung ist, nicht des Problems. Die Verlagerung zur Treibstraße als klaren Kurs zu präsentieren sei aus den vorgetragenen Gründen falsch. Der Ansatz verbreite Unwahrheit und schüre Emotionen. Mit Härte diese Aufgabe lösen zu wollen sei falsch. Die Ablehnung des Drogenkonsumraums in der Innenstadt könne doch nicht ernsthaft als Problemlösung angesehen werden. Dies gelte –wie Rm Beckmann ausführte– auch für die Wohnsitzauflage.

Rm Dr. Tautorat (Die Linke+) stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Debatte.

zu TOP 10.7.1 Sonderstab Ordnung und Stadtleben - Fortschreibung des Konzeptes zum Umgang mit den Auswirkungen von Drogenkonsum und Obdachlosigkeit auf die Stadt und Stadtgesellschaft

35733-24/3

Beschluss

Beschluss:

Der Rat folgt der Empfehlung des Ausschusses für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden (ABöOAB) und fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen CDU, AfD und Fraktion FDP/Bürgerliste sowie gegen die Stimme des Rm Deyda folgenden, die Verwaltungsvorlage (10.7; 35733-24) in den Punkten 1, 2a und 2b der Vorlage ändernden Beschluss:

- 1. Der Rat der Stadt Dortmund nimmt den Sachstandsbericht zur Umsetzung des Konzeptrahmens „Ordnung und Stadtleben“ zum Umgang mit den Auswirkungen von Drogenkonsum und Obdachlosigkeit auf die Stadt und die Stadtgesellschaft zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Punkte c) bis k) des darin enthaltenen Maßnahmenpakets umzusetzen.**
- 2. Um den aktuellen Entwicklungen rund um den Drogenkonsum in der Stadt Rechnung zu tragen, ist in einem neuen Gesamtkonzept der Betrieb von zwei Drogenkonsumräumen in der Innenstadt/ innenstadtnah sowie von bis zu zwei weiteren Drogenkonsumorten vorzusehen. Das dient dem Ziel einer Entlastung der Innenstadt, ihrer Bewohner*innen, des aktuellen Standorts sowie einer Verbesserung des Angebots für die betroffenen Menschen. Neben der Frage der Standorte ist dabei zu untersuchen, ob und wie die Ausrichtung der Einrichtungen spezifiziert werden kann, um so eine gewisse Steuerungsmöglichkeit zu gewinnen.**

3. Die Verwaltung wird beauftragt, unter dieser neuen Prämisse in Zusammenarbeit mit den Akteur*innen der Drogen- und Suchthilfe zwei Objekte für die Einrichtung möglicher Drogenkonsumräume zu identifizieren. Hierbei ist der bereits existierende Drogenkonsumraum am Grafenhof in seiner ursprünglich vorgesehenen Kapazität prioritär zu berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund sind zusätzlich alle bisher untersuchten Objekte in der Innenstadt /innenstadtnah sowie mögliche weitere Standorte auch hinsichtlich der insgesamt benötigten Kapazitäten für zwei Drogenkonsumräume auf ihre Eignung sowie sämtliche zu erwartenden Herausforderungen zu prüfen.
Wichtige zu berücksichtigende Prüfkriterien sind:
 - Auswirkungen auf Schüler*innen, insbesondere auf jüngere Schüler*innen eventuell umliegender Schulen
 - Auswirkungen auf Begegnungsverkehre mit Schüler*innen eventuell umliegender Schulen
 - Auswirkungen auf die Schulwege von Schüler*innen (unter anderem auf die Fahrradwege)
 - Auswirkungen auf die Anwohner*innen
 - Auswirkungen auf örtliche ÖPNV-Haltestellen
 - Auswirkung auf Gewerbe, Vereine und weitere Organisationen, und deren Kund*innen sowie auf Arbeitnehmer*innen, Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen
4. Das Objekt Rheinische Straße 236 sowie ein Teil der Fläche an der Bornstraße 202a sollen als dezentrale Konsumorte unter Einbezug der Drogen- und Suchthilfe geprüft und mit entsprechenden Konzepten weiterentwickelt und hinterlegt werden.
5. Dabei sind beim Objekt Rheinische Straße 236 die folgenden Punkte kritisch zu prüfen:
 - Auswirkungen auf die Aufenthaltsqualität in den Straßen nördlich und südlich der Rheinischen Straße
 - Auswirkungen auf die Nutzer*innen des Öffentlichen Nahverkehrs Richtung Dorstfeld und an der Drehscheibe Wilhelmplatz (insbesondere auf den Verkehr zum Schulzentrum in Wischlingen)
 - Auswirkungen auf die Aufenthaltsqualität im Westpark
 - Auswirkungen auf die Arbeit der Zivilgesellschaft gegen Rechts und der Quartiersdemokraten in Dorstfeld
 - Auswirkungen auf den Veranstaltungsort Schulte-Wittenhaus
 - Maßnahmen zur Vermeidung einer Verlagerung der Drogenszene in Richtung Dorstfeld und Wilhelmplatz
 - Möglichkeiten zur zeitnahen Einrichtung einer zusätzlichen U-Bahnhaltestelle in der Nähe der Rheinischen Straße 236 (ohne Aufschub der anstehenden Umbaumaßnahmen der Rheinischen Straße inkl. des barrierefreien Ausbaus der Stadtbahn)
6. Vor einer Entscheidung zur Eröffnung eines Drogenkonsumortes an der Bornstraße 202a sind zudem folgende Punkte kritisch zu prüfen:
 - Zu erwartende zusätzliche Belastung des Stadtbezirks durch die Eröffnung einer Einrichtung für suchterkrankte Menschen
 - Auswirkungen auf Schüler*innen, insbesondere auf jüngere Schüler*innen, der umliegenden Schulen
 - Auswirkungen auf Begegnungsverkehre mit Schüler*innen der umliegenden Schulen
 - Auswirkungen auf die etablierte Drogenszene am Nordmarkt und der Brunnenstraße
 - Auswirkungen auf das WEZ Westfalen Einkaufszentrum

Dabei soll insbesondere geprüft werden, ob der Standort Bornstraße 202a speziell Menschen zur Verfügung stehen kann, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Nordstadt haben, sowie Menschen, die in Stadtteilen nördlich des Bezirks Innenstadt-Nord leben und somit die Nordstadt regelmäßig mit der U42 auf ihrem Weg zu den Hilfeangeboten in der Innenstadt

durchkreuzen. Es ist zusätzlich darzustellen, ob dieser Standort den Bedürfnissen suchtkranker Menschen und der Entlastung der Nordstadt gerecht wird oder ob nicht ein zentralerer Standort geeigneter ist.

7. Die Verwaltung prüft zusätzlich in Zusammenarbeit mit den Akteuren der Drogen- und Suchthilfe
 - die Einrichtung eines oder mehrerer mobiler Angebote, die in der City bzw. citynah an bestimmten Standorten zu bestimmten Zeiten für den Konsum, für eine qualifizierte Utensilienvergabe sowie für Beratung und Vermittlung zu weiterführenden Hilfen zur Verfügung stehen. Geprüft werden soll auch, ob und wie mobile Angebote auch außerhalb der Innenstadt an welchen Standorten ein Modell sein können, damit Nutzer*innen für ihren Konsum nicht in die City müssen. Die Prüfung umfasst sowohl eine kurz- bis mittelfristige Umsetzung zur Entlastung des Grafenhofs als auch die Prüfung als fester Bestandteil in einem Gesamtkonzept
 - vorrangig die Ausweisung von Toleranzflächen mit Aufenthaltsqualität zur Kanalisierung der Drogenszene durch das Angebot eines geschützten öffentlichen Raums. Dabei sind auch erste Erfahrungen mit der eingerichteten Entlastungsfläche für den Außenbereich des Grafenhofs darzustellen.
8. In den Prüfungen ist darzustellen, mit welchen Auswirkungen der genannten, möglichen neuen Angebote auf die Situation in der City die Verwaltung rechnet. Grundlage dafür sollten u.a. auch die Ergebnisse bisheriger sowie der aktuell vorgenommenen "Szeneuntersuchung" hinsichtlich des Konsum-, Aufenthalts- und Nutzungsverhaltens der betroffenen Menschen sein. Die Ergebnisse der aktuellen Studie sollen im ersten Halbjahr 2025 vorliegen. Abhängig von den Ergebnissen ist auch die benötigte Kapazität an möglichen Standorten darzustellen.
9. Alle Prüfungen bedeuten zu diesem Zeitpunkt noch keine Vorfestlegung hinsichtlich des weiteren Verfahrens.
10. Hinsichtlich der aktuellen Situation des Grafenhofs wird die Verwaltung aufgefordert, für eine schnellstmögliche Verbesserung der Beleuchtungssituation rund um die Einrichtung zu sorgen.
11. Die Verwaltung wird zudem gebeten, eine detaillierte Konzeption zur Beteiligung des Umfelds identifizierter Standorte und der betroffenen Bezirksvertretungen vorzulegen. Der Beteiligungsprozess ist jeweils so zu gestalten, dass der Einbezug des Umfelds am Prüfungsprozess in ausreichendem Maße und in einem ausreichenden Radius um den zu prüfenden Ort sichergestellt ist. Im Rahmen des Beteiligungsprozesses sind alle Sorgen und Bedenken des Umfelds aufzunehmen, zu prüfen und hierzu Lösungen zu entwickeln. Für die Moderation des Beteiligungsprozesses sind externe Moderator*innen zu beauftragen, die eine objektive Durchführung des Prozesses gewährleisten. Je nach Ergebnisfortschritt sind dem Rat Sachstandsberichte zum Beteiligungsprozess vorzulegen. Am Ende des Prozesses ist aufzuzeigen, welche Bedenken vorgetragen wurden und inwiefern Lösungen dafür entwickelt werden konnten.
12. Im Rahmen der Prüfprozesse möglicher Objekte sowie der intensiven gesellschaftlichen Diskussion zu der Thematik ist ein eigenständiges Projekt mit und für die Schüler*innen der Schulen in der Innenstadt durchzuführen. Ziel ist es, die Schüler*innen über die Sachlage zu informieren und sie aktiv in die Identifikation und Qualifizierung eines neuen Standorts bzw. neuer Standorte für einen Drogenkonsumraum einzubeziehen.
13. Mit Abschluss der Prüfprozesse ist ferner darzulegen:
 - Inwieweit die geprüften Standorte den zukünftig zu erwartenden Konsummustern und den daraus resultierenden Bedürfnissen suchtkrankter Menschen in Dortmund gerecht werden können



- Eine Prognose der Kosten für den Einsatz des Kommunalen Ordnungsdienstes und eines entsprechenden Umfeldmanagements rund um neue Standorte sowie ein Vergleich mit den aktuellen Kosten für den Einsatz rund um den Grafenhof
 - Die erforderlichen baulichen Maßnahmen und Sicherheitskonzepte für alle Standorte
 - Strategien zur Steigerung der Akzeptanz der Nutzer*innen für die neuen Standorte und zur gezielten Lenkung der Bewegungsströme zu den jeweiligen Einrichtungen
14. Die Verwaltung wird zudem beauftragt, eine detaillierte Konzeption zur dauerhaften Beteiligung des Umfelds der neuen Standorte für einen Drogenkonsumraum und die Drogenkonsumorte nach deren Inbetriebnahme vorzulegen (bspw. durch die regelmäßige Durchführung Runder Tische). Im Rahmen der Beteiligung soll sichergestellt werden, dass die Verwaltung vom Umfeld kontinuierlich Rückmeldungen zur Lage um die Einrichtungen erhält und bei Bedarf Maßnahmen zur Verbesserung der Lage durchführen kann.

Wortbeiträge:

Siehe TOP 10.7

zu TOP 10.7.2 Sonderstab Ordnung und Stadtleben – Fortschreibung des Konzeptes zum Umgang mit den Auswirkungen von Drogenkonsum und Obdachlosigkeit auf die Stadt und Stadtgesellschaft

35733-24/2

Beschluss

Beschluss:

Der Rat folgt der Empfehlung des Ausschusses für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden (ABöOAB) und lehnt mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen CDU, AfD, FDP/Bürgerliste und gegen die Stimme des Rm Deyda den Antrag ab.

Antrag:

„...die CDU-Fraktion im Rat der stellt zum oben genannten Tagesordnungspunkt den folgenden Antrag und bittet um Beratung und Beschlussfassung:

1. Der Rat der Stadt Dortmund stellt fest, dass das Pilotprojekt „Wegfall der Wohnsitzauflage im Drogenkonsumraum“ gescheitert ist. Die mit der Aussetzung der Wohnsitzauflage verfolgten Ziele, insbesondere die Entlastung des öffentlichen Raumes von Drogenkonsum, seinen Hinterlassenschaften und Folgeerscheinungen, wurden verfehlt.
2. Der Rat der Stadt Dortmund beschließt daher, die seit dem Jahr 2022 laufende Testphase zur Aufhebung der Wohnsitzauflage zu beenden. Die Nutzung von Drogenkonsumräumen/-orten wird wieder auf in Dortmund wohnende Konsumentinnen/Konsumenten beschränkt.“

Wortbeiträge:

Siehe TOP 10.7

zu TOP 10.7.2.1

Sonderstab Ordnung und Stadtleben – Fortschreibung des Konzeptes zum Umgang mit den Auswirkungen von Drogenkonsum und Obdachlosigkeit auf die Stadt und Stadtgesellschaft

Beschluss

35733-24/8

Beschluss:

Der Rat lehnt mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und gegen die Stimme des Rm Deyda den Antrag ab.

Antrag:

„...die AfD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund stellt zum oben genannten Tagesordnungspunkt den folgenden Antrag und bittet um Beratung und Beschlussfassung:

Der Zusatzantrag der CDU-Fraktion wird um einen dritten Punkt ergänzt. Dieser lautet:

3. Der Rat der Stadt Dortmund beschließt, die im November 2023 in Kraft getretene Ausweitung der Öffnungszeiten des Drogenkonsumraums wird zum 1. März 2025 wieder zurückgenommen. Ab dann sollen wieder die vor November 2023 geltenden Öffnungszeiten in Kraft treten.

Begründung:

Die auf Initiative der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU beschlossene Ausweitung der Öffnungszeiten um 40 Prozent hat die Anzahl der Drogensüchtigen und Konsumvorgänge drastisch erhöht.

Hatten laut Stadtverwaltung im Oktober 2023 „rund 260 Konsumvorgänge von 130 Nutzenden“ stattgefunden, stieg die Anzahl seit Dezember 2023 auf „täglich etwa 400 Konsumvorgänge von durchschnittlich etwa 180 Nutzenden im Drogenkonsumraum“ (Drucksache 36576-24/1).

Die mit der Ausweitung verbundene Ziel, den Drogenkonsum in der Innenstadt zu verringern, wurde klar verfehlt. Stattdessen wandern viele durch den Drogenkonsumraum angelockte Drogensüchtige offenbar in die City.

Wortbeiträge:

Siehe TOP 10.7

zu TOP 10.7.3 Sonderstab Ordnung und Stadtleben – Fortschreibung des Konzeptes zum Umgang mit den Auswirkungen von Drogenkonsum und Obdachlosigkeit auf die Stadt und

Stadtgesellschaft

35733-24/7

Beschluss

Beschluss:

Der Rat folgt der Empfehlung des Ausschusses für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden (ABÖOAB) und lehnt mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen CDU, AfD, FDP/Bürgerliste und gegen die Stimme des Rm Deyda den Antrag ab.

Antrag:

„... die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund stellt zum oben genannten Tagesordnungspunkt folgenden Antrag und bittet um Beratung und Beschlussfassung:

1. Der Rat der Stadt Dortmund stellt fest, dass das im Eigentum der Stadt stehende Gebäude der städtischen Poststelle in der Küpferstraße 3 aufgrund seiner prekären Lage in einem höchst sensiblen Umfeld als Standort für eine Drogenhilfeeinrichtung offensichtlich ungeeignet ist.
2. Der Rat der Stadt Dortmund schließt deshalb aus, dass die städtische Immobilie in der Küpferstraße 3 von der Verwaltung weiterhin als Standort für einen Drogenkonsumraum oder Drogenkonsumort in Betracht gezogen wird. Das Gebäude Küpferstraße 3 wird von der Liste möglicher Standorte gestrichen und von der Verwaltung nicht weiter auf seine Eignung als Drogenkonsumraum oder Drogenkonsumort geprüft.

Begründung:

Das von der Verwaltung vorgeschlagene und im Zusatz- und Ergänzungsantrag von den Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache Nr.: 35733-24/3) weiterhin in die Standortsuche für einen Drogenkonsumraum einbezogene städtische Gebäude in der Küpferstraße liegt im nahen Umfeld von drei Schulen mit über 3.000 Schülerinnen und Schülern, verschiedenen Kindertagesstätten und dem



ÖPNV-Knotenpunkt Stadthaus. Unweigerlich würden sich die Wege von Kindern, Schülerinnen und Schülern und Suchtkranken treffen. Es ist abzusehen, dass sich das subjektive Sicherheitsgefühl rund um den Stadtbahn- und S-Bahnhof Stadthaus mit dem dahinterliegenden Wilhelm-Hansmann-Haus und dem Südbad erheblich verschlechtern würde. Das Problem der offenen Drogenszene entlang der Achse Hauptbahnhof, Westenhellweg und Stadtgarten würde sich verschärfen und vorhersehbar in Richtung östlicher Innenstadt, in Richtung Stadewäldchen ausdehnen. Die vom Drogenkonsumraum am Grafenhof bekannten Belästigungen von Gewerbetreibenden und Anwohnern würden sich im Bereich der Straßenzüge Olpe/ Kleppingstraße/Löwenstraße und Elisabethstraße/Gutenbergstraße fortsetzen.

Die K pferstra e ist aus den vorgenannten Gründen so offensichtlich als Standort für einen Drogenkonsumraum oder Drogenkonsumort ungeeignet, dass sich jeder weitere Prüfansatz von selbst verbietet.“

Wortbeiträge:

Siehe TOP 10.7

zu TOP 10.7.3.1

Sonderstab Ordnung und Stadtleben – Fortschreibung des Konzeptes zum Umgang mit den Auswirkungen von Drogenkonsum und Obdachlosigkeit auf die Stadt und Stadtgesellschaft

Beschluss

35733-24/9

Beschluss:

Der Rat lehnt mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und gegen die Stimme des Rm Deyda den Antrag ab.

Antrag:

„... die AfD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund stellt zum oben genannten Tagesordnungspunkt den folgenden Antrag und bittet um Beratung und Beschlussfassung:

Der Zusatzantrag der CDU-Fraktion wird um einen dritten Punkt ergänzt. Dieser lautet:

3. Der Rat der Stadt Dortmund fordert die Verwaltung auf, die Suche nach einem neuen Standort für den Drogenkonsumraum ohne bisherige formale oder ideologische Einschränkungen wie z. B. eine zentrale Lage fortzuführen. Primäre Maßgabe bei der Suche muss vielmehr eine gebotene Distanz von mind. 1 Kilometer zu Schulen, Kindergärten, Spielplätzen, Wohnsiedlungen und dem Einzelhandel sein.

Begründung:

Die Drogenpolitik der Stadt Dortmund eskaliert seit Jahren zu einer Politik gegen Nicht-Süchtige. Sie, insbesondere Kinder, sind fortan mit Priorität zu bedenken. Ein Drogenkonsumraum ist eine freiwillige Leistung für Menschen mit einem Drogenproblem. Weitere Strecken, um ihn zu erreichen, sind ihnen zuzumuten.“

Wortbeiträge:

Siehe TOP 10.7

zu TOP 10.7.4 -abgesetzt- Drogenkonsumraum

37494-25

Beratung

Der Rat der Stadt setzt den Tagesordnungspunkt unter 1.3 - Feststellung der Tagesordnung - ab.



zu TOP 10.7.5 Sonderstab Ordnung und Stadtleben – Fortschreibung des Konzeptes zum Umgang mit den Auswirkungen von Drogenkonsum und Obdachlosigkeit auf die Stadt und Stadtgesellschaft

35733-24/6

Beschluss

Beschluss:

Der Rat folgt der Empfehlung des Ausschusses für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden (ABöOAB) und fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen CDU, AfD und Fraktion FDP/Bürgerliste sowie gegen die Stimme des Rm Deyda folgenden, die Verwaltungsvorlage (10.7; 35733-24) ergänzenden Beschluss:

Zu TOP 2b der Ursprungsvorlage:

Zu prüfen ist in diesem Zusammenhang auch, ob die Einrichtung an der Bornstraße für Beschaffungsprostituierte zur Verfügung gestellt werden kann.

Gleichzeitig sej zu prüfen, ob in dem etwas weiter von der City entfernten Standort an der Rheinischen Straße auf Übernachtungsmöglichkeiten geschaffen werden können.

Zu TOP 2c der Ursprungsvorlage:

Es soll geprüft werden, ob in den temporären Aufenthaltsmöglichkeiten in den Containern auch Trinkwasser angeboten werden kann (keine Nasszellen bzw. Duschkabine). Damit könnte gewährleistet werden, dass sich die Bewohner u. a. auch waschen könnten.

Wortbeiträge:

Siehe TOP 10.7

zu TOP 10.8 Konzept zur frühzeitigen Veröffentlichung von Beschlusstexten

Beschluss

36082-24

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt das in dieser Vorlage dargestellte Konzept zur frühzeitigen Veröffentlichung der Gremienbeschlüsse.

zu TOP 10.9 Benennung von Delegierten für die 43. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 13.-15.05.2025 in Hannover

Beschluss

37284-25

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst einstimmig bei Enthaltung der Fraktionen AfD, FDP/Bürgerliste, Die Partei sowie des Rm Deyda folgenden, durch den Zusatz-/Änderungsantrag (10.9.1, 37284-25/1) ergänzten (*kursiv/unterstrichen*) Beschluss:

Der Rat der Stadt benennt folgende stimmberechtigte Delegierte für die 43. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 13.-15.05.2025 in Hannover

1. Veronika Rudolf (SPD)

2. Christina Alexandrowicz (SPD)

3. Hannah Sassen (GRÜNE)

4. Jacques Armel Dsicheu Djiné (GRÜNE)

5. Matthias Nienhoff (CDU)

6. Zoe Durm (LINKE+)

zu TOP 10.9.1 Benennung von Delegierten für die 43. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 13.-15.05.2025 in Hannover | Benennungen

37284-25/1
Beschluss

Beschluss:

Siehe TOP 10.9

zu TOP 10.10 Interessensbekundung für die Ausschüsse der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

Beschluss
37288-25

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst einstimmig bei Enthaltung der AfD-Fraktion sowie des Rm Deyda folgenden, durch den Zusatz-/Änderungsantrag (10.10.1, 37288-25/1) ergänzten (*kursiv/unterstrichen*) Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, folgende sechs Ratsmitglieder als Vertreter*innen der Stadt Dortmund in die Ausschüsse (Deutsch-Französischer Ausschuss, Deutsch-Polnischer Ausschuss, Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit) der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) zu entsenden:

- a) für den Deutsch-Französischen Ausschuss
Oliver Stieglitz (B`90/Die Grünen)
Petra Dresler-Döhmman (Die Linke+)
- b) für den Deutsch-Polnischen Ausschuss
Fabian Erstfeld (SPD)
Michael Kauch (FDP/BL)
- c) für den Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit
Katrin Lögering (B`90/Die Grünen)
Torsten Heymann (SPD)

zu TOP 10.10.1 Interessensbekundung für die Ausschüsse der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) | Benennungen

37288-25/1
Beschluss

Beschluss:

Siehe TOP 10.10

zu TOP 10.11 Interessensbekundung für den Arbeitskreis „Junge lokale und regionale Mandatsträger*innen“ der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

Beschluss
37289-25

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst einstimmig bei Enthaltung der AfD-Fraktion sowie des Rm Deyda folgenden, durch den Zusatz-/Änderungsantrag (10.11.1, 37289-25/1) ergänzten (*kursiv/unterstrichen*) Beschluss:



Der Rat der Stadt beschließt, folgende zwei Ratsmitglieder als Vertreter*innen der Stadt Dortmund in den Arbeitskreis „Junge lokale und regionale Mandatsträger*innen“ der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) zu entsenden:

1. Fabian Erstfeld (SPD)
2. Dr. Christoph Neumann (B`90/Die Grünen)

zu TOP 10.11.1 Interessensbekundung für den Arbeitskreis „Junge lokale und regionale Mandatsträger*innen“ der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) | Benennungen

37289-25/1

Beschluss

Beschluss:

Siehe TOP 10.11

zu TOP 10.12 Benennung von Delegierten für die Delegiertenversammlung 2025 der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 10./11.04.2025 in Jena

Beschluss

37290-25

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst einstimmig bei Enthaltung der AfD-Fraktion sowie des Rm Deyda folgenden, durch den Zusatz-/Änderungsantrag (10.12.1, 37290-25/1) ergänzten (*kursiv/unterstrichen*) Beschluss:

Der Rat der Stadt benennt folgende Delegierte für die Delegiertenversammlung 2025 des RGRE

1. Torsten Heymann (SPD-Fraktion)
2. Cüneyt Karadas (SPD-Fraktion)
3. Katrin Lögering (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
4. Oliver Stieglitz (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
5. Manfred Sauer (CDU-Fraktion)
6. Petra Dresler-Döhm (Fraktion Die Linke+)

Der Rat ermächtigt die Verwaltung, die Kontaktinformationen der gewählten Delegierten an den RGRE weiterzugeben, sodass eine detaillierte Anmeldung über einen individuellen Online-Link erfolgen kann.

zu TOP 10.12.1 Benennung von Delegierten für die Delegiertenversammlung 2025 der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 10./11.04.2025 in Jena | Vorschlagsliste

37290-25/1

Beschluss

Beschluss:

Siehe TOP 10.12

zu TOP 10.13 Ethikkommission



zu TOP 10.13.1 Ethikkommission

37427-25

Anfrage eingereicht

zu TOP 10.13.1.1

Ethikkommission

Anfrage eingereicht

37427-25/1

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die folgende Bitte um Stellungnahme der Fraktion Die Linke+ zur Kenntnis. Eine Stellungnahme erfolgt voraussichtlich zur Sitzung am 27.03.25.

„... die Jahre gehen ins Land - und es gab bestimmt ganz tolle Ergebnisse der auf Ihren Wunsch hin eingesetzten Ethikkommission. Daher bitten wir um folgende Informationen:

- 1) Welche Empfehlungen hat die Ethikkommission insgesamt bislang gefasst?
- 2) Welche Sitzungen mit welchen Themenschwerpunkten haben bislang stattgefunden?
- 3) Wie ist der Sitzungsplan für dieses Jahr terminiert worden? Welche Themenschwerpunkte stehen zur Beratung an?
- 4) Da die beabsichtigte Beschlussfassung des Rates zur Messe „Jagd und Hund“ in den Dortmunder Westfalenhallen eine wesentliche Triebfeder zur Gründung der Ethikkommission war, würden uns die Beratungen zu diesem Thema besonders interessieren:
 - a) Hat die Ethikkommission sich zu Fragestellungen wie der beliebten Jagd auf bedrohte Tierarten in den von der Jagd betroffenen Ländern verhalten?
 - b) Hat die Ethikkommission sich zu den ethischen Implikationen verhalten, dass besonders bedrohte und seltene Tiere den höchsten Preis erzielen und damit von besonderem wirtschaftlichem Interesse für die Anbieter auf der Messe „Jagd und Hund“ sind?
 - c) Hat die Ethikkommission sich zu beliebten Jagdreisen, bei denen in Deutschland bedrohte Zugvogelarten, die hierlande von der Jagd ausgeschlossen sind, aber dank der „Jagd und Hund“ in ihren Winterquartieren bejagt werden, verhalten?“

zu TOP 10.13.2 Ethikkommission

37495-25

Beratung

zu TOP 10.13.2.1

Ethikkommission

Anfrage eingereicht

37495-25/1

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die folgende Bitte um Stellungnahme der Fraktion FDP/Bürgerliste zur Kenntnis. Eine Stellungnahme erfolgt voraussichtlich zur Sitzung am 27.03.25.

„... die Fraktion FDP/Bürgerliste bittet die Verwaltung um Beantwortung folgender Fragen zur nächsten Ratssitzung:

1. Welche Arbeitsaufträge hat die vom Oberbürgermeister eingesetzte Ethik-Kommission seit ihrer Gründung von der Verwaltung erhalten, und ggf. wann?
2. Wer koordiniert die Arbeit der Ethik-Kommission innerhalb der Verwaltung?
3. An welchen Terminen hat die Ethik-Kommission bisher in Präsenz und digital getagt?
4. Welche aktuelle Arbeits- und Terminplanung hat die Ethik-Kommission?
5. Wann und zu welchen Themen wird die Ethik-Kommission dem Rat vor Ende der Wahlperiode Empfehlungen zuleiten?“

zu TOP 10.14 Umbesetzung in Gremien

Beschluss
37383-25

Die Fraktion Die Linke+ zieht den Antrag zurück.

Wortbeitrag:

Rm Kowalewski (Die Linke+) erklärt, angesichts der Beschlussfassung zu TOP 2.3 habe sich der Antrag erledigt und zieht den Antrag zurück.

zu TOP 10.15 Mitgliedschaften in Vereinen, Verbänden, Allianzen, Organisationen oder Institutionen

Anfrage eingereicht
37466-25

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die folgende Anfrage der AfD-Fraktion zur Kenntnis. Eine Beantwortung erfolgt voraussichtlich zur Sitzung am 27.03.25.

„... die AfD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund bittet um die Beantwortung folgender Fragen:

1. In welchen Vereinen, Verbänden, Allianzen, Organisationen oder Institutionen ist die Stadt Dortmund oder der Oberbürgermeister der Stadt Dortmund Mitglied?
2. Welche politischen oder gesellschaftlichen Zielsetzungen fördern die Vereine, Verbände, Allianzen, Organisationen oder Institutionen in denen die Stadt Dortmund oder der Oberbürgermeister der Stadt Dortmund Mitglied ist?
3. Welche Kosten sind mit der jeweiligen Mitgliedschaft in den zuvor angeführten Vereinen, Verbänden, Allianzen, Organisationen oder Institutionen verbunden?

Begründung:

Die Stadt Dortmund als Kommune und der Oberbürgermeister als Amtsinhaber sind in besonderer Weise zur politischen/gesellschaftlichen Neutralität verpflichtet.“

zu TOP 10.16 -abgesetzt- Syrien nach Assad – Rückführungsoffensive jetzt!

Beschluss
37468-25

Der Rat der Stadt setzt den Tagesordnungspunkt unter 1.3 - Feststellung der Tagesordnung - ab.

zu TOP 10.17 Maßnahmen zum Jugendschutz vor islamistischen Influencern

Anfrage eingereicht
37477-25



zu TOP 10.17.1 Maßnahmen zum Jugendschutz vor islamistischen Influencern

37477-25/1

Anfrage eingereicht

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die folgende Anfrage der AfD-Fraktion zur Kenntnis. Eine Beantwortung erfolgt voraussichtlich zur Sitzung am 27.03.25.

„... die Behörden gehen derzeit von rund 11.500 in Deutschland wohnhaften Salafisten aus. Um ihre Anhängerschaft zu vergrößern, nutzt die islamistische Szene vor allem die sozialen Netzwerke.

Laut einem Bericht des Bayerischen Rundfunks kommt es dort zu gezielten Anwerbeversuchen von jungen Mädchen durch salafistische Influencer. Ziel sei dabei die Konversion der Jugendlichen zum Islam und ihre Heirat mit einem Anhänger der Salafisten-Szene. Das Alter der Zielgruppe werde immer jünger und liege nunmehr bei 14 bis 15 Jahren.

„Vielfältigen Formen des Extremismus entgegenzuwirken“ ist nach eigenen Angaben die Kernaufgabe des „Sonderbeauftragten für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“.

Die AfD-Ratsfraktion Dortmund bittet daher um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Erkenntnisse liegen dem Oberbürgermeister, der Stadt Dortmund oder dem Sonderbeauftragten für Vielfalt, Toleranz und Demokratie bezüglich der Einflussnahme salafistischer Influencer an Dortmunder Schulen und Jugendeinrichtungen vor?
2. Welche Maßnahmen ergreift der Sonderbeauftragte für Vielfalt, Toleranz und Demokratie gemeinsam mit der Stadt Dortmund und dem Oberbürgermeister, um Jugendliche vor dem Einfluss islamistischer Influencer zu schützen? (Bitte um Aufschlüsselung aller Maßnahmen, Präventionsangebote und Veranstaltungen.)“

zu TOP 11 Anfragen

Oberbürgermeister Thomas Westphal beendet die öffentliche Sitzung um 22:03 Uhr.

Thomas Westphal
Vorsitz

Olaf Schlösser
Ratsmitglied

Sebastian Kaul
Schriftführung